

16. Parteitag der CDU Deutschlands

11. November 2002 • Hannover

Protokoll



16. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Hannover, 11. November 2002

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöfer Straße 8, 10785 Berlin

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlussfassung über die Tagesordnung	8
Bestätigung der Antragskommission	9
Wahl der Mandatsprüfungskommission	9
Wahl der Stimmzählkommission	9
Grußworte:	
– Christian Wulff, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen	10
– Wilfried Martens, EVP-Vorsitzender	13
– Dr. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Stadt Hannover	15
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	36
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2000 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz	42
Aussprache zum Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands	45
Satzungsänderungen	45
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	46
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	56

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments	58
Bericht der Mandatsprüfungskommission	58
Bericht der Rechnungsprüfer	58
Entlastung des Bundesvorstandes	61
Wahl des Bundesvorstandes	61
Wahl des Vorsitzenden	62
Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden	63
Wahl des Bundesschatzmeisters	67
Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums	67
Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	73
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen-Union in Bayern	89
Wahl der drei Rechnungsprüfer	103
Anträge	103
Schlusswort	104
ANHANG Beschlussprotokoll	106
Namensverzeichnis	117

Montag, 11. November 2002

Beginn: 9.18 Uhr

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 16. Parteitag der CDU Deutschlands. Ich darf Sie alle herzlich hier in Hannover willkommen heißen.

Mein erster Gruß gilt selbstverständlich Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Sie stehen für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Herrn Dr. Herbert Schmalstieg, der gleich ein Grußwort zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Vielleicht erinnern sich nur wenige: Wir sind zum vierten Mal nach 1964, 1976 und 1996 mit einem Bundesparteitag in dieser großartigen Messestadt.

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen und Spitzenkandidaten bei der bevorstehenden Landtagswahl, unseren Freund Christian Wulff. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Lieber Christian, wir werden Dich mit aller Kraft unterstützen, um die rote Regierung in diesem Lande abzulösen. Wir wollen, dass du Ministerpräsident dieses Landes wirst.

(Beifall)

Für unsere bayerische Schwesterpartei begrüße ich an diesem Morgen Thomas Goppel, den Generalsekretär, sowie nicht minder herzlich Michael Glos, meinen ersten Stellvertreter im Amt des Fraktionsvorsitzenden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich unseren langjährigen Freund Wilfried Martens, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, sowie den Generalsekretär der EVP, Antonio López Istúriz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Des Weiteren begrüße ich die zahlreichen ausländischen Gäste, die unserem Parteitag die Ehre geben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Einen besonders herzlichen Gruß auch den Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften! Ich möchte vor allen Dingen Ihnen, Prälat Dr. Stephan Reimers und Prälat Dr.

Karl Jüsten, herzlich danken, dass wir heute Morgen diese beeindruckende ökumenische Besinnung abhalten konnten. Sie sind uns herzlich willkommen und wir danken Ihnen für den Einstieg in diesen Parteitag.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich – obwohl ich ihn noch nicht sehe – den Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, unseren Parteifreund Michel Friedman.

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen und anderen Verbänden und Organisationen, die in unserem Lande – zum größten Teil ehrenamtlich – tätig sind. Stellvertretend für viele möchte ich den Präsidenten des Deutschen Sportbundes ganz herzlich willkommen heißen. Herr von Richthofen, wir freuen uns, dass Sie bei uns sind.

(Beifall)

Natürlich begrüße ich mit ganz besonderer Freude die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag sicher nicht nur Interessantes, sondern wohl auch Gutes zu berichten haben. Herzlich willkommen und gute Arbeit! Wir haben uns Mühe gegeben, es Ihnen hier angenehm zu machen und dafür zu sorgen, dass Sie technisch auf dem Laufenden sind.

(Beifall)

Nicht versäumen möchte ich es, schon an diesem Morgen zwei Geburtstagskindern unter den Delegierten ganz herzlich zu gratulieren: unserer Parteifreundin Christina Tasch aus Thüringen sowie meinem Kollegen aus der Bundestagsfraktion, Friedrich Merz aus Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unserer Parteitage jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich möchte stellvertretend Elmar Schaub nennen, geboren am 22. März 1967, gestorben am 24. Juni des Jahres 2002. Seit 1989 war er Mitglied der CDU. 1991 wurde er Bürgermeister der Stadt Burg Stargard. Von 1994 bis 2001 gehörte er dem Kreistag Mecklenburg-Strelitz an, und war von 1999 bis 2001 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. 2001 wurde er zum Landrat des Landkreises Mecklenburg-Strelitz gewählt.

Ich denke an Alfred Dregger, geboren am 10. Dezember 1920, gestorben am 29. Juni 2002. Er war seit 1956 Mitglied der CDU. Im gleichen Jahr wurde er Oberbürgermeister von Fulda und blieb es bis 1970. Von 1967 bis 1982 führte er die hessische CDU und war seitdem ihr Ehrenvorsitzender. Seit 1969 gehörte er dem CDU-Bundesvorstand an, war von 1977 bis 1983 einer unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden und von 1977 bis 2002 Mitglied unseres

Parteipräsidiums. Von 1962 bis 1972 war er Mitglied des Hessischen Landtages, davon 1970 bis 1972 zugleich Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. 1972 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt und gehörte ihm bis 1998 an, davon 1982 bis 1991 als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Ehrenvorsitzender er bis zum Schluss war.

Ich erinnere an Heidi Adele Albrecht, geboren am 31. Juli 1927, gestorben am 6. Juli 2002. Seit 1981 war sie Mitglied der CDU. Als „Landesmutter“ von Niedersachsen übernahm sie mehr als 22 Schirmherrschaften. Ihr besonderes Engagement galt der Multiple Sklerose Gesellschaft.

Ich nenne Kurt Thürk, geboren am 3. September 1926, gestorben am 8. Juli 2002. Er war seit 1960 Mitglied der CDU. Von 1970 bis 1973 war er Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Saar, von 1970 bis 1990 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Saar und von 1972 bis 1974 Mitglied des EAK-Bundesvorstandes. Von 1964 bis 1972 gehörte er dem Stadtrat Saarbrücken und von 1972 bis 1976 dem Deutschen Bundestag an.

Ich erinnere an Gertrud Schuchert, geboren am 5. Januar 1941, gestorben am 19. Juli 2002. Sie wurde 1990 Mitglied der CDU. Sie engagierte sich in der Frauen-Union seit 1997 als Vorsitzende des Kreisvorstandes Ilm-Kreis, seit dem gleichen Jahr auch als Mitglied des Landesvorstandes Thüringen und von 1997 bis 1999 als Mitglied des Bundesvorstandes der Frauen-Union.

Ich denke an Hans-Bernhard Michiels, geboren am 10. Februar 1930, gestorben am 26. Juli 2002. Er war seit 1952 Mitglied der CDU. Von 1971 bis 1980 gehörte er dem Vorstand des CDU-Kreisvorstandes Koblenz und von 1969 bis 1989 dem Stadtrat seiner Heimatstadt an.

Ich nenne Dietmar Schlee, geboren am 31. März 1938, gestorben am 3. August 2002. Er wurde 1965 Mitglied der CDU. Er war von 1973 bis 1975 Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg und von 1977 bis 1997 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Württemberg-Hohenzollern. Von 1972 bis 1994 gehörte er dem Landtag Baden-Württemberg und seit 1994 dem Deutschen Bundestag an. Von 1975 bis 1980 war er Landrat des Landkreises Sigmaringen, von 1980 bis 1984 Arbeitsminister und von 1984 bis 1990 Innenminister des Landes Baden-Württemberg.

Ich erinnere an Ernst Reimers, geboren am 25. Juni 1911, gestorben am 21. August 2002. 1946 war er Gründungsmitglied des CDU-Kreisverbandes Steinburg und bis 1950 dessen erster Kreisgeschäftsführer. Von 1951 bis 1970 gehörte er dem Stadtrat in Itzehoe an und war von 1953 bis 1970 zugleich Mitglied des Magistrats dieser Stadt. Von 1974 bis 1978 vertrat er die CDU im Kreistag Steinburg.

Ich denke an Kurt Jousen, geboren am 11. April 1912, gestorben am 11. September 2002. 1945 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Weimar. Nach seiner Übersiedlung nach Bottrop war er von 1948 bis 1956 hier Mitglied des Stadtrates. Von 1992 bis 1998 gehörte er als gesundheitspolitischer Experte dem wissenschaftlichen Fachausschuss der Senioren-Union an.

Ich nenne abschließend Beatrix Metschke, geboren am 23. Juni 1971, gestorben am 3. Oktober 2002. Sie war seit 1999 Mitglied unserer Partei und seit 2000 Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes Wittenberg und dort seit dem Jahr 2000 Mitglied des Stadtrates.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Zeigen der roten Stimmkarte. – Gegenprobe! – Ich stelle fest, dass Sie mit dem Vorschlag für das Tagungspräsidium einverstanden sind, und bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, auf der Bühne Platz zu nehmen.

Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich die Leitung nun an unseren Tagungspräsidenten Christian Wulff.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich im Namen des Präsidiums für das ausgesprochene Vertrauen und hoffe, dass Sie diese Entscheidung nicht eine Sekunde lang bereuen werden.

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zugesandt und liegt auch Ihren Tagungsunterlagen bei. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden sind, dann darf ich Sie um das Zeigen der roten Stimmkarte bitten. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Tagesordnung in der vorgeschlagenen Form einstimmig beschlossen.

Als Nächstes muss ich Ihnen einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Ablauf des Parteitages geben. Nach der Geschäftsordnung kann der Parteitag eine Meldefrist für Kandidaturen festlegen. Wir schlagen Ihnen vor, die Frist auf heute Vormittag 11 Uhr festzulegen. Es liegt bereits eine Liste mit Kandidatenvorschlägen Ihren Tagungsunterlagen bei. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung. Wenn Sie mit der unsererseits vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, bitte ich Sie um das Zeigen der roten Stimmkarte. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig vereinbart.

Initiativanträge können von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Der Text muss im Büro der Antragskommission in das dortige Textverarbeitungssystem eingegeben werden, damit wir die Initiativanträge heute behandeln können. Wir möchten Ihnen vorschlagen, als Frist für den Antragsschluss 12 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig so vereinbart.

Falls Initiativanträge vorliegen, wird sich die Antragskommission um 13 Uhr in Halle 2, Galerie, Raum Prag, treffen. Die Mitteilung dafür erfolgt rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen dürfen wir Sie bitten, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite befindet sich eine Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle, die diese Wortmeldezettel an uns weiterleitet.

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Die Namensliste liegt Ihnen in Ihren Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie diesem Vorschlag für die Antragskommission zustimmen, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ein Vorschlag befindet sich ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig beschlossen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich mit Beginn des Tagesordnungspunktes 9, Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden, im Büro des Organisationsleiters – Halle 2, Galerie, Raum Moskau – einzufinden. Das Büro ist entsprechend ausgeschildert.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich wieder viele Damen und Herren bereit erklärt, in dieser Kommission mitzuarbeiten. Die Namensliste liegt Ihnen vor. Ich darf fragen, wer diesem Vorschlag zustimmt. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das ebenfalls einstimmig vom Parteitag so beschlossen.

Ich darf darauf hinweisen, dass sich die Mitglieder der Stimmzählkommission mit Beginn des Tagesordnungspunktes 9 zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission – Halle 1, Raum London/Madrid – treffen werden.

Ich darf noch mitteilen, dass wir eine Änderung in der zeitlichen Reihenfolge der Tagesordnung dahin gehend für sinnvoll erachten, dass der Tagesordnungspunkt 21 – Satzungsänderungen: Änderungen der Finanz- und Beitragsordnung der CDU – bereits nach Tagesordnungspunkt 10, Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, und nach Tagesordnungspunkt 11, Aussprache zum Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, behandelt wird. Wir schlagen Ihnen vor, so zu verfahren. Ich darf Sie fragen, ob Sie mit dieser zeitlichen Umstellung der Tagesordnung einverstanden sind. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich darf an Frau Wülfing übergeben.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich gebe das Wort an den Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen Christian Wulff.

(Beifall)

Christian Wulff: Liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich hier in unserer Landeshauptstadt, in Niedersachsen, willkommen heißen. Wir freuen uns, dass wir Sie zu Gast haben, weil Sie uns, der niedersächsischen CDU, damit Rückenwind und Rückenstärkung im Vorfeld einer Landtagswahl geben. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“, hat in diesen Tagen eine besondere Bedeutung.

Niedersachsen – davon können Sie sich jederzeit überzeugen – ist ein großartiges Land, aber es wird miserabel regiert. Daran wollen wir etwas ändern, so wie es uns die hessischen Freunde 1999 vorgemacht haben. Deswegen begrüßen wir in besonderer Weise unsere hessischen Freunde, mit denen wir gemeinsam zum 2. Februar Wahlkampf führen wollen.

(Beifall)

Viele Menschen schauen in diesen Tagen in besonderer Weise auf die CDU. Die einen beschäftigen sich mit ihrer Satzung, die anderen mit ihren Spenden und die dritten mit Steuer- und Abgabenerhöhungen, aber die Angst und die Sorgen, die Depressionen und der Pessimismus, die durchs Land gehen, sind in einer Größenordnung, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erleben einen gigantischen Wahlbetrug. Noch zum Zeitpunkt unseres letzten Frankfurter Parteitages, noch während der letzten Wochen und Monate vor der Bundestagswahl hieß es, die Rentenbeiträge blieben stabil, jetzt werden sie kräftig angehoben. Es hieß, der Haushalt sei solide finanziert, jetzt steht ein Loch in Höhe von 20 Milliarden Euro zur Diskussion. Es hieß, der Stabilitätspakt würde eingehalten, jetzt wird die Neuverschuldung erhöht und das Stabilitätskriterium mit fast 4 Prozent verfehlt.

Wir dürfen Rot-Grün nicht durchgehen lassen, dass sie die Wähler verhöhnen und mit der Wahrheit Schindluder treiben. Die Partei, die CDU, muss sich dagegen wehren.

(Beifall)

Der hiesige niedersächsische Ministerpräsident hat vier Tage nach der Bundestagswahl vor laufenden Fernsehkameras erklärt, dass sie die Wahrheit vor der Wahl auch gern nach der Wahl gehabt hätten. So werden Menschen in ihrem Anspruch verhöhnt, dass man ehrlich und fair mit ihnen umgeht und die Probleme, die dieses Land hat, auch offen beschreibt und entsprechende Lösungen offeriert.

(Beifall)

Erst hieß es, die Wähler werden angelockt, dann heißt es, die Wähler werden abgezockt. Das Motto von Rot-Grün wird fortgesetzt, sie werden nach dem 2. Februar an die Entfernungspauschale, das Ehegattensplitting, den Sparerfreibetrag und die volle Besteuerung der Lebensversicherungen herangehen. Niemand kann Rot-Grün irgendetwas mehr glauben. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.

(Beifall)

Hier in dieser Stadt kann man besonders erkennen, wie sich rot-grüne Politik auswirkt. Man kann erkennen, dass Rot-Grün unser Land kaputt macht und die Gesellschaft verändert. Ehe,

Familie, Eigentum und Erbrecht werden infrage gestellt. Ersparnisse und Bildung werden ad absurdum geführt und das Kapital aus dem Land getrieben. Es ist immer das Gleiche: mehr Staatswirtschaft, mehr Kontrolle und mehr Gängelei. Die Philosophie der Sozialdemokraten ist der Neid, und aus Neid ist noch nie etwas Gutes entstanden. Das kann man auch in diesen Wochen mit Händen greifen. Gerade die Leistungsträger, die Fleißigen, werden abgeschöpft und abgezockt. Das sind keine Rahmenbedingungen für Vertrauen, Leistungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft.

Hier in dieser Stadt ist die Diskussion um die Schenkung-, Erbschaft- und Vermögensteuer besonders eröffnet und damit Panik ausgelöst worden. Es gibt in dieser Stadt eine Brauerei, die fünftgrößte Brauerei Deutschlands. Sie hat eine über vierhundertjährige Geschichte. Aber vor dem Hintergrund dieser Steuererhöhungsorgien von Erbschaft-, Vermögen- und Schenkungsteuer bis zur Spekulationsteuer, haben sich die Aktionäre Hals über Kopf, nahezu Panik ähnlich entschieden, auch diese leistungsunfähige und erfolgreiche Brauerei an ausländische Unternehmen zu verkaufen und damit den Ausverkauf deutscher Unternehmen zu begleiten.

Diejenigen, die Kinder in die Welt setzen, die Vermögen vermehren und vererben, werden unter Rot-Grün zu den Deppen der Nation. Ihnen wird später vorgehalten: Warum habt ihr das Geld nicht verprasst, vergraben, vergeudet oder ins Ausland geschafft? Wer ein solches Denken um sich greifen lässt, darf sich nicht wundern, dass die Wirtschaft eine negative Entwicklung nimmt. Das können wir in Deutschland allenthalben spüren.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich wünsche mir gemeinsam mit der Niedersachsen-CDU, dass ein Signal von diesem Parteitag ausgehen möge. Ich wünsche mir, dass wir die Frage „Was braucht unser Land in dieser schwierigen Zeit?“ beantworten. Unser Land braucht Signale für mehr Beweglichkeit, mehr Flexibilität, mehr Wachstum und Dynamik. Die Menschen müssen wieder Mut fassen, sich etwas zutrauen und etwas eigenverantwortlich auf den Weg bringen können. Dazu brauchen sie Flexibilität beim Arbeits- und Tarifrecht und die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen. Sie brauchen die Möglichkeit, sich etwas hinzu zu verdienen.

Wenn wir 250000 Arbeitsplätze durch Aufhebung des Scheinselbstständigengesetzes und andere Flexibilisierungen schaffen, wenn 400000 Menschen aus der Schwarzarbeit herauskommen und wieder einen legalen Nebenjob machen können, bei dem sie bis zu 400 Euro verdienen, hätten wir steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von 12 Milliarden Euro und Minderausgaben in Höhe von 12 Milliarden Euro. Das bringt mehr für die Sanierung der Haushalte als jede Gängelei und Bürokratisierung unseres Landes. Das muss das Signal unseres Parteitags sein.

(Beifall)

Rot-Grün braucht Kontrolle über den Bundesrat. Roland Koch und andere Ministerpräsidenten der Union müssen dort in die Lage versetzt werden, weiteres Unheil zu verhindern und Positives voranzutreiben. Wir Niedersachsen wollen dazu unseren Beitrag leisten. Die Menschen werden am 2. Februar sagen: Nochmals Rot-Grün? – wir sind doch nicht blöd. Sie haben doch erlebt, was mit ihnen gemacht wurde, und sie werden die Gelegenheit nut-

zen, nach dem guten Prinzip zu verfahren, dass der Tat die Strafe auf dem Fuße folgen sollte, weil sie dann die größte Wirkung erzielt.

Wenn Rot-Grün sieht, dass sich die Menschen wehren, wird es auch wieder aufwärts gehen, so wie es die Union 1982 bis 1989 vorgemacht hat. Damals sind drei Millionen neuer Jobs entstanden und die Staatsquote wurde von 52 Prozent auf 45 Prozent gesenkt. Damals haben wir erstmals wieder Haushaltsüberschüsse seit 1969 gehabt und eine Drei-Stufen-Steuerreform mit dem größten Entlastungsvolumen in der Geschichte unseres Landes durchgeführt.

Die Union hat auch in Niedersachsen vorgemacht, dass sie das Land gut regieren kann. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ganz besonders herzlich – sicher in Ihrer aller Namen – den Ehrenvorsitzenden der niedersächsischen CDU, unseren Freund Wilfried Hasselmann, begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind, Herr Hasselmann.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann ist allen wegen des Parteitags 1976 in Erinnerung. Ich selber war damals am Parteitagabend nicht dabei, aber alle, die dabei waren, erzählen heute noch legendenähnliches und der größte Teil davon wird auch stimmen. Deswegen haben wir ihn alle in bester Erinnerung.

Wir sind hier im Land gut aufgestellt. Wir werden gemeinsam kämpfen. Wir hatten bei der Kommunalwahl vor einem Jahr mehr Mandate als SPD, Grüne und FDP zusammen. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Union in den verschiedenen Bundesländern fortführen.

Nicht nur, weil heute Martinstag ist, sondern auch weil wir wollen, dass Angela Merkel eine besonders positive Erinnerung an diesen Parteitag behält, haben wir uns Gedanken über ein kleineres Geschenk gemacht. Dabei haben wir uns von der Überlegung leiten lassen, etwas zu schenken, was man auch gebrauchen kann. Es wird ja zu selten etwas geschenkt, was der andere gebrauchen kann und zu häufig etwas, was der, der schenkt, vielleicht hätte gebrauchen können, aber der Beschenkte nicht immer sinnvoll und zweckmäßig einsetzen kann. Wir sind stolz darauf, dass der Parteitag nur sechs Jahre nach dem letzten in Niedersachsen erneut in Hannover stattfindet und möchten ein Produkt aus Niedersachsen, nämlich ein Fahrrad eines niedersächsischen Fahrradherstellers, mit ein paar Radtaschen überreichen, in denen nicht unbedingt Akten untergebracht werden sollen; Vielmehr befinden sich darin jetzt ein wenig Literatur über Norddeutschland und ein Kompass, der interessanterweise selbst dann, wenn man in Bayern unterwegs ist, immer nach Norden zeigt und damit darauf verweist, dass wir eine starke norddeutsche CDU im Rahmen einer starken Bundes-CDU wollen.

(Beifall)

Die Fahrradfabrik aus dem niedersächsischen Quakenbrück hat extra eine Sonderserie „Number One“ aufgelegt. Wenn auch Sie einmal das Gefühl haben wollen, Number One, also Nummer eins zu sein – Anglizismen sind ja modern -, können Sie das auch selber für sich erwerben. Wir wünschen uns, dass Angela Merkel dank der Bücher, der Karten und des Fahrrads häufig bei uns, nicht nur in Wahlkampfzeiten, unterwegs ist. Wir werden daran arbeiten und dafür kämpfen, dass wir Angela Merkel die Chance geben, mit einer CDU-geführten Landesregierung in Hannover gemeinsam das Land zu erkunden.

Wir wünschen Angela Merkel einen tollen Parteitag und Ihnen einen großartigen Aufenthalt hier in unserer schönen Landeshauptstadt in unserem schönen Niedersachsen, das wir demnächst wieder mit der Regierungsmehrheit statt aus der Opposition heraus gestalten wollen.
– Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Lieber Christian Wulff, wir danken dir für dein Grußwort. Ich glaube, du hast deutlich gemacht, was Niedersachsen wirklich braucht: Niedersachsen braucht Christian Wulff, Niedersachsen braucht die Christlich Demokratische Union. Deswegen wird sie hier, lieber Christian Wulff, wie ich denke, einen hervorragenden Wahlkampf bis zur Landtagswahl im Februar führen.

(Beifall)

Als Nächstes darf ich den EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens bitten, sein Grußwort an den Parteitag zu richten.

Wilfried Martens, Vorsitzender der EVP: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Ich freue mich, heute hier für die EVP einige Worte an Sie richten zu können. Die Union hat mit Edmund Stoiber und Angela Merkel einen starken Wahlkampf geführt und ist gestärkt aus diesen Wahlen hervorgegangen. Die Union ist wieder zurück auf der politischen Bühne. Leider hat das Ergebnis nicht für einen Regierungswechsel gereicht. Die Wiederwahl der rot-grünen Koalition lässt befürchten, dass durch die jetzige Regierung Deutschland in wenigen Jahren von einem sehr positiven zu einem sehr negativen Beispiel in Europa wird. Ich bin mir sicher, dass die CDU unter der Führung von Angela Merkel eine starke Alternative sein wird.

(Beifall)

Wir brauchen in den kommenden Jahren eine starke CDU, damit uns auch nach 2004 die Schlüsselrolle als stärkster Fraktion im Europäischen Parlament zukommt.

Über viele Jahrzehnte habe ich eng mit deutschen Christdemokraten zusammengearbeitet: als Mitgründer der Europäischen Volkspartei mit dem damaligen Oppositionsführer Helmut Kohl, der deutscher Bundeskanzler wurde, als ich belgischer Ministerpräsident war, als EVP-Vorsitzender mit Wolfgang Schäuble, mit dem ich gemeinsam das Kongressdokument einer Verfassung für ein starkes Europa erarbeitet habe, das der EVP-Kongress vor wenigen Wochen in Portugal angenommen hat. Lieber Wolfgang, ich möchte dir an dieser Stelle noch einmal herzlich dafür danken, dass du dich so intensiv bei diesem wichtigen Thema engagiert hast.

(Beifall)

Aus der Zusammenarbeit mit Angela Merkel weiß ich, dass sie nicht nur eine exzellente Oppositionsführerin sein wird, sondern dass die CDU unter ihrer Führung eine Schlüsselrolle in der EVP spielen wird. Die CDU ist die größte Mitgliedspartei in der EVP. Wir brauchen eine starke und engagierte CDU, wenn wir Europa voranbringen wollen.

(Beifall)

Wir haben in den 80er- und 90er-Jahren gemeinsam die Europapolitik bestimmt. Wir haben gemeinsam neue Wege bei der Erweiterung der EVP beschritten. Die CDU war immer der ruhende Pol, nicht nur in der Europäischen Volkspartei. Ihre Stärke zeigte sie immer, wenn es darum ging, einen Ausgleich zwischen Nord und Süd und zwischen konservativ und christlich-sozial zu schaffen.

Ich möchte dafür allen in der CDU, mit denen ich so vertrauensvoll zusammenarbeiten durfte, herzlich danken, ganz besonders dem bisherigen Vizepräsidenten der EVP, Karl Lamers. Ich freue mich auf eine enge Zusammenarbeit mit Peter Hintze als Vizepräsident der EVP und unserer Christlich-Demokratischen Internationale. Ich weiß, dass er für unsere gemeinsamen Ziele kämpfen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Hans-Gert Pöttering führt als Vorsitzender die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, die wir 1999 gemeinsam zur stärksten Kraft gemacht haben. Wir müssen dafür kämpfen, dass die EVP weiterhin das Sagen im Europäischen Parlament hat und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Lieber Hans-Gert, es ist bemerkenswert, wie souverän und politisch du diese große Fraktion führst.

(Beifall)

Als Vorsitzender der EVP-Gruppe im EU-Verfassungskonvent spielt Elmar Brok eine wichtige Rolle, damit wir unsere Beschlüsse des Kongresses in Estoril in den Konvent einbringen können. Ich möchte Elmar Brok und dem Generalsekretär unserer Gruppe, Christian Kremer, für ihre Arbeit danken.

(Beifall)

Keine andere politische Familie im Konvent verfügt über einen so großen Konsens in den wichtigen Fragen. Die EVP wird die entscheidende Rolle für ein ambitioniertes Ergebnis dieses Konvents spielen.

Liebe Angela Merkel, ich bin davon überzeugt, dass die CDU für die anstehenden Landtagswahlen, hier in Niedersachsen mit Christian Wulff und in Hessen mit Roland Koch, in einer hervorragenden Ausgangslage ist. Ich wünsche dir für die Arbeit in den kommenden Jahren viel Erfolg und Ausdauer dabei, den Menschen deutlich zu machen, dass es eine bessere Alternative als die der rot-grünen Regierung gibt. Du hast dafür die Unterstützung von der gesamten EVP. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Martens, der Parteitag dankt Ihnen für Ihr Grußwort und vor allen Dingen für Ihren langjährigen hervorragenden Einsatz für die europäische Einigung und die europäischen Christdemokraten. Vielen Dank!

(Beifall)

Für ein weiteres Grußwort übergebe ich jetzt das Podium an den Oberbürgermeister der einladenden Stadt Hannover, Dr. Herbert Schmalstieg.

Dr. Herbert Schmalstieg (vereinzelte mit Beifall begrüßt): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass ich Sie alle aus Anlass des 16. Parteitages der CDU Deutschland in Hannover willkommen heißen kann. Ich freue mich darüber, dass dieser Parteitag jetzt stattfindet. Gerade in dieser Zeit finden in Hannover viele Landes- und Bundesparteitage statt. Es ist klar – Herr Wulff hat darauf hingewiesen –, der 2. Februar 2003 ist ein wichtiges Ereignis. Ich wünsche und hoffe, dass immer vor und nach einem solchen Tag Parteitage bei uns stattfinden, weil wir glauben, dass wir hier auf der Messe im Kongresszentrum und an anderen Stellen Hannovers gute Kongressfazilitäten haben.

Meine Damen und Herren, Hannover ist die große internationale Messestadt für weltgrößte Industriemessen. Wir sind EXPO-Stadt. Wir sind eine Stadt, die sich als Stadt der Gärten und Parks, der Museen sehen lassen kann. Wir sind vor allen Dingen auch eine tolerante Stadt, eine Stadt, in der Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, Religionen und Kulturen zusammenleben. Fremdenfeindlichkeit hat bei uns keinen Platz. Wir wehren uns gegen jede Form einer solchen Auseinandersetzung.

Die CDU tagt zum vierten Mal bei einem Bundesparteitag in Hannover. Ich freue mich darüber, dass ich zum dritten Mal als Oberbürgermeister die Gelegenheit habe, Grüße der Stadt zu überbringen. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen zu politischen Bewertungen, auch der Tagespolitik, ist es wichtig, dass der Konsens der Demokraten immer wieder als eine Grundlage unseres demokratischen Staatswesens gesehen und betrachtet wird.

Meine Damen und Herren, vor Ihnen liegt eine umfangreiche Tagesordnung. Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen Ratschläge zu erteilen. Aber als Oberbürgermeister unserer Stadt und als Kommunalpolitiker habe ich drei Bitten an Sie:

Erstens möchte ich die CDU wie alle anderen Parteien auch eindringlich bitten, sich stärker um kommunalpolitische Fragen zu kümmern.

(Beifall)

Zweitens ist meine ganz herzliche Bitte, dass Sie sich im Bundestag und im Bundesrat für die Interessen der Städte stark machen. Petra Roth und ich haben in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, dass in den Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung, angefangen beim Konnexitätsprinzip bis hin zur Sicherung der kommunalen Finanzen, gute Ansätze sind. Wir hoffen und wünschen, dass diese im Bundestag und auch im Bundesrat umgesetzt werden.

Meine dritte Bitte ist, dass Sie bei Ihren Entscheidungen die berechtigten Interessen und Belange der Kommunen beachten, wenn es darum geht, die Städte lebensfähig zu machen, denn ohne lebensfähige Städte ist kein Staat zu machen.

Ich will einen vierten Wunsch hinzufügen. Ich weiß, dass Sie heute kaum Gelegenheit haben werden, unsere Stadt zu erleben. Hannover ist eine lebenswerte Stadt. Ich lade Sie ganz herzlich ein, sie zu besuchen, auch außerhalb von Parteitagen.

Wir hatten am vergangenen Wochenende hier in Hannover Hannah-Arendt-Tage. Diese große jüdische Philosophin ist in Hannover geboren. Sie, verehrte Frau Vorsitzende, hatten vor einigen Jahren Gelegenheit, bei den Arendt-Tagen dabei zu sein, und haben dort ein be-

achtenswertes Referat gehalten. In diesem Jahr haben neben Hans-Jochen Vogel und Christian Schwarz-Schilling viele Menschen daran teilgenommen, debattiert und diskutiert. Das Eingangsreferat hat unser Bundespräsident Johannes Rau gehalten. Er hat dieses Referat unter ein Motto gestellt, das einen Satz von Hannah Arendt beinhaltet: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt.“ In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei der Durchführung Ihres Parteitages hier in Hannover.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir danken Ihnen herzlich für Ihr Grußwort und vor allen Dingen für die Gastfreundschaft hier in dieser schönen Stadt Hannover.

Damit gebe ich jetzt das Präsidium an Christian Wulff weiter.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen nunmehr zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND
VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Ich erteile dazu das Wort unserer Vorsitzenden, Frau Dr. Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Lieber Christian Wulff! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Niemand wird bestreiten, dass dieser Parteitag in Hannover zu einem ganz besonderen Zeitpunkt stattfindet. Er findet nur sieben Wochen nach dem Ende eines der außergewöhnlichsten Wahlkämpfe in der Geschichte von CDU und CSU statt. In noch nie gekannter Geschlossenheit, ja, ich sage, in noch nie erlebter Freundschaft und Zusammengehörigkeit haben CDU und CSU diesen Wahlkampf des Jahres 2002 geführt.

(Beifall)

Wir haben ihn gemeinsam und gemeinschaftlich gestaltet, und dass dies gelungen ist, liebe Freunde, ist nicht zuletzt einem Mann zu verdanken, der wie kein Zweiter an die Grenzen seiner Kräfte gegangen ist, der für unsere Union und unser Land alles gegeben hat, der Tag für Tag im Einsatz war, der auf Dutzenden und Aberdutzenden von Kundgebungen, Betriebsbesichtigungen und Festen für unser Politikangebot geworben hat. Ich meine Edmund Stoiber. Niemand anderem gebührt der erste Dank dieses Parteitages der CDU Deutschlands.

(Beifall)

So viel Union wie heute war noch nie. Mein Wort vom Frankfurter Parteitag im Juni ist keine leere Floskel geblieben. Es ist wahr geworden. Das ist für mich der größte Schatz der letzten Monate, und das ist ein Schatz, den wir hüten und pflegen müssen.

So viel Union wie heute war noch nie, und Edmund Stoiber und ich sind fest entschlossen, unsere gemeinsame Arbeit auch jetzt, nach der Entscheidung des 22. September, in den nächsten Wochen genau in diesem Geiste fortzusetzen. Das ist der Geist der Union!

(Beifall)

Das ist der Geist der Union – und ich meine „Union“ im eigentlichen Sinne des Wortes -, der uns in diesen Wahlkampf getragen hat, und das ist der Geist, der uns nach Jahren mancher Höhen, aber eben auch mancher Tiefen wieder stark gemacht hat.

Ich füge hinzu: Nur in diesem Geiste werden wir im 21. Jahrhundert als große bürgerliche Kraft der Mitte wieder mehrheitsfähig werden. Deshalb muss es so bleiben: So viel Union wie heute war noch nie. Das muss unser Motto für die nächsten Jahre sein.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, ein Wahlkampf kann ganz unmöglich vom Kanzlerkandidaten und den Parteivorsitzenden allein geführt werden. Sie alleine sind nichts, sie werden getragen von einer Gemeinschaft, von der ganzen Partei, vom Präsidium, vom Bundesvorstand, von den Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden, den Vorsitzenden und den Geschäftsführern, den Vereinigungen und vor allen Dingen unseren 600 000 Mitgliedern. Sie alle zusammen bilden das, was wir das Herz, den Verstand und die Seele dieser großartigen Christlich Demokratischen Union nennen. Auch diesen Schatz müssen wir in den nächsten Jahren hüten und pflegen.

(Beifall)

Oft kommt die selten sichtbare, aber doch so unverzichtbare Arbeit hinter den Kulissen zu kurz. Manchmal wird sie ganz vergessen. Deshalb möchte ich diesmal gleich zu Beginn des Parteitages und nicht erst am Ende, wenn wir fast schon wieder abgereist sind, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses für ihre Arbeit im Wahlkampf danken.

(Beifall)

Ich glaube, wir sind uns einig: An ihnen liegt es bestimmt nicht, dass uns zum Schluss knapp 6000 Stimmen gefehlt haben, um stärkste Partei in diesem Lande zu werden. Stellen Sie sich das noch einmal vor: Mit weniger als der Hälfte des Personals der SPD, mit einem Bruchteil – das haben wir ja immer wieder gesehen, wenn wir uns die Plakate und die Anzeigen angeguckt haben – der materiellen Mittel der Sozialdemokraten haben sie zusammen mit der CSU-Landesleitung, mit dem Stoiber-Team Tag und Nacht geschuftet, oft bis an die Grenze der körperlichen Kräfte. Herzlichen Dank! Stellvertretend nenne ich Laurenz Meyer, Willi Hausmann und all die, die mitgeholfen haben. Es war eine tolle, spannende, arbeitsreiche Zeit. Wir haben gekämpft, es hat sich gelohnt.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit diesem Bericht gebe ich auch den Bericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab. Es sind erst wenige Wochen, die ich das Amt der Vorsitzenden der Fraktion innehaben darf. Deshalb möchte ich heute ganz besonders Friedrich Merz danken.

(Beifall)

Er hat dieses Amt vor zweieinhalb Jahren wie ich seinerzeit das der Parteivorsitzenden in denkbar schwieriger und stürmischer Zeit übernommen. Er hat die Bundestagsfraktion mit Hingabe und unermüdlichem Einsatz geführt. Ich weiß, über uns wird unendlich viel ge-

schrieben und verbreitet. Manches ist wahr, manches ist blanker Unsinn. Aber eines ist gewiss richtig: Diese Union braucht Friedrich Merz.

(Beifall)

Lieber Friedrich Merz, es ist gut, dass du dem vermeintlichen Superminister aus dem vermeintlichen Superland Nordrhein-Westfalen – damit sage ich nichts gegen das Land, nur etwas gegen seinen Zustand – endlich in bester wirtschafts- und finanzpolitischer Tradition Ludwig Erhards Paroli bieten wirst. Ich freue mich auf das neue Kapitel der Zusammenarbeit, auch durch deine Kandidatur im Präsidium der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist wahr, es gibt nichts drum herum zu reden: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht. Wir haben den Regierungswechsel nicht herbeiführen können. Doch bevor manche glauben, uns einreden zu müssen, wir sollten jetzt in Sack und Asche gehen, sage ich ganz deutlich: Mit Edmund Stoiber ist es uns gelungen, die Union nach der historischen Zäsur von 1998 wieder auf Augenhöhe mit der SPD zu bringen. Das war alles andere als selbstverständlich. Das ist ein riesiger Erfolg, und es ist ein Erfolg nicht nur für uns, sondern auch für die Menschen in diesem Lande, die die CDU dringend brauchen.

(Beifall)

Natürlich müssen wir das Wahlergebnis in seinen guten wie in seinen schlechten Seiten analysieren. Natürlich müssen wir die richtigen Konsequenzen ziehen. Jeder weiß, dass ich die Letzte bin, die dies nicht tun will und tun wird. Aber ich sage auch: Zunächst einmal erwarte ich, dass wir die Millionen von Wählerinnen und Wählern, die uns am 22. September ihr Vertrauen geschenkt haben, nicht enttäuschen. Ich erwarte, dass wir ihre Entscheidung ernst nehmen, dass wir das angehen, was ihnen wichtig ist und was ihre Wahlentscheidung bestimmt hat. Davon müssen wir uns leiten lassen und entsprechend müssen wir unsere Arbeit gestalten.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung: Dem Vertrauen dieser Wählerinnen und Wähler werden wir dann gerecht, wenn wir in den nächsten Monaten unter Beweis stellen, dass wir gestärkt aus der Entscheidung vom 22. September hervorgegangen sind. Wir werden ihrem Vertrauen gerecht, wenn wir Rot-Grün vor uns hertreiben. Das aber, liebe Freunde, alleine reicht ja noch nicht. Es würde ja schon Spaß machen, Rot-Grün vor uns herzutreiben. Aber ich glaube, wir haben dazu einen Auftrag, weil dieses Land eine starke Opposition braucht, eine Opposition als Wächter der Regierung und vor allen Dingen eine Opposition als Anwalt der Menschen dieses Landes.

(Beifall)

Wir, die Union von CDU und CSU im Bundestag und im Bundesrat, in den Ländern und in den Kommunen, sind der Anwalt der Menschen. Das ist unser Selbstverständnis und das muss auch das Signal dieses Parteitages sein. In diesem Sinne gehen wir an die Arbeit.

Vor sieben Wochen hat Deutschland gewählt. Eine Woche lang hofften die Menschen, es könnte sich vielleicht etwas ändern, vielleicht zum Guten. Aber ich sage ganz klar: Seit sechs Wochen bereut Deutschland die Entscheidung.

(Beifall)

Die Menschen wurden getäuscht wie nie und die Menschen sind enttäuscht wie nie. Deutschland ist im Herbst des Jahres 2002 an einem weiteren Tiefpunkt in der Nachkriegsgeschichte angekommen – wirtschaftlich, sozial und moralisch.

Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Ich habe selten ein solches Gefühl gehabt. Ich habe den Eindruck, dass unsere Zukunft, die Zukunft dieses wunderschönen Landes im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Spiel steht –

(Beifall)

auf dem Spiel steht, was die Chancen von jungen Menschen anbelangt, auf dem Spiel steht, was Traditionen anbelangt, auf dem Spiel steht, was die Zukunft unseres Mittelstandes anbelangt, auf dem Spiel steht, was die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit anbelangt. Und für all dies ist verantwortlich eine einzige Person und die hat den Namen Gerhard Schröder, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich sage das so hart und so klar, weil gerade viele Wählerinnen und Wähler wegen seiner Person vielleicht in letzter Minute noch überlegt haben, die Sozialdemokraten zu wählen, und weil es deshalb so unerträglich ist, dass gerade er die Hoffnungen der Menschen in diesem Lande einfach mit Füßen tritt. Denn ihn interessiert nichts davon, was er gestern gesagt hat und was er morgen tun wird, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe es vor der Bundestagswahl angedeutet, und ich sage es heute wieder mit großem Ernst: Noch nie ist der Unterschied zwischen Gesagtem und Gewusstem, zwischen Ankündigen und Taten einer Bundesregierung vor einer Wahl und nach einer Wahl so groß gewesen und noch nie hat sich eine Bundesregierung vor der Wahl so berechnend und so bewusst verhalten. Ich habe nach einem Wort gesucht, das dieses Vorgehen auch nur annähernd richtig beschreibt. Wir sollten alle aufpassen, keinen Overkill an Worten zu produzieren. Aber wenn Worte noch Sinn haben sollen, so gibt es nur ein einziges Wort, das dieses Verhalten trifft: Das ist das Wort der Lüge vor der Wahl und vor den Menschen dieses Landes, meine Damen und Herren,

(Lebhafter Beifall)

Diese Bundesregierung hat den Menschen geradewegs und ohne mit der Wimper zu zucken ins Gesicht gelogen. In einem Aufsatz in der „FAZ“ ist geschrieben worden – ich zitiere –: „Wenn Wahlbetrug eine Straftat wäre, müsste die Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Bundesregierung von Amts wegen ermitteln.“

Das ist die Wahrheit in Deutschland, niedergeschrieben in einer der seriösesten Zeitungen dieses Landes.

(Beifall)

Spätestens bei der Abgabe seiner Regierungserklärung konnte man dann auch sehen, wie ratlos, matt und schlapp Schröder aufgetreten ist – alles keine Adjektive von mir, alles Adjektive aus der deutschen Presselandschaft. Herr Schröder spürt eben, dass sich etwas verändert hat, vor allen Dingen gegenüber 1998. Er kann nicht mehr, wie es Herr Eichel heute noch notorisch versucht und wie es andere versuchen, ewig und immer von einer imaginären Kohl'schen Erblast sprechen. Nein, heute ist es die rot-grüne Erblast, mit der sich Schröder herumzuplagen hat. Aus dieser Verantwortung werden wir Schröder und seine Bundesregierung nicht entlassen. Sie haben vier Jahre regiert, das hat Deutschland verändert, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

„Wir wissen: Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem“ – ein Satz wie aus dem Lehrbuch der Sozialen Marktwirtschaft. Gesagt hat ihn Gerhard Schröder, und zwar in seiner ersten Regierungserklärung am 10. November 1998, fast auf den Tag genau heute vor vier Jahren. Hört man diesen Satz, hören insbesondere die 4 Millionen Arbeitslosen, ihre Familien, ihre Kinder und Verwandten heute diesen Satz, so kann sie heute eigentlich nur noch die nackte Wut packen. Denn fest steht: Auf keinem Feld haben Schröder und seine Bundesregierung so dramatisch versagt wie auf dem Feld der Wirtschaft, der Arbeit und der Beschäftigung. Alles versprochen und nichts gehalten – auf dem Rücken der Menschen in diesem Lande, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Inzwischen – das ist die nackte Wahrheit – befinden wir uns mit den Oktoberzahlen des Jahres 2002 hinter den Beschäftigtenzahlen des Jahres 1998. Das ist die Quittung für nichts weiter als für vier verlorene Jahre für Deutschland – für junge Menschen in Deutschland, für ältere Menschen, für Menschen, die Arbeit gesucht haben, für Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, für junge Menschen, die in das Arbeitsleben eintreten wollen.

Schauen Sie sich doch einmal die Arbeitslosenstatistik an! Sie wäre noch viel schlimmer, wenn man heute nicht in breitem Maße schon die über 55-Jährigen in den Ruhestand schicken würde, und zwar mit allen Tricks und Täuschungen, die möglich sind. Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 50 Prozent gestiegen. Die Kurzarbeit hat gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent zugenommen. Die Wahrheit ist viel bitterer als das, was sich in den Zahlen widerspiegelt. Vier verlorene Jahre für Deutschland und keine Hoffnung auf Besserung!

(Beifall)

Was macht diese Regierung in einer solchen Situation? Sie kommt mit Hartz. Meine Damen und Herren, der Harz ist nicht weit von Hannover. Alles fängt mit H an und ist eine schöne Fiktion.

Was hat Rot-Grün herausgefunden? Die Arbeitskosten sind zu hoch. Wunderbar! Herr Clement versucht wenigstens im haushaltsnahen Bereich die Lohnnebenkosten herunter zu sub-

ventionieren. Das kann man ja vielleicht tun. Im gleichen Augenblick erhöht man aber die Renten- und Krankenkassenbeiträge, treibt die Kosten in die Höhe und belastet damit die Bundesanstalt für Arbeit. Anschließend muss man den Finanzminister bitten, Ökosteuer, Umsatzsteuer und sonstige Steuern weiter zu erhöhen. Auf diese Weise rammt man sich immer weiter hinein in die falsche Spirale von Niedergang und dem Gegenteil von Wachstum und Beschäftigung in diesem Lande.

(Beifall)

Liebe Freunde, die eigenen Leute, sofern sie nicht in unmittelbarer Umgebung des Kanzleramtes sitzen, können es ja selbst nicht mehr ertragen. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit sagt dazu, jede andere Lösung wäre immer noch besser als die Strafsteuer gegen Arbeit. So bezeichnet er die Erhöhung der Lohnnebenkosten, weil er weiß, was das wirtschaftlich bedeutet.

Rot-Grün hat herausgefunden, dass man das tatsächliche Rentenalter dem rechtlichen Rentenalter annähern sollte – so der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vor wenigen Tagen. Was aber macht Herr Clement im Zusammenhang mit dem Hartz-Modell? Er versucht sich an einem Modul, wie es so schön heißt, mit einem Bridge-System, was nichts weiter bedeutet, als dass auf ganz perfide Art und Weise ältere Menschen in den Vorruhestand geschickt werden sollen und damit dann eben nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir werden bei solchen Täuschungstricks nicht mitmachen, denn das alles dient nur einem: die Arbeitsmarktzahlen zu frisieren. Wir brauchen aber keine frisiereten Arbeitsmarktzahlen, sondern neue Arbeitsplätze in Deutschland, damit Wachstum und Beschäftigung entstehen.

(Beifall)

Man hat herausgefunden, dass es zu viel Bürokratie gibt. Das ist eine der allerneuesten Erkenntnisse in Deutschland. Ich kann nur sagen: Schaffen Sie doch drei der schlimmsten Gesetze ab, Herr Schröder: das 630-DM-Gesetz, das Gesetz über die Ökosteuer und das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit. Weg damit! In dieser Woche können Sie das mit uns im Deutschen Bundestag beschließen. Wir sind dabei. Dann hat Deutschland weniger Bürokratie. Das ist die Wahrheit über Deutschland.

(Beifall)

Was macht man aber stattdessen? Es ist schon immer üblich gewesen, dass man während der Kündigungsfrist auch einmal zu einem Vorstellungsgespräch gehen darf. Jetzt wird das gesetzlich geregelt. Sind sie ein Jahr im Betrieb, bekommen sie zwei Tage frei. Sind sie zwei Jahre im Betrieb, bekommen sie vier Tage frei. Sind sie noch länger im Betrieb, bekommen sie zehn Tage frei. Wissen sie, wozu das führen wird? Man wird gegeneinander Prozesse führen: Der Betriebsrat wird dem Arbeitnehmer helfen. Der Unternehmer wird sich einen Rechtsanwalt nehmen und prüfen lassen, ob der Pförtner des Betriebes morgens schon zum Vorstellungsgespräch gehen darf, wenn eigentlich die Fabrikhalle aufgeschlossen werden muss. – Das wird die Wahrheit über rot-grünen Bürokratieabbau sein: Monstren von Bürokratie, unfähig, den Menschen irgendetwas zuzutrauen. Es war in Deutschland schon immer möglich,

zu Vorstellungsgesprächen zu gehen. Es war nie notwendig, hierfür Regelungen zu treffen. Trauen Sie den Menschen in diesem Lande doch einmal etwas zu und regeln Sie nicht alles mit Papierkram, Herr Schröder! Dann würde es Deutschland besser gehen.

(Beifall)

Genau das ist es auch, was uns an den Hartz-Vorschlägen – selbst wenn es hier und dort einmal eine richtige Facette gibt – stört: Sie atmen den Geist des Staatsinterventionismus. Sie glauben nicht an die Menschen, sondern nur an die Kraft staatlicher Regulierungen. Meine Damen und Herren, den Marsch in die staatliche Arbeitsmarktbewirtschaftung über Personal-Service-Agenturen machen wir nicht mit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass in diesem Land Luft zum Atmen entsteht, dass Freiräume entstehen, dass Menschen wieder Chancen haben. Deshalb wehren wir uns gegen jede Form von Staatsinterventionismus. Das wirft Deutschland zurück. Deshalb: Ohne uns, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ein Blick auf die ver.di-Homepage von einem Betriebsrat der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, wie die Menschen in diesem Lande denken. Er schreibt: „Wir haben Gerster bekommen, die Hartz-Kommission und letzte Woche hatten wir eine Bombendrohung. Ich will jetzt nicht bewerten, was am schlimmsten ist.“ So viel zum Reformgeist von Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Clement sagt, das Hartz-Konzept beinhalte die größte Reform des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir erinnern uns alle an die stattliche rot-grüne Ahnenreihe. Beim Steuerkonzept von Eichel war von der größten Steuerreform aller Zeiten die Rede. Wissen Sie, wozu sie führen wird? Wir werden es diese Woche bei der Vorlage der Steuerschätzung erleben. Sie wird zu dem größten Finanzdesaster aller Zeiten führen. Das wird das Ergebnis dieser größten Steuerreform aller Zeiten sein.

(Beifall)

Bei der Riester-Rente wurde von der Jahrhundertreform gesprochen. Schade, dass er sie nicht am 31. Dezember des Jahres 1999 abgeschlossen hat. Dann hätte sie bloß eine Haltbarkeitsdauer von einem Tag haben müssen und wäre die Reform des 20. Jahrhunderts gewesen. Diese Reform hat nicht einmal ein Jahr gehalten. Heute sind die Rentenbeiträge schon wieder höher. Diese Reform war der größte Flop in der Rentengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das ist die Wahrheit über diese Riester-Reform.

(Beifall)

Es stellt sich nun die Frage nach dem Sinn und danach, worum es den Sozialdemokraten eigentlich geht. Man glaubt ja immer, sie seien von etwas geleitet. Schröder spricht von der Balance. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb noch eine Facette aus der Unzahl

von Ankündigungen herausgreifen. Man will das Sterbegeld halbieren. Ich glaube wirklich nicht, dass dies sozial ist. Ich muss Ihnen aber eines sagen: Es ist besonders absurd, wenn die neue Fraktionsvorsitzende der Grünen dazu erklärt, man könne das Sterbegeld ja ganz streichen, weil – ich zitiere jetzt – „der Versicherte ja ohnehin nichts mehr davon hat.“

(Lachen)

Meine Damen und Herren, Zynismus ist noch gar nichts gegen diese Betrachtungsweise vom menschlichem Leid und menschlicher Ohnmacht. Wer so argumentiert, hat es nicht verdient, über andere Menschen zu sprechen, weil er sich nicht in das Leid von Menschen in diesem Land einfühlen kann.

(Lebhafter Beifall)

In der SPD-Fraktion sagt man zu dem jetzigen Zustand: Nun geht es wieder los wie 1998. – Nein, meine Damen und Herren, es geht nicht los wie 1998, weil dieses Land nichts mehr zuzusetzen hat. Es hat vier Jahre Rot-Grün hinter sich, und für dieses Land steht die Zukunft auf dem Spiel. Deshalb ist es ja so, dass die Menschen wissen, was der 1. Januar des nächsten Jahres für sie bedeuten wird. Der 1. Januar des Jahres 2003 wird für die Menschen ein Tag des Abkassierens werden: Höhere Rentenbeiträge, höhere Beitragsbemessungsgrenzen, Erhöhung der Körperschaftsteuer, keine Entlastung durch eine nächste Stufe der Steuerreform, usw.

Christian Wulff hat es eben gesagt: Man kann das alles fast gar nicht erfassen. Im so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetz – Sie müssen sich diese Wortschöpfung einmal auf der Zunge zergehen lassen – werden den Menschen 48 neue Steuererhöhungen präsentiert. Für uns muss klar sein: Der Ministerpräsident dieses Landes, Gabriel, der sich an die Spitze derjenigen gesetzt hat, die gegen die Abbrüche bei der Eigenheimzulage sind, darf keine Chance bekommen, Verschlechterungen zum Schluss noch als Sieg zu feiern. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Anwälte der Menschen in unserem Lande sind: die Anwälte derjenigen, die Eigentum bilden wollen, die Häuser bauen wollen, die Kinder erziehen wollen, die Familien gründen wollen. Das ist unser Kredo und darin werden wir uns von niemandem übertreffen lassen.

(Beifall)

Für mich das Allerschlimmste in dieser gesamten Vorgehensweise ist: Es handelt sich nicht um zufällige Streichlisten irgendeines nicht mehr ganz aktuellen Staatssekretärs, sondern das Chaos hat Methode. Es geht darum, durch die Maßnahmen, die in diesen Wochen ergriffen werden, Institutionen wie die Familie, wie das Ehrenamt zu schwächen. Es geht darum, die Bildung von Eigentum zu schwächen, obwohl wir dies für die Zukunft brauchen. Es geht darum, Menschen zu bestrafen, die leistungsbereit sind und Überstunden machen. Es geht darum, denjenigen, die etwas vererben wollen, die generationenübergreifend denken, vor das Schienbein zu treten. Es geht darum, diejenigen, die mit Altersvorsorge für eigene Risiken eintreten, immer weiter zu behindern. Das ist ein Vorgehen, das wir nicht unterstützen können: weil wir auf die Zukunft setzen, weil wir an die Menschen glauben und weil wir wollen, dass die Menschen in der Politik Verlässlichkeit finden.

(Beifall)

Aber eines ist sicher: Rot-Grün wird die Quittung bekommen, und zwar schon sehr bald. Lieber Christian Wulff, lieber Roland Koch, die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen und Hessen haben den anderen Deutschen eines voraus: Sie haben die Chance, sehr bald zu handeln. Sie können am 2. Februar mit ihrer Stimme deutlich machen: Danke, Kanzler, jetzt reicht es. Das machen wir nicht mit. Wir wollen eine Veränderung der Politik in diesem Lande. – Deshalb muss Roland Koch Ministerpräsident des erfolgreichen Landes Hessen bleiben und deshalb muss Christian Wulff Ministerpräsident von Niedersachsen werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich füge aber hinzu: Die Sozialdemokraten werden nichts unversucht lassen. Diese Bundesregierung wird wieder versuchen, die Wahlkämpfe in Hessen und Niedersachsen nach dem gleichen Muster ablaufen zu lassen. Wenn man schon in der Sache selbst nichts zu bieten hat, dann kann man wenigstens – Roland Koch wird sich erinnern – alte Plakate auspacken. „Kein Blut für Öl“ hieß es 1991 in Hessen. Doch ich sage Ihnen: Das wird nicht funktionieren. Denn Geschichte wiederholt sich nicht – und wenn, dann nur als Farce. Aber vielleicht ist „Farce“ gar keine so falsche Beschreibung der Lage.

Noch treffender habe ich es vor einigen Tagen in einem Magazin gelesen: „Satire darf alles. Politik nicht. Es sei denn, sie will genauso enden: als Lachnummer.“

Das ist die Gefahr von rot-grüner Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir als Opposition nehmen unseren Auftrag als Wächter und Anwalt wahr. Die Millionen von Wählerinnen und Wählern erwarten das. Sie erwarten von uns eine klare Auseinandersetzung mit den zentralen Themen unseres Landes. Aber sie erwarten natürlich nicht nur eine Auseinandersetzung, sondern hören auch den Chor der Leute, die von uns – beinahe schon wie ein Ritual – eine Alternative zur Politik der Bundesregierung einfordern. So hat der Bundesaußenminister vor 14 Tagen im Bundestag – statt zu sagen, was er, was Rot-Grün tun möchte – nahezu seine gesamte Redezeit auf die Frage verwandt, was die Alternative ist.

Ich zitiere: „Die Bundesregierung versucht, dieser Auseinandersetzung auszuweichen. Ihr fortdauernder Ruf nach der Alternative der Opposition ist nichts anderes als das Eingeständnis ihrer eigenen Ratlosigkeit.“

(Beifall)

Diesen Satz, den ich in den Archiven gefunden habe, hat – obwohl scheinbar sehr aktuell – Helmut Kohl vor 25 Jahren auf dem Düsseldorfer Parteitag im Jahre 1977, nach der Bundestagswahl 1976, gesagt. Den Ruf nach der Alternative gibt es also beinahe so lange, wie es in diesem Lande Opposition gibt.

Damit kein Missverständnis aufkommt sage ich: Wenn uns unsere Wähler, unsere Anhänger nach unserer Alternative fragen, dann nehmen wir das ernst. Wenn dieser Ruf aber von Schröder oder Fischer kommt, dann sollten wir ihn als das nehmen, was er ist: nackte Rhetorik von Leuten, die selber nicht mehr wissen, wie sie vor und zurück kommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal mit den Worten von Helmut Kohl. 1977 hat er dazu gesagt: „Die Regierung braucht mehr und mehr die Opposition als Rettungsring und als Ersatzmotor. Sie suggeriert der Öffentlichkeit, sie selber habe eine Antwort. In Wirklichkeit entlässt sie sich dauernd selbst aus der Beweislast für ihre eigene Position.

Dieser Satz war 1977 offensichtlich richtig und er passt prima in das Jahr 2002. Auf diese Finne, meine Damen und Herren, werden wir nicht hereinfallen: Wir sind nicht der Ersatzmotor einer lahrenden rot-grünen Bundesregierung. Das ist nicht unsere Aufgabe als Opposition.

(Beifall)

Gleichzeitig, liebe Freunde, wären wir nicht wir selbst, wenn wir uns nicht fragen würden: Könnten wir es denn wirklich besser? Würden wir es uns tatsächlich zutrauen, trotz aller Finanzzwänge, trotz der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung – das ist ja nicht zu leugnen; wir ignorieren ja die Globalisierung nicht – mehr Bewegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu schaffen? Würden wir es uns zutrauen, mehr Wachstum in diesem Land hinzubekommen? Ich habe darüber nachgedacht und sage ganz ernsthaft: Ja. Ich weiß, wir würden in diesen Tagen nicht lächelnd durchs Land laufen. Ich habe sogar eine ungefähre Vorstellung von den Diskussionen, die wir in den eigenen Reihen hätten, zwischen den verschiedenen Flügeln unserer Partei, zwischen denjenigen, die etwas mehr vorpreschen, und denen, die etwas weniger vorpreschen. Das alles ist keine Frage.

Aber ich sage Ihnen – überprüfen Sie es für sich selber -: Wir würden es schaffen, weil wir mit unseren Vorschlägen, mit unserem Regierungsprogramm die richtige Richtung eingeschlagen haben. Umfassende Befreiung des Arbeitsmarktes, Deregulierung der Zeitarbeit, Teilzeit, Befristung von Arbeitsverträgen, Optionsmodell beim Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, betriebliche Bündnisse für Arbeit – eine sehr komplizierte, aber wichtige und richtige Sache -, Einführung eines wirklich umfassenden Niedriglohnsektors, Lohnabstandsgebot durch Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, verbindliche Eingliederungsprämien, Beweislastumkehr – all das sind Schritte in die richtige Richtung, die in diesen Tagen in Deutschland ein positives psychologisches Signal auslösen könnten. Die Leute dürfen nicht länger überlegen, wie sie dieses Land möglichst schnell verlassen, sondern müssen sagen: Jawohl, dieser Regierung gebe ich eine Chance.

(Beifall)

Liebe Freunde! Gucken Sie doch in die Länder, in denen wir regieren! Dort erleben Sie doch tagtäglich, dass man auch gut regieren kann. Das Problem vieler Kommunen, das Problem vieler Landesregierungen in den von uns geführten Ländern ist doch nicht, dass sie keine Ideen haben, sondern das Problem ist, dass man sie nicht machen lässt. Roland Koch kämpft jetzt schon monatelang darum, dass er sein OFFENSIV-Gesetz endlich in Hessen anwenden kann, damit mehr Menschen in Arbeit kommen. Man lässt ihn nicht. Wir werden es wieder versuchen und haben jetzt Gott sei Dank die Mehrheit im Bundesrat. Immer und immer wieder werden wir sagen: Man kann in Deutschland auch gut regieren. Wo wir regieren, versuchen wir es mit aller Kraft und lassen uns nicht entmutigen.

(Beifall)

Genau aus diesem Grund haben wir uns zu unserem Motto entschlossen: „Besser für die Menschen“. Wir lassen uns in unserem Programm davon leiten: Was ist besser für die Menschen? Wir haben dabei eine Überzeugung: Wir sind besser, weil wir an die gerechte Kraft des Wettbewerbs glauben. „Besser für die Menschen“, weil wir auf die kleine Einheit setzen und nicht immer die Zentrale fördern. „Besser für die Menschen“, weil wir richtige Anreize schaffen, weil wir glauben, dass sich Menschen entsprechend den Anreizen auch verhalten. Wir belohnen Leistung. Leistung muss sich lohnen. „Besser für die Menschen“, weil wir eben dafür Sorge tragen, dass der, der arbeitet, immer mehr hat als der, der nicht arbeitet. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Deshalb glauben wir, dass wir die besseren Konzepte haben.

(Beifall)

Dahinter steht eines – das ist etwas sehr Grundsätzliches -: Wir wissen, dass Politik mehr ist als das Verwalten des Augenblicks. Das ist unser Politikverständnis. Unser Grundgesetz statet das Amt des Bundeskanzlers nicht von ungefähr mit einer Richtlinienkompetenz aus. Richtung, Linie, Kompetenz, das sind die drei Schlüsselbegriffe. Das Handeln des amtierenden Bundeskanzlers wirkt aber immer so, als wolle er gerade mal durch den nächsten Tag kommen. Da ist keine Richtung, da ist keine Linie und ziemlich wenig Kompetenz.

(Beifall)

Da ist eben immer nur Verwaltung des Augenblicks. Die Folge ist – das ist etwas sehr Dramatisches -: Politik wird ihrer Seele beraubt. Alles ist möglich. Nichts ist unmöglich. Heute so, morgen so. Die Folgen sind fatal – für die Menschen und für das Land.

Man muss auch einmal die beiden Regierungserklärungen des Jahres 2002 und des Jahres 1998 nebeneinander legen. Schröder sagte 1998: „Wir stehen nicht für eine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern für eine moderne Politik der sozialen Marktwirtschaft.“ Derselbe Mann sagt vier Jahre später – nicht in der Regierungserklärung, sondern auf dem Parteitag der Sozialdemokraten – im Stile besten alten Klassenkampfes: „Allen, die jetzt ihre Kettenhunde loslassen, um alles kaputtzureden, sage ich: Wir werden uns nicht beirren lassen.“ Dann schließt er die „Helfershelfer in den Verbänden“ gleich mit ein. Was ist das für eine Diktion von einem Mann, der drei Wochen vorher noch auf den Deichen herumgerannt ist und die Menschen zu ehrenamtlichem Engagement zwingen wollte?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, so kann man mit den Menschen in diesem Land nicht umgehen. „Kettenhunde“, „Helfershelfer“ – tiefste kommunistische Sprache. Das hat nichts mit Sozialdemokratie zu tun.

(Beifall)

Aber wer so spricht, entlarvt sich im Grunde selbst. „Wer keine Ideen hat, braucht Feinde“, das sind nicht meine Worte, sondern das hat wieder ein Redakteur im „Stern“ geschrieben. Ich kann es aber nicht besser sagen: Wer keine Ideen hat, braucht Feinde. – Das ist die Wahrheit von Schröder.

Der Bundeskanzler merkt auch schon gar nicht mehr, wie er sich selbst verstrickt. Gestern waren es noch die Helfershelfer und die Kettenhunde. Am letzten Freitag im Bundesrat, als er dort auftrat, um staatsmännisch zu den Kollegen Ministerpräsidenten zu sprechen, sagte er mit großem Pathos: „Erst das Land, dann die Partei.“ – Übersetzt wiederum in eine Variante Schröder'scher Sprache hieß das im Oktober noch: „Dieses Land ist ein für alle Mal kein CDU-Staat mehr.“ – Tja, meine Damen und Herren, was meint dieser Mann eigentlich? Dieses Land war nie ein CDU-Staat. Wir werden aber auch dafür Sorge tragen, dass dieses Land nie ein SPD-Staat wird, so wie es Schröder gern hätte.

(Beifall)

Ich stelle nicht in Abrede, dass Politik auch kurzfristiges Ereignismanagement braucht. Aber Politik braucht insgesamt mehr. Sie muss gestalten wollen. In unserer Welt, in einer Welt des 21. Jahrhunderts, in der wir von der Globalisierung sprechen, ist es umso wichtiger, dass Politik im Namen der Menschen etwas verändern will. Wenn die Menschen den Eindruck haben, sie stünden jeder weltweiten Entwicklung wehrlos gegenüber, niemand könne etwas aufhalten, dann werden die Menschen an der Politik verzagen. Deshalb brauchen wir als politische Kraft eine Vorstellung von dem, was sein soll, und wir brauchen eine Begründung für das, was wir tun.

Versetzen wir uns einmal ins Jahr 2020! Wie wird dann über unsere Zeit geurteilt werden? Was werden die Menschen sagen? Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich weiß nicht, wie es ausgeht. Wir haben aber, glaube ich, die Zeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das bedeutet für mich – das muss unser Kredo sein -: Deutschland braucht den Abschied von der Politik des Augenblicks. Deutschland braucht wieder den Willen und die Fähigkeit zum Gestaltungsanspruch der Politik. Kurz gesagt: Deutschland braucht die Rückkehr des Politischen, denn Politik hat die Aufgabe, Weichen zu stellen. Sie hat die Aufgabe, Veränderungen eine Richtung zu geben. Sie hat die Aufgabe über den Tellerrand des Hier und Heute hinauszuschauen und den Menschen sozusagen eine Vision, eine Hoffnung, eine Richtung zu geben.

Das geht nur, finde ich, wenn man einen Gedanken von Max Weber beherzigt, den er in seinen berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ im Jahre 1919 formuliert hat. Er spricht darin von der Notwendigkeit der Leidenschaft für eine Sache und von der Notwendigkeit des Augenmaßes. Er fährt fort mit den Worten: „Immer muss irgendein Glaube da sein. Sonst lastet in der Tat der Fluch kreatürlicher Nichtigkeit auch auf dem äußerlich stärksten politischen Erfolg.“ – Immer muss ein Glaube sein oder, mit den Worten unserer Zeit gesagt, eine Idee, ein Wille, etwas zu gestalten! Wenn kein Glaube, keine Idee da ist, dann wird verständlich, warum Schröder im Bundesrat wieder Karl Marx zitiert hat und gesagt hat: Das Sein bestimmt eben das Bewusstsein. – Besser hätte er sein Prinzip nicht in Worte fassen können.

(Beifall)

Das Sein bestimmt sein Handeln. Als früherer Ministerpräsident so, als Bundeskanzler so, vor dem 11. September 2001 so, nach dem 22. September des Jahres 2002 so. Geistige Führung, politische Gestaltung – völlige Fehlanzeige. Deutschland braucht das Gegenteil davon. Deutschland braucht Ideen, Willen, Gestaltungsanspruch, Dauerhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit und deshalb werden wir gebraucht, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Nun lassen Sie es uns konkret machen. Was heißt denn „Rückkehr des Politischen“? Nehmen wir als erstes Beispiel die Bundeswehr. Die Bundeswehr hat nach dem Ende des Kalten Krieges vielleicht die größten Veränderungen durchzustehen, und wir selbst haben manchmal vielleicht gar keine Vorstellung von dem, was an Aufgaben auf uns zukommt. Die Bundesregierung hat Richard von Weizsäcker mit einer Kommissionsführung beauftragt. Weil sie ihm misstraut hat und es ja auch wieder nur ein PR-Gag war, hat sie nebenbei gleich noch Herrn Kujat damit beauftragt. Beide kamen trotz unterschiedlicher Ansätze immer zu einem Ergebnis:

Wer die Bundeswehr für die Zukunft fit machen und in einer Zeit der Bedrohung neu ausrüsten will, der muss den Soldaten mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Wer Sachverstand in Anspruch nimmt, nur um anschließend das Gegenteil von dem zu tun, was die Sachverständigen sagen, der versündigt sich nicht nur an der Bundeswehr, sondern auch an den Soldaten, die ich von dieser Stelle ganz herzlich grüßen will. Sie machen im eigenen Lande und überall in der Welt für Deutschland eine tolle Arbeit. Sicherheit ist unser höchstes Gut.

(Beifall)

Was heißt das? Das heißt, dass wir zunächst die neue Bedrohungslage analysieren müssen und dass wir unser nationales Interesse definieren. Wir müssen sagen, was für uns richtig ist. Da geht es nicht allein um Dankbarkeit und um historische Verdienste, sondern mit Blick auf die Zukunft auch um die Frage, was wir wollen und was für die Menschen in diesem Lande wichtig ist.

Wir stehen vor der Aufgabe – dieser werden wir uns in den nächsten Jahren widmen müssen -, den Menschen zu sagen, welche Konsequenzen aus den sicherheitspolitischen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts folgen. Der Terrorismus ist keine Eintagsfliege. Die Welt hat sich verändert und unsere offenen Gesellschaften sind bedroht. Wer davor die Augen verschließt und wer hofft, irgendjemand auf der Welt werde schon helfen, wenn es ernst wird, der missachtet die Bedürfnisse der Menschen. Ein großes Land wie Deutschland kann sich das nicht leisten. Unser Land wird in der Zukunft mehr außenpolitische und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen müssen. Die Union muss dies im Interesse der Menschen deutlich aussprechen.

(Beifall)

Ganz konkret gesagt: Es ist ein Skandal, wenn im UN-Sicherheitsrat eine Resolution zustande kommt, zu der Deutschland nichts, aber auch gar nichts beigetragen hat. Im Grunde genommen hat Deutschland sogar mehr zur Verhinderung als zum Zustandekommen dieser Resolution beigetragen.

In wenigen Tagen findet der NATO-Gipfel in Prag statt. Es kann doch nicht sein, dass es dort eine Erklärung zu einem Diktator, der nach Ansicht der Mehrzahl der Menschen erwiesenermaßen eine Bedrohung für diese Welt darstellt, geben wird, aber dass Deutschland

abseits von der NATO stehen wird. Deutschland steht anderswo als Polen, Norwegen, Ungarn, Amerika, England und Frankreich. Das ist für mich unvorstellbar. Deshalb werden wir mit Argusaugen auf das Verhalten der Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel in Prag schauen.

(Beifall)

Eine Anmerkung: Schauen Sie sich doch einmal an, wohin wir gekommen sind! In diesen Tagen werden wir von Nachrichtensendungen überrollt, in denen vom Ende der Eiszeit und vom Beginn des Tauwetters gesprochen wird. Dabei handelt es sich nicht um Wiederholungen auf PHOENIX aus dem Jahre 1989 zum Ende des Kalten Krieges, sondern um aktuelle Schilderungen des Empfangs des deutschen Verteidigungsministers in Amerika. Meine Damen und Herren, ich sage voraus: Es wird ein „ZDF spezial“ und einen „ARD Brennpunkt“ geben, wenn sich Bush und Schröder in Prag die Hand reichen. So weit sind wir schon gekommen. Das hätte es mit der Union nie gegeben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Rückkehr des Politischen sprechen, dann müssen wir uns auch zutrauen, Wahrheiten zu sagen. Deshalb ist es abwegig, wenn der Bundeskanzler auch nur ansatzweise damit spielt, der Türkei in diesen Tagen ein Aufnahme datum für den EU-Beitritt zu nennen.

(Vereinzelter Beifall)

Dadurch entstehen Enttäuschungen, aber keine Glaubwürdigkeit. Die Türkei ist weder rechtlich noch politisch oder wirtschaftlich im Augenblick in der Lage, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Giscard d'Estaing hat dazu wahre Worte gefunden. Auch das heißt Rückkehr des Politischen.

(Beifall)

Ohne die Europäische Volkspartei – Wilfried Martens hat eben darüber gesprochen – würde sich niemand in Europa intensive Gedanken über die Kompetenzzuordnung zwischen Europäischer Union und den Nationalstaaten machen. Es waren wir, die Europäische Volkspartei, die CDU und die CSU, die in eindringlicher Weise gesagt haben, dass die Menschen Europa nur dann als ihre Heimat begreifen werden, wenn sie wissen, wer in Europa für was verantwortlich ist. Organisierte Verantwortungslosigkeit ist der Ursprung allen Politikverdrosses. Das darf es nicht geben.

Deshalb ist es so wichtig, dass Wolfgang Schäuble in Zusammenarbeit mit Wilfried Martens vorgearbeitet hat und dass Erwin Teufel im Konvent sitzt. Wir haben alle Hände voll zu tun, dieses wunderbare, auf gemeinsamen Werten beruhende Europa mit zukünftig 28 Mitgliedstaaten als ein lebensfähiges Gebilde in der Welt zu festigen und voranzutreiben. Daran wollen wir uns in der Tradition von CDU und CSU beteiligen. Das ist unsere Mission für die nächsten Jahre, aber nicht, falsche Erwartungen zu wecken.

(Beifall)

Die Rückkehr des Politischen heißt für uns, dass wir uns mit der Zuwanderungsfrage auseinander setzen. Auch da gilt es, Wahrheiten auszusprechen. Die eine Wahrheit heißt: Im Wettbewerb um die besten Köpfe will Deutschland dabei sein, damit wir unsere Leistungsfähigkeit verbessern können. Wir wollen auch dabei sein, wenn es darum geht, Menschen in Not zu helfen. Aber es hat doch keinen Sinn, die Augen vor den Problemen der Integration der bei uns lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger zu verschließen. Es hat auch keinen Sinn, nur den neu Hinzukommenden Integrationskurse anzubieten, aber diejenigen, die schon bei uns leben, mit ersichtlich schlechteren Chancen zurückzulassen. Ich sage voraus: Wer sich in den Großstädten um dieses Thema nicht kümmert, wer glaubt, er kann dieses Thema unter den Tisch kehren, der wird spätestens in fünf bis zehn Jahren die Quittung dafür bekommen. Deshalb heißt Rückkehr des Politischen auch, dieses Thema in aller Freundschaft anzusprechen.

(Beifall)

Nehmen wir den Bereich der Familie. Ich glaube, wir müssen selbstkritisch sagen, dass es nicht zu den Ruhmesblättern der Politik gehört, dass eine Vielzahl von familienpolitischen Entscheidungen nicht vom Deutschen Bundestag und nicht vom Bundesrat gefällt wurde, sondern vom Bundesverfassungsgericht. Wenn wir wollen, dass wir als politisch Agierende das Heft des Handelns in der Hand haben, dann müssen wir wieder mehr für die Familienpolitik tun.

Der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, Scholz, hat in diesen Tagen von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ und von einer „kulturellen Revolution“ gesprochen. Meine Damen und Herren, eines sage ich Ihnen ganz klar: Diese Auseinandersetzung führen wir gerne.

(Beifall)

Ich empfehle immer, genau auf die Sprache zu achten. Was meint der Generalsekretär, wenn er von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ und von einer „Revolution“ spricht? Da er von einer Revolution spricht, kann mit Lufthoheit nicht die Luftabwehr gemeint sein, sondern es muss sich um einen Angriff handeln. Er spricht also sozusagen von einer Revolution, bei der die Lufthoheit im Angriff auf die Familien und Kinderbetten besteht. Was meint der Mann? Ich sage Ihnen: Wir werden nicht mitmachen, wenn die Sozialdemokraten glauben, dass sie die Verstaatlichung der Familie betreiben, die Erziehungshoheit der Eltern infrage stellen und eine kulturelle Revolution der Gleichmacherei mit der Gießkanne ausrufen können. Das wird es mit uns nicht geben.

(Anhaltender Beifall)

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich bin sehr dafür, dass man Hilfestellungen gibt. Wir haben Jugendhilfegesetze in vielen Facetten gemacht und uns für die Wahlfreiheit ausgesprochen. Ich sage Ihnen: Es gibt in der Wahrnehmung vieler Menschen – auch bezüglich unserer Partei – noch einiges zu tun, aber eines werden wir nie aufgeben: dass Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Das macht die Familie aus und dafür brauchen wir keine kulturelle Revolution und schon gar keine Hoheit des SPD-Generalsekretärs.

(Beifall)

Dazu brauchen wir die Kräftigung der Erziehungskompetenz der Eltern und eine anständige materielle Ausstattung der Familien in diesem Land.

(Beifall)

Wenn ich von der Rückkehr des Politischen spreche, heißt das auf die Bildungspolitik bezogen natürlich, dass wir uns mit dem auseinander setzen müssen, was uns die PISA-Studie bescheinigt hat. Wir sind nicht so gut, wie wir dachten. Das bedeutet auch – vielleicht auch im Sinne der CDU -, dass wir uns nicht immer nur über Gymnasien und Spezialschulen Gedanken machen sollten, sondern dass wir uns auch einmal in die Lage einer Grund- oder Hauptschullehrerin versetzen sollten.

(Beifall)

Ich empfehle jedem einen Besuch in einer der vielen Schulen in unserer Bundesrepublik Deutschland, um sich mit der Realität auseinander zu setzen und zu sehen, wie sich Lehrerinnen und Lehrer heute bemühen, wirklich gute Arbeit für unsere Kinder zu leisten. Diese sollten eher gestärkt und nicht geschwächt werden. Das geht allerdings mit der schröderschen Finanzpolitik überhaupt nicht.

(Beifall)

Die Rückkehr des Politischen für den Aufbau Ost wird uns noch vor schwierige Fragen stellen. Wir sind uns einig, dass es mit Sicherheit der falsche Weg ist, denjenigen Prämien zu geben, die die neuen Bundesländer verlassen. Wir sind uns auch einig, dass es nicht reicht, Herrn Stolpe mit salbungsvoller Stimme etwas Gutes über die neuen Bundesländer sagen zu lassen. Aber damit die neuen Bundesländer wirklich eine Chance bekommen, damit es wirklich gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland gibt, müssen auch wir uns noch eine Menge einfallen lassen.

Die Sache wird nicht einfach, weil wir mehr Leistungsanreize, weniger Bürokratie und mehr Freiräume für die Menschen dort schaffen müssen und weil wir uns erwiesenermaßen als Gesamtdeutschland damit schwer tun. Auch das wird die Rückkehr des Politischen von uns verlangen.

(Beifall)

Nun lassen Sie mich zum Schluss zum zentralen Thema, zu dem das Politische zurückkehren muss, kommen. Das ist die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Im Gesundheitssystem steigen die Arzneikosten, die Wartelisten verlängern sich und die Arztpraxen sind voll. Sie alle kennen das. Es finden zurzeit unsägliche Bemühungen der Bundesregierung statt. Denken Sie nur an die Nullrunde in den Krankenhäusern. Gehen Sie einmal in ein Krankenhaus und sehen Sie, unter welchem Druck die Ärzte und Pfleger dort arbeiten und wie viel Bürokratie sie heute schon erledigen müssen. Frau Schmidt fordert die Nullrunde für die Krankenhäuser, aber sie fragt nicht, welche Gehaltsforderungen ver.di stellt.

Diese Regierung will einfach – das zeigt wieder einmal ihren ordnungspolitischen Unsachverstand – den Preisen verbieten zu steigen. Soll ich Ihnen sagen, was als Nächstes kommt? Als Nächstes verbietet Frau Schmidt den Menschen, krank zu werden. Das ist dann der Höhepunkt ihrer Regulierungsbemühungen für das Gesundheitssystem.

(Beifall)

Deshalb sind wir uns einig: Frau Schmidt verfährt so wie eine, die am Herd steht und mit zwei Händen versucht, vier Topfdeckel zu halten, weil es an vier Herdplatten überkocht. Das klappt nicht, das wissen wir alle. Aber ich sage Ihnen auch: Wir haben den richtigen Schritt gemacht, wir haben den demografischen Faktor ins Rentensystem und ansatzweise mehr Wettbewerb ins Gesundheitssystem eingeführt. Wir haben uns in der Kommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit der Wirklichkeit in Deutschland – mit dem Alterungsprozess und den Veränderungen in unserer Gesellschaft – auseinander gesetzt.

Ich sage ganz deutlich: Das, was wir beschlossen haben, reicht noch nicht, deshalb werde ich dem neuen Bundesvorstand vorschlagen, dass wir uns gemeinsam in einer Kommission mit der Zukunft von Renten- und Krankenversicherung beschäftigen müssen, um sie im Sinne der Generationengerechtigkeit fit und zukunftsfähig zu machen. Das stellt nichts von dem infrage, was wir gemacht haben, aber wir müssen an dieser Stelle weiterarbeiten, denn wir brauchen diese Ergebnisse bald.

(Beifall)

Ich habe an diesen Beispielen deutlich gemacht, dass wir die Rückkehr des Politischen brauchen. Wir müssen aber auch aufpassen, dass es uns nicht so ergeht, wie es in der „FAZ“ formuliert wurde: „Das – schon die gesamte Moderne durchziehende – Gefühl, das eigentlich Wichtige werde nicht gesagt, geschweige denn getan, nimmt rapide zu.“

Meine Damen und Herren, Demokratie ist nur überlebensfähig, wenn wir diesem Gefühl etwas entgegensetzen. Die Menschen lassen sich nicht belügen, die Menschen kennen ihr Leben und damit die Realität. Politik, die sich dieser Realität entziehen will, kann keine erfolgreiche Politik sein. Deshalb hängt die Zukunftsfähigkeit davon ab, dass wir auf diese Fragen eine Antwort finden.

Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.

(Beifall)

Deshalb sollten wir den Mut aufbringen, Feld für Feld unsere eigenen nationalen Interessen zu definieren, zu formulieren und auszusprechen. Wir sollten das nicht im Sinne der Überheblichkeit gegenüber anderen tun, sondern im Sinne dessen, was für unsere Menschen gut ist. Dann werden wir ganz schnell spüren, dass es viele Aufgaben und viele Herausforderungen gibt, bei denen wir allein in dieser Welt überhaupt nicht klarkommen: weder bei der Bioethik noch beim Klimaschutz, weder beim Kampf gegen den Terrorismus noch in der Verteidigung unserer Freiheit, weder bei der Forschungs Kooperation noch bei der Nutzung von Rohstoffen, weder bei den Patenten noch bei der Entwicklung von Medikamenten.

Wir sind in dieser Welt aufeinander angewiesen, aber deutsche Politik muss ihren Beitrag durch Definition ihrer eigenen Interessen leisten. Das ist die Aufgabe. Es ist nicht die Aufgabe, deutsche Sonderwege zu formulieren. Das ist absurd und falsch.

(Beifall)

Hier lautet mein zentraler Vorwurf: Schröder und Rot-Grün fehlt die Idee für das Ganze. Deshalb ist das ganze Gerede von Epochen und Jahrzehnten von Rot-Grün im Grunde nur ein Pfeifen im Wald, trostlos und einsam. Deshalb sage ich uns: Gehen wir doch die Aufgabenstellungen der Zukunft durch, machen wir eine kleine Reise durch die Landkarte der Erwartungen.

Es ist doch unbestritten, dass die Familie als die soziale Einheit unserer Gesellschaft wieder da ist. Sie ist vielleicht nicht immer in der traditionellen Form da, das heißt aber nicht, dass wir die Ehe nicht für die beste Form des Zusammenlebens halten, aber es gibt heute viele Formen von Familien. Die Menschen wollen füreinander Verantwortung übernehmen, die Menschen wollen Bindungen eingehen.

Ich sage Ihnen voraus: Die Singlegesellschaft wird nicht überleben. Zum Schluss werden die Singles Druck auf die Jüngeren ausüben, damit sie wieder Familien gründen, weil nur eine solche Gesellschaft eine Zukunft hat.

(Beifall)

Das ist Christdemokratie pur. Eine Gesellschaft, in der die Familie eine Chance hat, ist unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Die Zeit der klassischen Ideologien ist mit dem Ende des Kalten Krieges vorbei, aber wir spüren doch alle, dass es nicht reicht, einfach nur pragmatisch zu sein. Jeder Mensch – das ist meine feste Überzeugung – braucht Sinnerfüllung. Deshalb wird es eine Zeit geben – manchmal spüren wir es schon, so nach dem 11. September und nach dem unheilvollen Ereignis in Erfurt -, in der die Menschen wieder die Kirchen aufsuchen, weil sie Sinnstiftung suchen und sich mit Pragmatismus nicht abfinden können, weil Pragmatismus keine Antwort auf viele Fragen gibt.

Es wird zur Revitalisierung vieler Religionen kommen. Es wird auch Fundamentalismus geben, er ist nicht unsere Sache. Aber es wird die Rückkehr des Religiösen als Antwort auf die Fragen, wie halten wir es mit den Menschen, wie halten wir es mit der Bioethik und der Schönheit, wie halten wir es mit der Vollkommenheit und der Endlichkeit des Menschen, geben. Dazu können wir sagen: Das ist unser Feld, das ist Christdemokratie pur und es wäre dumm, wenn wir dieses Feld nicht besetzen würden, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich sage noch ein Drittes: Die Bedeutung von Heimat, von Gemeinschaft in der Region und von Nation, aber auch die Bedeutung einer europäischen Identität im Wettstreit der Kulturen dieser Welt – deren Bedeutung nimmt zu. Sicherlich nicht im Sinne der früheren Heimatromantik, aber doch im Sinne des Suchens nach Verwurzelung.

„Die Liebe zu dem Fleck,“ schreibt Theodor Fontane, „der uns geboren, schließt hundert Kräfte ein.“ Wir werden diese Kräfte, die aus unserer Heimatverbundenheit entstehen, brauchen, damit wir die offene globale Welt gestalten können. Wir wären doch töricht, wenn wir diese Chance nicht nutzen und nicht sagen würden: Das ist christdemokratisches Terrain, das ist Christdemokratie pur.

(Beifall)

Wir wollen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit aufnehmen: Menschen können ohne Sicherheit nicht leben, Menschen wollen sich auf etwas verlassen. Deshalb war es richtig, dass wir law and order niemals diffamiert haben. Deshalb wird es richtig sein, dass wir uns im umfassenden Sinne für innere und äußere Sicherheit der Menschen einsetzen, und zwar so, dass wir uns zum Gewaltmonopol des Staates bekennen. Niemand anders auf dieser Welt hat ein Recht darauf, Gewalt auszuüben. Diese Haltung müssen wir durchsetzen. Eine Chance besteht auch darin, dass wir uns um die Opfer in dieser Welt kümmern und ihnen endlich wieder eine Stimme geben. Das ist Christdemokratie pur, Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne.

(Beifall)

Deshalb hat es mich angerührt – ich sage es mit diesem Wort -, als ich von dem jungen Historiker Paul Nolte las: Es wird eine neue bürgerliche Gesellschaft geben. Diese neue bürgerliche Gesellschaft kann ich mir als ein christdemokratisches Zeitalter vorstellen. Ich glaube, das ist ein Angebot, das wir den Menschen in diesem Lande machen können und das uns von allen politischen Konkurrenten unterscheidet: von der FDP, weil wir neben wirtschaftspolitischem Liberalismus immer auch die Grenzen des Machbaren sehen und wahren wollen; von den Grünen, weil wir nicht nur ein Eingenerationenprojekt sind und irgendwelchen Bevölkerungsschichten verpflichtet sind, sondern weil wir alle Schichten in der Gesellschaft ansprechen, so mühselig es auch manchmal sein wird; und von der SPD, weil wir nicht darauf setzen, dass Klassenkampf, der Kampf zwischen verschiedenen Gegensätzen und Beharrungstendenzen, das Maß der Dinge ist. Sondern von uns sagen können: Wir haben die Kraft zur Bewegung.

Warum haben wir die Kraft zur Bewegung? Wir haben die Kraft zur Bewegung, weil wir vom Menschen aus denken. Ich sage das aus tiefer Zuneigung gerade auch zu unserem Freund Jörg Schönbohm: Als wir in den letzten Wochen manchmal über das konservative Tafelsilber gestritten haben, ging es nicht darum, irgendetwas zu verscherbeln, sondern darum, dieses Tafelsilber wieder glänzen zu lassen und damit zu den Menschen zu gehen! Fürchten wir uns nicht, dass dieses Tafelsilber aus der Mode gekommen ist! Es ist so modern, wie es noch nie war. Lassen Sie es uns zu den Menschen bringen! Die Menschen werden uns verstehen, wenn wir das mit fröhlichem Herzen, Offenheit und sehr viel Zuwendung machen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das können. Wir können das, weil wir das „C“ in unserem Namen haben. Das „C“ ist so aktuell wie einst. Wir müssen dieses „C“ nur in unsere Zeit überführen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dieses „C“ macht uns zukunftsfähig. Das hat einen einfachen Grund: Als Christdemokraten sehen wir den Menschen mit anderen Augen. Wir sehen ihn immer in der Beziehung zu Gott und zu anderen Menschen und reißen dieses Beziehungsgefüge nicht auseinander. Im Psalm 8 heißt es:

„Herr unser Herrscher ... Was ist der Mensch, dass Du an ihn denkst? ... Du hast ihn als Herrscher eingesetzt über das Werk Deiner Hände, hast ihm alles zu Füßen gelegt.“

Vor wenigen Tagen hat sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland genau mit dieser Frage befasst: Was ist der Mensch? Sie kommt zu der Bewertung:

„Die moralische Qualität einer Gesellschaft bemisst sich ... besonders daran, wie sie mit ihren schwachen, kranken und behinderten Mitgliedern umgeht. Anzustreben ist eine Entwicklung, in der wirtschaftliche Effizienz und moralische Qualität keinen Gegensatz bilden, sondern einander ergänzen und harmonisieren.“

Wirtschaftliche Effizienz und moralische Qualität – das ist zusammengefasst das, wofür wir stehen. Das ist der Urgrund der Sozialen Marktwirtschaft; das ist der Urgrund der Politik der Mitte. Deshalb ist niemand anders als wir die Kraft der Bewegung. Wir denken in einer ganz bestimmten Weise vom Menschen aus. Deshalb sage ich Ihnen: Lassen Sie uns genau das zu den Menschen in diesem Lande tragen – in enger Freundschaft mit unserer bayerischen Schwester, in enger Freundschaft mit Edmund Stoiber und mit Michael Glos und damit auch mit unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion. Lassen Sie uns diese Kraft zu allen Menschen unseres Landes bringen!

(Beifall)

Dazu brauchen wir natürlich auch Veränderungen – das ist überhaupt keine Frage – der innerparteilichen Kommunikation. Dazu müssen wir unsere Mitgliedschaft stärken und uns gleichzeitig zu einer Bürgerpartei weiterentwickeln. Dazu müssen wir Gesprächsfäden in alle Bereiche unserer Gesellschaft knüpfen. Dazu brauchen wir Kontakte zu den Ehrenamtlichen in den Verbänden und dürfen sie nicht beschimpfen. Deshalb sind wir froh, dass wir hier heute viele Gäste haben.

Vor uns liegt unendlich viel Arbeit, vor uns liegt aber auch eine unglaublich wichtige Mission. Vor uns liegt die Arbeit, für Hessen und Niedersachsen im Februar, für Bremen im Mai, für Bayern im Herbst zu kämpfen. Wir wollen bei den zahlreichen Kommunalwahlen gewinnen und – nicht zuletzt in den neuen Bundesländern – unseren Vorsprung nicht verlieren; auch dort müssen wir unsere Position halten. Wir wollen bei der Europawahl – das ist dringend nötig für Europa – im Jahre 2004 endlich auch wieder so wie 1999 die führende Rolle übernehmen.

Lassen Sie uns Wächter in der Opposition und Anwalt der Menschen sein. Setzen wir – darum bitte ich jeden einzelnen Delegierten dieses Parteitages – die Kräfte der Menschen frei. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg. Seien wir, die Christlich Demokratische Union, Motor der Bewegung und geben wir ein Bekenntnis für die moralische Qualität, geben wir ein Bekenntnis für politischen Gestaltungswillen zum Wohle unseres Landes und für die Menschen unseres Landes ab. Dann werden die Menschen uns ernst nehmen, dann werden sie sich immer bewusster werden, dass sie uns brauchen, dann sind wir wichtig in diesem Lande, dann erfüllen wir das Motto dieses Parteitages. Besser für die Menschen: CDU. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall – die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, ich danke der Parteivorsitzenden schon an dieser Stelle und nicht erst in wenigen Minuten – obwohl wir sicherlich alle Anlass hätten, noch ein paar Minuten mehr zu zeigen, wie wir hinter unserer Bundesvorsitzenden stehen – sehr herzlich für den unglaublichen Einsatz und das unglaubliche Engagement, auch in dem hinter uns liegenden Bundestagswahlkampf mit Veranstaltungen im ganzen Land. In den neuen und den alten Bundesländern, im Norden und im Süden, überall ist Angela Merkel ge-

wesen und hat einen sehr großen Beitrag geleistet, gerade zu der starken Harmonie zwischen CDU und CSU und dem gemeinsamen Wahlkampf vor der letzten Bundestagswahl. Dafür ganz herzlichen Dank und Gratulation zu dieser Rede unserer Parteivorsitzenden!

(Beifall)

Die Stimmung in Deutschland kippt in unsere Richtung. Gestern war eine Direktwahl in Schleswig-Holstein, in Bad Segeberg; mancher kennt es. Dort hat der CDU-Bewerber gegen den Amtsinhaber der SPD mit 77,9 Prozent die Wahl gewonnen. Das ist ein Indiz dafür, wie die Menschen in Deutschland im Moment denken.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Ich darf Sie bitten, Wortmeldezettel zu verwenden, die uns dann von Ihnen aus gesehen von links heraufgereicht werden.

Im Moment liegen vier Wortmeldungen des Parteitages vor. Als Erstem darf ich dem neu gewählten Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Philipp Mißfelder, Landesverband Nordrhein-Westfalen und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, das Wort erteilen. Philipp Mißfelder hat das Wort.

Philipp Mißfelder: Herr Vorsitzender! Liebe Angela Merkel! Herzlichen Dank für Ihre Rede. Sie haben die Unterstützung des Parteitages und die Unterstützung der Jungen Union, wenn Sie die Partei weiter so erneuern, wie Sie das in den letzten beiden Jahren getan haben. Weiter so, Frau Merkel, dann sind wir 2006 wieder mehrheitsfähig!

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen haben genug von SPD und Grünen. Rot-Grün bricht ein Wahlversprechen nach dem anderen und die FDP befindet sich in ihrer schwersten Krise. Diese Schwächung unserer politischen Konkurrenten ist unsere Chance, die Chance der CDU, sich als große politische Kraft in Deutschland zu präsentieren und unsere Gegner nicht nur auf Augenhöhe, sondern weit darüber hinaus anzugehen. Wir wollen die Gestaltungshoheit im Bund zurückerlangen, in den Ländern am 2. Februar Zeichen setzen und mit Christian Wulff und Roland Koch die Landtagswahlen gewinnen.

Um das zu erreichen, müssen wir mehr Bürger für unsere Richtung gewinnen. Am 22. September war das offensichtlich nicht der Fall; denn wir haben es nicht geschafft, unser modernes Bild von der Gesellschaft, wie wir sie sehen, deutlich zu machen. Wir haben es zwar geschafft, das in unserem Parteiprogramm zu beschreiben; wir haben allerdings weder die Herzen noch die Köpfe der Menschen erreicht, denn sonst hätten wir die Mehrheit am 22. September errungen.

Die Sozialdemokraten sprechen von Modernisierung und machen in Wahrheit das Gegenteil. Wir müssen um jeden kämpfen, der von ihnen in den letzten Wochen enttäuscht worden ist,

und den Kampf in den nächsten Wochen und Monaten durchführen. Kämpfen wir um jeden Arbeitnehmer und jeden Arbeitslosen, der bisher SPD gewählt hat und nun so bitter von Gerhard Schröder und seinen Kumpanen enttäuscht worden ist. Die Grünen sind zur Umfallerpartei des 21. Jahrhunderts geworden, wie es sich beim Thema Rente Anfang letzter Woche wieder einmal gezeigt hat. Kämpfen wir also um jede junge Frau, die bisher die Grünen gewählt hat und sich nun betrogen sieht. Die FDP ist von der Spaß- zur Chaospartei geworden. Heute würde niemand mehr ins „Guidomobil“ von Guido Westerwelle einsteigen und mit ihm Spaß haben wollen.

Liebe Freunde, lassen wir uns diese Chance, die sich der CDU darbietet, nutzen und uns in den nächsten Jahren zur modernsten Kraft in Deutschland reformieren. Die Junge Union will dazu einen großen Beitrag leisten. Jetzt müssen wir die Partei voranbringen.

Liebe Angela Merkel, Sie haben den Erneuerungsprozess in Essen eindrucksvoll auf den Weg gebracht. Lassen Sie ihn uns im nächsten Jahr genauso eindrucksvoll fortsetzen. Beginnen wir mit einem breiten innerparteilichen Dialog, der von der Basis bis zur Bundesebene reicht, der unsere Mitglieder, unsere Mandatsträger und unsere Funktionsträger gleichermaßen berücksichtigt. Schließen wir diesen Dialog mit einem großen Reform- und Programmparteitag im kommenden Jahr ab. Dafür brauchen wir Kreativität, Kraft und Klarheit. Das kann nicht im Stillen in Kommissionen geregelt werden, sondern muss mit unseren Mitgliedern öffentlich diskutiert werden. Wir müssen unsere Mitglieder dabei mitnehmen und sie auch mitgestalten lassen; denn sonst ist das eine Reform für unsere Funktionäre und keine Reform für unsere Partei.

Reform, das heißt nicht unbedingt, dass man an dem Bestehenden rütteln muss. Wir müssen nur an den Punkten, an denen unser Profil nach außen noch nicht deutlich erkennbar ist, einiges verbessern. Die Grundwerte der CDU werden dabei nicht angetastet. Insofern kann ich und kann die Junge Union in keiner Weise verstehen, wie man davon reden kann, dass das Tafelsilber gefährdet sei, dass es jemand verkaufen wolle. Ich glaube, dass dies niemand ernsthaft vorhatte.

Wer allerdings ständig Reformen ankündigt, ohne sie konkret und deutlich vernehmbar anzugehen und die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen und sie mitgestalten zu lassen, der läuft Gefahr, dauerhaft als reformunfähig dazustehen. Dieses Risiko sollten wir nicht eingehen.

Die CDU ist reformbereit. Das zeigt auch dieser Parteitag. Das findet die volle Unterstützung bei jungen Menschen, insbesondere bei der Jungen Union. Dieser Prozess muss erstens auf allen Ebenen der Partei und zweitens umgehend eingeleitet werden; denn Reformstau kann sich Deutschland nicht leisten und die CDU erst recht nicht.

Mit der neuen Klarheit, die von diesem Parteitag ausgehen soll, werden wir einen entscheidenden Vorsprung gegenüber unseren politischen Konkurrenten erlangen. So werden wir die CDU für die Menschen, um die es geht, wieder attraktiv machen. Unser Ziel muss heißen: 40 plus x, und zwar nicht nur in Süddeutschland, in Bayern und Baden-Württemberg, sondern überall in der Republik.

Ich hoffe, dass Sie diesen Prozess auch heute bei den Vorstandswahlen personalpolitisch unterstützen, und bitte daher um das Vertrauen für die Kandidaten der Jungen Union. Ich bitte

darum, dass Sie heute Ihren Beitrag zur Erneuerung leisten und dass wir im nächsten Jahr Parteireformen innerhalb unseres Verbandes durchführen und dann auf dem Parteitag auch innere Strukturreformen durchführen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Philipp Mißfelder. – Als Nächste hat sich Barbara von Wnuk-Lipinski, Bundesvorsitzende des RCDS, gemeldet.

Barbara von Wnuk-Lipinski: Lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wünschte, wir hätten uns hier unter anderen Vorzeichen versammeln können: Eine unionsgeführte Bundesregierung unter Edmund Stoiber hätte gemeinsam mit unserer Vorsitzenden, Angela Merkel, die Weichen für eine neue und bessere Zukunft in Deutschland gestellt; ein Aufbruch und eine neue Dynamik beflügelten Deutschland, die Wirtschaft und die Gesellschaft in dieser Republik. Doch was hilft das Klagen? Die Zeiten sind nicht so.

Zunächst einmal müssen wir feststellen, Rot und Grün, Schröder und Fischer, das verheerende Duo, ist mehr als eine kurze Episode. Die nächsten Jahre werden sie dazu nutzen, ihre so genannte linke Philosophie in allen Politikfeldern umzusetzen, besonders natürlich in der Bildungspolitik, dem Thema von uns, als größtem politischen Studentenverband. Dabei werden sie nach ihrem bewährten Muster vorgehen: divide et impera. Statt Politik als eine zusammenhängende Aufgabe zu begreifen und schlüssige Konzepte zu entwickeln, die die Menschen in unserem Land nach vorn bringen, werden sie eine Gruppe gegen die andere ausspielen, das heißt bei ihnen, Alt gegen Jung in der Rente, sozial Schwache gegen sozial Starke bei Steuern und Abgaben, Professoren gegen Studenten in der Hochschulpolitik. Es fehlt der innere Zusammenhang, es fehlt das Gesamtkonzept, es fehlen nicht zuletzt die Grundwerte, es fehlt an all dem, was Gesellschaften im Innersten zusammenhält.

Rot-Grün hat keinen moralischen Kompass für sein politisches Handeln. Lieber Herr Schröder, ich sage Ihnen eines: Bewegung in der Politik kann man auch vortäuschen, indem man schneller auf der Stelle tritt als sonst.

Liebe Freunde, genau da müssen wir ansetzen, wider die Beliebigkeit, wider den Werterelativismus, den lockeren Umgang mit Anstand und Wahrheit. Wir müssen die Themen, die den Menschen wirklich unter den Nägeln brennen, im Bewusstsein der Menschen in unserem Lande wieder positiv besetzen.

Für den Ring Christlich-Demokratischer Studenten steht dabei an erster Stelle die Bildungspolitik, deren Qualität darüber entscheidet, ob wir im europäischen und internationalen Vergleich weiter zurückfallen werden oder wieder zur Spitze aufschließen. Ich möchte nicht, dass ein Abschluss in Deutschland keinen Wert mehr hat. Das ist unser Pfund, und damit müssen wir uns weiter profilieren.

(Beifall)

Das Stichwort für uns, die Union, muss lauten: Innovation, für die wir stehen und nicht die so genannten Linken; denn Innovation heißt für die Linken heute, sich nicht mehr mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Universität zu prügeln. Ja, was ist denn das für eine Innovation?

Liebe Freunde, wir versammeln uns hier heute als Union in schwierigen Zeiten für unsere gemeinsame Sache. Wir als RCDS wissen um die Größe der Aufgaben. Ich spreche da als Bundesvorsitzende dieses Verbandes aus Erfahrung. An den Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien von Flensburg bis Berchtesgaden, von Trier bis Greifswald, in der ganzen Vielfalt der deutschen Hochschullandschaft sind wir tagtäglich mit den Problemen junger Menschen konfrontiert, die ihren beruflichen Lebensweg in einer wirtschaftlich schweren Zeit beginnen. Wenn Frau Merkel sagt – und das hat sie eben ausdrücklich betont –, die Union müsse wieder Anwalt der Menschen werden, dann, bitte schön, auch und vor allem der jungen Menschen. – Danke.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Liebe Barbara von Wnuk-Lipinski, viel Erfolg dem RCDS an den Hochschulen und Universitäten und natürlich auch viel Erfolg der Jungen Union! Auch wenn unterschiedliche Meinungen darüber herrschen, wie man das alles aufzieht, sind wir froh und dankbar, dass wir den RCDS und die Junge Union haben, und ich glaube, Ihr Beitrag hat auch gezeigt, dass wir stolz auf unseren Nachwuchs sein können – im Gegensatz zu anderen Parteien, die mit ihrem Nachwuchs erheblich größere Probleme haben.

Als Nächstem möchte ich Herrn Massoud Habibi aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz das Wort erteilen.

Massoud Habibi: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zustand des Mittelstandes ist katastrophal. Ich bin ein Mittelständler und spreche aus praktischer Erfahrung. Rot-Grün hat dem Mittelstand sämtliche Aussichten und Perspektiven geraubt. Wir wissen heutzutage überhaupt nicht, was wir heute machen und was wir morgen machen. Sollen wir die Verträge mit den Banken heute abschließen oder sollen wir warten, bis in drei Tagen die Zinsen noch einmal heruntergehen? Sollen wir dann abschließen oder sollen wir in einem Jahr abschließen? Sollen wir Verträge für fünf Jahre abschließen? Keiner weiß es, und infolgedessen ist die Situation wirklich katastrophal. Es muss unbedingt eine Kehrtwendung stattfinden.

Der Mittelstand sieht keine Perspektive mehr. Wir können nicht mehr planen. Fast die einzige planbare Sache sind die Samstage. Schauen Sie sich einmal samstags die „Nachbarschaftshilfe“ an. Freitags gibt es keine Unternehmen in Neubaugebieten, aber morgens am Samstag ist wieder alles voll; da kommt man beinahe nicht mehr durch. Deshalb möchte ich an dieser Stelle meinen Antrag stellen, dass man dafür sorgt, dass die Schwarzarbeiter Steuern zahlen; dann werden nämlich die Einnahmen erhöht.

Rot-Grün will es hundertprozentig sozialistisch. Sozialistisch ist zentralistisch. Das hat Herr Fischer auf seinem letzten Parteitag auch angekündigt. Sein Vorbild ist Schweden. Dort werden mehr Steuern eingenommen, aber was daraus gemacht wird, weiß der liebe Gott nicht.

Ich komme jetzt zu einem anderen Punkt, zu den neuen Deutschen. Rot und Grün haben ein Einschreiben mit Rückschein an die Welt geschickt: Bitte, alle Ausländer, kommt nach Deutschland; ihr bekommt alles, was ihr wollt. Wenn die aber hier sind, kümmern sie sich gar nicht mehr darum, sie lassen sie einfach fallen, sie kümmern sich nicht und kommen nicht weiter.

Dem muss von uns aus, von der CDU aus, Einhalt geboten werden. Wir brauchen verlässliche Vereinbarungen, wir brauchen Aussichten und Perspektiven. Angesichts von einer Million neuer Deutscher oder Ausländer mit deutschem Pass ist es an der Zeit, da heranzugehen. Wir hatten ein knappes Wahlergebnis; es waren nur gut 6000 Stimmen, die uns daran gefehlt haben, stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Wir müssen versuchen, diese Leute auch bei uns zu integrieren. Wir dürfen nicht Platz für die Meinung lassen: Okay, die Roten und die Grünen sind für uns, die CDU nicht.

Selbstverständlich kümmert sich die CDU darum, und zwar mehr denn je. Schauen Sie einmal auf die Fußballplätze, schauen Sie auf die kommunalen Einrichtungen, schauen Sie in die Kirchen; da hilft die CDU den Ausländern und neuen Mitbürgern sehr viel. Aber das reicht nicht. Es muss auch von dieser Partei heute ein Signal nach draußen geschickt werden, dass wir auch die einbinden und integrieren, statt sie zu ignorieren.

(Beifall)

Ich finde es schade, dass heute für den Bundesvorstand kein einziger neuer Deutscher kandidiert. Das wird sich in nächster Zeit hoffentlich ändern. – Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Habibi, für Ihren Wortbeitrag in der Aussprache.

Als Nächstem gebe ich dem Ministerpräsidenten von Hessen, unserem Freund Roland Koch, das Wort.

Roland Koch (mit Beifall begrüßt): Lieber Christian Wulff! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, dass wir in einer Zeit, in der ja wieder spannende politische Fragen vor uns stehen, daran in der Aussprache nicht ganz vorübergehen sollten, und deshalb habe ich mich gemeldet, um etwas aus unserer hessischen Sicht zu sagen.

Ich beginne mit einem sehr einfachen Satz: Wir wollen schon aus eigenem Interesse – aber ich denke, es wird alle anderen auch nicht stören – mit einem möglichst guten Ergebnis bei der hessischen Wahl gemeinsam mit Christian Wulff in Niedersachsen dafür sorgen, dass diese Bundesregierung ins Nachdenken kommt und in Deutschland einen Kurswechsel vornimmt.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir bei allen Diskussionen, die wir derzeit führen, so mit Menschen, die im Mittelstand Verantwortung tragen, mit Menschen, die in unseren Kommunen Verantwortung tragen, auch mit denen, die in den Ländern in den Institutionen und sozialen Einrichtungen Verantwortung haben, auf eine fast depressive Stimmung stoßen.

Auf Grund meiner persönlichen Erfahrung muss ich sagen: Es ist eigentlich so, dass das, was wir heute, nach der Wahl, antreffen, bei weitem das übersteigt, was wir im Wahlkampf als Gefahren beschrieben haben.

(Beifall)

Wir sind deshalb in einer Situation, in der viele Menschen das erste Mal seit sehr langer Zeit in großen Zweifeln sind, ob sie hinsichtlich ihrer Zukunft optimistisch sein können.

Ich habe in diesen Tagen in Frankfurt mit der Bauwirtschaft gesprochen. Da habe ich etwa folgendes Beispiel gehört: Ein Bauunternehmen hat den Auftrag, eine neue Werkshalle zu errichten. Der Auftrag ist im Sommer erteilt worden und im Oktober hat der Bauherr angerufen und gesagt: Passen Sie auf, gießen Sie bitte noch die Bodenplatte; ich weiß, das muss ausgeführt werden, ich habe den Auftrag erteilt. Aber dann ziehen Sie die Bauarbeiter bitte ab. Wir lassen das erst einmal so stehen und schauen, was sich daraus weiter entwickelt.

Ich glaube, das ist durchaus ein beispielhaftes Verhalten, das im Augenblick nicht nur bei den mittelständischen Unternehmern sichtbar ist, sondern auch bei sehr vielen Konsumenten in diesem Lande. Unsere Frage muss sein: Kann die Christlich Demokratische Union in einer Zeit, in der eine Regierungskoalition aus SPD und Grünen beschlossen hat, die Hoffnungslosigkeit zu verwalten und Schuldige für die Hoffnungslosigkeit zu suchen, den Menschen Hoffnung geben und ihnen sagen, dieses Land muss nicht am Ende der Skala stehen, wir müssen keine Angst um unsere persönliche Zukunft haben, es gibt vielmehr eine Chance, dass die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft wieder erfolgreich ist? Um diese Frage geht es, das müssen wir den Menschen deutlich machen.

(Beifall)

Wenn wir mit den Menschen darüber reden, gibt es Argumente. Ich will nur eines nennen. Wir haben in den letzten zwei Jahren in Deutschland eine im Vergleich zu früher sehr große Spartätigkeit. Auf den Sparkonten und Sichteinlagen der Bürger, der Mittelständler liegen heute 163 Milliarden Euro mehr, als wir bei durchschnittlichem Sparverhalten der letzten zehn Jahre in Deutschland feststellen konnten. Das ist in zwei Jahren angespart worden. Wo kommen diese Gelder her? Es sind die Gelder, die nicht in den Einzelhandel fließen, die im Sommer nicht in die Urlaubsorte geflossen sind, die nicht für neue Automobile im Inland ausgegeben worden sind, die nicht in neue Nutzfahrzeuge investiert worden sind, weil der Mittelstand im Augenblick eben keine Investitionen tätigt. Es sind die Gelder, die der Bauwirtschaft fehlen.

Diese Gelder sind nicht weg, sie sind da. Sie müssen nur wieder gehoben werden. Eine Regierung, die beschließt, Menschen, die etwas Neues tun wollen, mit zusätzlichen Abgaben zu bestrafen, kann das nicht. Aber eine Regierung, die dazu käme, in Deutschland wieder Arbeit möglich zu machen, könnte es sehr schnell. Deshalb ist die Frage: Was können wir dazu beitragen?

Ich glaube, das Wichtigste ist: Wir haben einen Koalitionsvertrag, in dem davon nichts steht, und wir haben eine Regierung, die vier Jahre im Amt ist. Daraus gibt es nur eine Konsequenz: Dieser Koalitionsvertrag muss neu geschrieben werden. Können wir das bewirken? Meine Antwort ist Ja.

Denken Sie bitte an 1999. Damals hat Oskar Lafontaine zur doppelten Staatsbürgerschaft vor der Wahl gesagt: Egal was in Hessen passiert, wir lassen uns in unserer nationalen Politik nicht beeinflussen; was auch immer ist, wir gehen unseren Weg weiter. Am Montag nach der Landtagswahl hat er sich vor die Bürger gestellt und gesagt: Wir Sozialdemokra-

ten haben keine Lust, dauernd neue Ohrfeigen zu bekommen; wir ändern deshalb unsere Politik, wir haben aus der Wahlentscheidung etwas gelernt.

Ich möchte Sie herzlich bitten – nicht nur für die Niedersachsen und die Hessen, sondern für uns gemeinsam in Deutschland -, dafür zu sorgen, dass der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der auch SPD-Vorsitzender ist, am Montag, den 3. Februar 2003, nach der Präsidiumssitzung der SPD um 11 Uhr morgens vor die Bundespressekonferenz tritt und sagt: Wir haben in Hessen unsere Ziele nicht erreicht, die CDU hat wieder gewonnen, wir haben den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Niedersachsen verloren, weil Christian Wulff neuer Ministerpräsident wird; wir wollen keine weiteren Ohrfeigen, ich werde den Koalitionsvertrag neu schreiben, um die Hoffnung für die Wirtschaft, auf Arbeit und Beschäftigung in der Zukunft in diesem Lande zu stärken.

(Beifall)

Wir können nichts daran ändern, dass diese Regierung vier Jahre im Amt ist. Sie wird schon aus Liebe zu den Dienstwagen im Amt bleiben. Wir können allerdings verhindern, dass eine Regierung vier Jahre lang ein Programm umsetzt, das Hoffnungslosigkeit beinhaltet und Chancen eines Landes nicht nutzt. Deshalb ist – so sehe ich es; ich bin sicher, mein Freund Christian Wulff auch – der 2. Februar des kommenden Jahres eine Volksabstimmung über die Frage, ob die Menschen Hoffnungslosigkeit ertragen oder ob sie diese Regierung dazu treiben, diesem Land eine Zukunft zu verschaffen. Diesen Weg gemeinsam zu gehen, dazu brauchen wir die ganze CDU Deutschlands. Ich bitte Sie deshalb, uns dabei mitzuhelfen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank dem hessischen Ministerpräsidenten, unserem Freund Roland Koch.

Ich nehme den tosenden Beifall zum Anlass, Roland Koch für den 2. Februar alles Gute zu wünschen. Die CDU braucht einen Erfolg in Hessen, aber vor allem auch die Hessen.

(Beifall – Einige Delegierte erheben sich)

Wie ein Mann und eine Frau steht die CDU hinter ihrem Spitzenkandidaten.

(Beifall)

Ich darf mitteilen, dass weitere Wortmeldungen zur Aussprache zum Bericht der Parteivorsitzenden nicht vorliegen, sodass damit der Tagesordnungspunkt 9 abgeschlossen ist.

Ich übergebe die Leitung an Bernd Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS, VORLAGE
DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 2000 GEM. § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich gebe das Wort unserem Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner.

Dr. Wolfgang Peiner, Bundesschatzmeister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Merkel, wir stehen alle noch unter dem Eindruck Ihrer Rede, die sehr deutlich gemacht hat, welches die Erfordernisse im Hinblick auf unser Land für die Zukunft sind. Trotzdem möchte ich kurz ein kleines Stück unserer Vergangenheit in Erinnerung rufen. Es geht dabei um die Rechenschaftsberichte 2000 und 2001. Ich denke, auch hier zeigt sich, dass wir mit vereinten Kräften eine gute und erfolgreiche Arbeit leisten können.

Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht 2000 vor. 2000 war – das wissen Sie – ein besonders schwieriges Jahr für die Union. Es war gekennzeichnet von einem erheblichen Haushaltsdefizit und von einer großen Verschuldung. Der Parteitag in Essen hat deshalb einen harten Sanierungskurs und eine Neuordnung des Finanzwesens beschlossen. Über die ersten Ergebnisse konnte Ihnen bereits mein Vorgänger, Herr Cartellieri, vor einem Jahr in Dresden berichten.

Zu diesem Erfolg – das können Sie dem Rechenschaftsbericht 2000 entnehmen – haben beigetragen erhebliche Einsparungen, höhere staatliche Zuschüsse, aber vor allem auch die große Resonanz auf den Solidaritätsaufruf unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel. Weite Teile der Partei, weite Teile der Bevölkerung haben damals in ganz außergewöhnlichem Maße die Partei unterstützt. Damit war das Jahr 2000 sicherlich ein hoffnungsvoller Start in eine notwendige Konsolidierungsphase.

Es ist deshalb wichtig, dass die Maßnahmen, die damals in Essen beschlossen wurden – Personalabbau in der Bundesgeschäftsstelle, Kostenreduzierung, Einstellung des „Union Magazins“, reduzierter Wahlkampfetat, Sonderbeitrag der Kreisverbände –, auch im Jahre 2001 konsequent umgesetzt wurden. So konnten auch im Etat 2001 der Bundespartei die Planungen bei Einnahmen und Ausgaben eingehalten und ein Überschuss erwirtschaftet werden.

Die notwendigen Voraussetzungen, die Verschuldung der Partei weiter zurückzuführen, sind damit gegeben.

Dennoch musste die Partei am Ende des Jahres 2001 ein bilanzielles Defizit in Höhe von rund 10 Millionen DM ausweisen. Grund dafür sind Rückstellungen in Höhe von 30 Millionen DM, die wegen des laufenden Rechtsstreits über die Sanktionen des Bundestagspräsidenten sowie Kosten in diesem Zusammenhang gebildet werden mussten. Das sind aber aus heutiger Sicht nicht liquiditätswirksame, sondern ausschließlich bilanzielle Belastungen. Keiner von uns kann abschließend beurteilen, ob, wann und in welcher Höhe es zu einer Inanspruchnahme dieser Rückstellungen kommt. Wir gehen unverändert davon aus, dass diese Inanspruchnahme nicht erforderlich sein wird.

Unabhängig davon bleibt im Ergebnis festzuhalten, dass es durch diese Maßnahmen in den Jahren 2000 und 2001 gelungen ist, das strukturelle Defizit im Etat der Bundespartei von 16,5 Millionen DM zu beseitigen. Auch im Jahre 2002 gehen wir im Moment davon aus, dass unsere Vorgaben und unsere Haushaltspläne voll erreicht bzw. eingehalten werden und dass insbesondere auch der um ein Drittel reduzierte Wahlkampfetat der Bundespartei im Wesentlichen eingehalten werden konnte.

Lassen Sie mich bei dieser Situation ein Wort zu den Spenden sagen. Nach der großen Solidarität, die wir im Jahre 2000 erfahren haben – das kann man an dem vorliegenden Rechen-

schaftsbericht sehen -, war das Spendenaufkommen im Jahre 2001 deutlich zurückgegangen. Das kam vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen über die Union und auch zum Thema Parteispenden nicht ganz unerwartet. Umso erfreulicher ist es aber, dass sich das Spendenaufkommen im Jahre 2002, also in diesem Jahre, wieder deutlich nach oben entwickelt hat und auch über unseren Planungen und unseren Erwartungen liegt. Bei den Spenden ist interessant, dass es einige Großunternehmen gibt, die in ihren Organen mittlerweile Beschlüsse fassen, keine Parteispenden mehr zu leisten. Das empfinde ich aus der Sicht aller Parteien als bedauerlich, denn Parteispenden sind nicht nur zugelassen, sondern als Beitrag zur Entwicklung unseres Staatswesens ausdrücklich gewollt. Auch das am 28. Juni dieses Jahres verabschiedete Achte Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes bestätigt dies noch einmal nachdrücklich. Durch dieses Gesetz wurden die Vorschriften über die staatliche Finanzierung, über die Spenden und auch über die Rechenschaftslegung von politischen Parteien grundlegend und umfassend reformiert.

Durch die Novellierung des Parteiengesetzes ist auch eine Überarbeitung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU zwingend notwendig geworden. Unsere Finanz- und Beitragsordnung ist in zahlreichen Punkten mit dem Parteiengesetz verknüpft. Der Ihnen vorliegende Änderungsvorschlag bringt unsere Beitragsordnung und unsere Satzung auf den Stand, der die ab dem 1. Januar 2003 geltende Gesetzeslage berücksichtigt. Noch einmal: Nach meiner Auffassung sind Spenden und bleiben Spenden ein wichtiger Teil der Parteienfinanzierung. Es ist deshalb gut, dass die Rahmenbedingungen klar und gesetzlich geregelt sind. Das Schlüsselwort heißt Transparenz. Wir halten die Regelungen dieses Gesetzes für richtig und werden dafür sorgen, dass diese gesetzlichen Regelungen in der Union konsequent eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, gerade zur Bundestagswahl haben wir wieder viel Unterstützung erfahren. Dabei hat sich gezeigt, dass insbesondere die Spendenbereitschaft der Bürger sowie vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen in der Breite zugenommen hat. Ich möchte deshalb diese Gelegenheit nutzen, mich bei allen Spendern der Union sehr herzlich für ihre Unterstützung zu bedanken.

(Beifall)

Für mich ist dies ein deutliches Zeichen, dass die CDU Vertrauen zurückgewonnen hat. Die Tatsache, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und ein neu geordnetes und transparentes Finanzwesen geschaffen haben, das auch für andere Parteien durchaus als vorbildlich angesehen werden kann, hat dazu sicher einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Es ist in den letzten drei Jahren also gelungen, die Finanzlage der Bundespartei nachhaltig zu verbessern. Wir liegen im Plan dessen, was wir uns vorgenommen haben. Wir wissen aber auch, dass erst die Hälfte der Wegstrecke erfolgreich zurückgelegt worden ist. Deswegen müssen wir unseren Sanierungsplan bis zum Jahre 2005 mit allen seinen Einzelmaßnahmen konsequent zu Ende führen. Nur dann wird uns das gelingen, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Partei zu entschulden, eine gesunde finanzielle Basis für die politische Arbeit zu schaffen und die volle Wettbewerbsfähigkeit der Union zurückzugewinnen. Wir brauchen schließlich eine starke Union im Interesse unseres Landes. Ich bedanke mich bei allen, die mit großer Solidarität und Disziplin dazu beigetragen haben, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, und bitte Sie herzlich, diesen eingeschlagenen Weg auch in Zukunft zu unterstützen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Möglichkeit, das Wort zur Aussprache zu nehmen. – Wenn ich es richtig sehe, liegen keine Wortmeldungen zur Aussprache vor. Dann darf ich an dieser Stelle Wolfgang Peiner sehr herzlich danken, der mittlerweile auch das wichtige Amt des Finanzsenators im Land Hamburg mit Erfolg ausübt. Ich möchte ihm dafür danken, dass er trotz einer für Parteifinanzierung schwierigen Zeit bereit war und auch zukünftig bereit ist, das Amt des CDU-Bundeschatzmeisters auszuüben. Herzlichen Dank, Wolfgang Peiner!

(Beifall)

Ich schließe damit Tagungsordnungspunkt 11 ab.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 21:

SATZUNGSÄNDERUNGEN

Wir haben uns heute Vormittag darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Antrag B 1 des Bundesvorstandes vor. Mit diesem Antrag wollen und müssen wir die Vorschriften des Achten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes vom 28. Juni 2002 in das Satzungsrecht der CDU Deutschlands überführen. Der Schatzmeister Wolfgang Peiner hat in seinem Beitrag eben die Notwendigkeit dieser Satzungsänderung begründet.

Ich frage, ob zu dem Antrag B 1 das Wort gewünscht wird. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Es liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir über den Antrag B 1 insgesamt abstimmen können; er enthält ja viele Paragraphen und Änderungen. Ich stelle fest, dass es hierzu keinen Widerspruch gibt. Insofern werden wir so verfahren.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages B 1 ab Ziffer II. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Ich stelle fest, dass dieser Antrag auf Satzungsänderung mit dem notwendigen Quorum beschlossen worden ist, und danke Ihnen für Ihre Zustimmung.

Ich rufe nun einen weiteren Antrag auf, der sich auf die Satzungsänderung bezieht, nämlich den Antrag A 1 des Kreisverbandes Stade. Dieser Antrag strebt eine Änderung der Finanz- und Beitragsordnung an. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Karsten Behr aus dem Landesverband Niedersachsen vor. Herr Behr, Sie haben das Wort.

Karsten Behr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Vorsitzender des Kreisverbandes Stade und spreche für den Antragsteller. Wir halten unseren Antrag nach wie vor für notwendig und richtig. Da aber für nächstes Jahr ein Reformparteitag angekündigt ist, ziehen wir unseren Antrag hiermit zurück. Wir werden uns jedoch das Recht vorbehalten, Ihnen diesen Antrag im nächsten Jahr erneut vorzulegen. Damit hat auch die Antragskommission Gelegenheit, noch einmal über diesen Antrag nachzudenken. – Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben zur Kenntnis genommen, dass der Antrag A 1 durch den Antragsteller zurückgezogen wurde. Deshalb erübrigt sich eine Debatte bzw. eine Beschlussfassung.

Ich stelle fest, dass wir damit alle Anträge, die zu dem Tagesordnungspunkt 21, Satzungsänderungen, gehören, behandelt und abgeschlossen haben. Damit übergebe ich jetzt an Roland Koch für den Tagesordnungspunkt 12.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS
LAURENZ MEYER

Zum Bericht über die abgelaufene Zeit und – da bin ich ganz sicher – für einen Ausblick erteile ich unserem Generalsekretär, Laurenz Meyer, das Wort.

Ich bitte gleichzeitig, die Mund-zu-Mund-Propaganda ein bisschen zu verstärken, damit möglichst alle wieder in den Saal kommen. Ich denke, Laurenz Meyer und seine Arbeit in der vergangenen Zeit haben das verdient.

(Beifall)

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben einen langen und harten Wahlkampf hinter uns, der uns insbesondere gegen Ende in ein Wechselbad der Gefühle gestürzt hat; das wird sicher jeder nachvollziehen können.

Die CDU hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie kämpfen kann, und das gegen eine SPD, die uns – Angela Merkel hat schon darauf hingewiesen – im finanziellen Bereich und damit personell überlegen war. Aber es hat sich gezeigt: Den Erfolg von Wahlkämpfen kann man nicht kaufen. Hinsichtlich der Ausgaben für Anzeigen schätzen wir ein Verhältnis von etwa 1 : 30 bis 1 : 40 zwischen CDU/CSU und SPD. In einem solchen Maße hat sich das keinesfalls bemerkbar gemacht. Wir haben das durch Zusammenhalt, durch Kampfkraft ausgleichen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf ein Thema hinweisen, das wir, wie ich glaube, nicht vernachlässigen und auch in Zukunft aufgreifen müssen. Allein mit den Medienbeteiligungen hat die SPD im vergangenen Jahr rund 10 Millionen Euro verdient. Wir haben auch festgestellt, wie diese Medienbeteiligungen gearbeitet haben. Es geht immerhin um Beteiligungen an über 100 Zeitungen, an drei TV-Produktionsgesellschaften und 18 Radiosender in Deutschland. Wir sind nach wie vor der Meinung: Auch das ist ein Thema für den Verbraucherschutz. Wo SPD drin ist, muss auch SPD draufstehen. Die Verbraucher haben ein Anrecht darauf, zu wissen, an welchen Medien die SPD beteiligt ist. Dieses Thema bleibt auf der Tagesordnung.

(Beifall)

Liebe Freunde, mir geht es nun darum, die Grundhaltung der heute in der Regierung Handelnden aufzuzeigen. Schröder und seine Leute haben vor der Wahl gelogen, dass sich die Balken biegen:

Vor der Wahl hat Schröder gesagt: „Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig und deswegen ziehen wir sie nicht in Betracht. Im Gegenteil.“ Nach der Wahl hat Schröder seine Lüge offenbart. Er hat sein Versprechen gebrochen. Wenn den Familien durchschnittlich mehr als 200 Euro aus der Tasche gezogen werden, dann ist das ökonomisch unsinnig und Gift für die Konjunktur. Das nenne ich vorsätzlichen Wahlbetrug.

Vor der Wahl versprach Finanzminister Eichel: „Wir werden die Maastricht-Kriterien einhalten.“ Nach der Wahl verkündet er, wenn auch schrittweise, die Wahrheit. Die Stabilitätskriterien werden nicht eingehalten und jetzt will er sie noch zusätzlich aufweichen. Wir sollten dies als das benennen, was es ist: vorsätzlicher Wahlbetrug.

Besonders offenkundig war dies bei den Anzeigen der SPD. Dort wurde versprochen: „Rentenbeiträge bleiben stabil“. Sie wissen alle, was jetzt, nach der Wahl, passiert: Die Beiträge steigen, und zwar gewaltig. Das ist vorsätzlicher Wahlbetrug. So sollten wir das auch nennen.

(Beifall)

Lassen Sie mich dazu einen Punkt ergänzen: Das, was die Grünen derzeit in Sachen Rentenbeiträge machen, ist ein Schauturnen. Eigentlich müsste sie die Anhebung der Versicherungspflichtgrenzen beschäftigen. Denn das heißt doch, dass in 20 Jahren erheblich höhere Renten bezahlt werden müssen. Liebe Freunde, den Grünen müsste doch ihr Gerede von Nachhaltigkeit, das sie im Wahlkampf gehalten haben, im Halse stecken bleiben. Diese Diskussion werden wir mit ihnen führen.

(Beifall)

Vor der Wahl hat die SPD in Anzeigenserien versprochen: „Solide Finanzen – aktiver Staat“. Nach der Wahl wird die Verschuldung erhöht und der Bürger durch vielfältige Steuern und Abgaben belastet. Das ist vorsätzlicher Wahlbetrug.

Im Fernsehduell mit Herrn Stoiber antwortete Schröder auf die Frage, ob Riester im Amt bleibt: „Ja, sicher.“ Nach der Wahl wurde sein Arbeits- und Rentenminister kurzerhand gefeuert. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Gut, dass er weg ist. Aber auch dies zeigt Schröders Umgang, selbst mit Menschen in seinem engsten Umfeld.

Schröder hat vor der Wahl die Menschen nach Strich und Faden und mit Vorsatz belogen. Ihm war zum Machterhalt jedes Mittel recht. Die Art und Weise, wie er mit plattem Antiamerikanismus und dem Schüren von Kriegsängsten Wahlkampf betrieben hat, nenne ich nach wie vor skrupel- und charakterlos. Dieses Verhalten wird Deutschland noch teuer zu stehen kommen.

(Beifall)

Worum muss es uns in unserer Auseinandersetzung jetzt gehen? Roland Koch, Angela Merkel und andere haben schon von dem Frust und der Missstimmung gesprochen, die in der Bevölkerung zu spüren sind, weil sie den Eindruck haben, dass für Politiker andere Gesetze gelten als im normalen Leben. So ist das auch hier: Schröder erinnert mit seinem Verhalten an einen Autoverkäufer, der dem Kunden einen Neuwagen verspricht und einen Gebrauchtwagen mit kaputtem Motor liefert. Der Unterschied ist nur, dass der Verkäufer dafür eingesperrt würde, während Schröder meint, er komme so davon.

Deswegen bieten uns die Wahlen in Hessen und Niedersachsen eine Möglichkeit. Wahlen nämlich sind das Sanktionsrecht in der Politik. Diese Regierung muss für das Verhalten, was sie an den Tag gelegt hat, abgestraft werden.

(Beifall)

Wenn dieser Bundeskanzler bei den anstehenden Wahlen seine Strafe nicht bekommt, wird er – auch das sollten wir der Bevölkerung sagen – das als Einladung zu noch weiter gehenden Versprechungen und noch größeren Lügen betrachten. Ich nenne nur die Mehrwertsteuer, die Entfernungspauschale, die Ökosteuer. Diesen Giftcocktail haben sie schon im Köcher, um ihn nach den Wahlen in Hessen und Niedersachsen zu verabreichen. Wir müssen die Weichen so stellen, dass ihnen dieses Projekt im Halse stecken bleibt. Das ist unsere Aufgabe für die nächsten Monate.

Was in Deutschland derzeit vorgeht, ist aus meiner Sicht regelrecht gespenstisch. Ich habe letzten Sonntag an einer Fernsehdiskussion teilgenommen, immerhin eine Woche nach der Regierungserklärung und Wochen nach dem Vorlegen der Koalitionsvereinbarung. Der Moderator leitete den zweiten Teil der Sendung ein mit der Feststellung: Heute Abend sitzen Rot und Grün mal wieder zusammen und in wenigen Tagen werden wir wissen, wo es lang geht.

Liebe Freunde, eigentlich sollte man nach einer Regierungserklärung doch wissen, wo es in den nächsten vier Jahren lang gehen soll.

Mit mir in der Runde dort saß der Ex-SPD-Vorsitzende Lafontaine, vertrat die SPD und erzählte genau das Gegenteil von dem, was die Regierung tut. Was hier stattfindet, ist gespenstisch und verstärkt die Unsicherheit in der Bevölkerung. Das zeigt, wie hier gefuscht und handwerklich schlecht gearbeitet wird. Jetzt muss ich mich wieder entschuldigen. Ich habe den Handwerkern versprochen, im Zusammenhang mit dieser Bundesregierung nie wieder von „handwerklich schlecht“ zu sprechen, weil das für Handwerker ziemlich beleidigend sein könnte.

(Beifall)

Die einzige Devise, die diese Regierung hat, heißt: Machterhalt. Denken Sie nur einmal an die Fragen der Unterstützung von Organisationen und der Unterstützung von ehrenamtlicher Tätigkeit. Hierbei soll – das zeigt, wie die Politik dieser Regierung ist – über Vorschriften gearbeitet werden; hierbei sollen die Systeme und soll nicht der Einzelne stark gemacht werden. In der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung hieß das noch ganz anders. In der Regierungserklärung sprach Schröder davon, den ehrenamtlich und freiwillig Tätigen in kulturellen, sozialen und sportlichen Projekten größere Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Gleichzeitig will man aber die Abzugsfähigkeit von Spenden aus Unternehmen an diese Organisationen verbieten. Allein dieser Widerspruch zeigt, was für eine Grundhaltung in der Regierung dahinter steht. Selbst Johannes Rau sah sich genötigt, dazwischenzugehen und einzuschreiten. Inzwischen sind diese Pläne zwar vom Tisch, aber die Grundhaltung, die sich hinter diesem Vorhaben verbarg, dieses Misstrauen gegenüber dem Einzelnen, das Misstrauen gegenüber ehrenamtlicher Tätigkeit, ist offen gelegt worden. Das sind Angriffe auf die Grundfesten unserer Gesellschaft – genauso wie das, was Angela Merkel beschrieben hat,

als es um die Bestrafung von Leistungsträgern ging – damit meine ich die Krankenschwester genauso wie den Unternehmer – oder als um die Angriffe auf die Familie ging, die der SPD-Generalsekretär mit seinem Bild „Wir wollen die Lufthöhe über den Kinderbetten“ vorgetragen hat.

All das zeigt ein ideologiesteueres Weltbild bei der SPD und bei den Grünen. Genau deswegen müssen wir uns damit auseinandersetzen. Sie wollen in den Grundpositionen wirklich eine andere Republik als wir. Genau da liegt unser Auftrag und liegt unsere Chance. Genau da! Unsere christdemokratische Idee mit unserem Selbstverständnis von den Grundwerten der Gesellschaft ist die faszinierende Gestaltungskraft des 21. Jahrhunderts. Diese Auseinandersetzung müssen wir in den kommenden Jahren führen!

(Beifall)

Deshalb ist es so wichtig, Beispiele für das aufzuführen, was die Regierung will und was wir für richtig halten.

Wie steht es aber mit all den Bereichen, die die Gesellschaft prägen, die Leit motive geben, und wie transportieren wir unsere gesellschaftspolitischen Themen? Ich möchte gern darauf eingehen, aber lassen Sie mich vorweg etwas zu einem Wort sagen. Es geht um dieses Gerede vom Zeitgeist und davon, dem Zeitgeist hinterherzulaufen, das auch bei dem einen oder anderen von uns stattgefunden hat und sich in Kommentaren wiederfindet. Ich halte von diesem ganzen Gerede und Gequatsche überhaupt nichts. Überhaupt nichts! Es macht keinen Sinn, dem Zeitgeist hinterherzulaufen. Aber auch das Gerede macht keinen Sinn. Es geht darum, dass wir zunächst einmal die Gesellschaft in ihren Entwicklungen und in ihren Veränderungen wirklich verstehen müssen. Wer die Menschen mit ihren Bedürfnissen, auch ihren veränderten Bedürfnissen, nicht versteht, der kann bei Veränderungen in der Gesellschaft nicht glaubhaft Position beziehen. Damit meine ich: Erst dann, wenn man eine klare Analyse hat, kann man gegensteuern oder auch Entwicklungen befördern, die man für richtig hält. Ohne eine klare Analyse dessen, was sich verändert hat, zum Beispiel in den großen Städten, in den Patchwork-Familien, in den beruflichen Entwicklungen – jemand ist mal selbstständig und dann wieder angestellt -, können wir weder gegensteuern noch bestimmte gesellschaftliche Veränderungen unterstützen.

Wir haben den Anspruch, den Zeitgeist zu prägen. Wir als Christliche Demokraten nehmen diesen Auftrag an und wir nehmen ihn wahr.

Zeitgeist ist sicherlich ein ganz schlechter Ratgeber. Was wir brauchen, ist einmal die Rückbesinnung auf unsere Wurzeln. Es geht darum, unsere Wurzeln zu stärken, ihnen die Kraft zu neuen Trieben zu geben, sodass sie in den kommenden Jahren wachsen können. Ich will ausdrücklich unterstreichen, was Angela Merkel dazu gesagt hat. Wir haben hochmoderne attraktive Angebote – es war viel von Tafelsilber die Rede –, die wir den Menschen machen können.

Denken Sie nur an unsere Vorstellung von Wettbewerb in den verschiedenen Politikbereichen. Wir müssen es nur umsetzen und durchsetzen. Das gilt nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Da haben wir Nachholbedarf: Wettbewerbsgleichheit und Chancengleichheit auch zwischen kleinen und großen Unternehmen.

Das betrifft auch die Gesundheitspolitik. In der Gesundheitspolitik ist die Regierung auf dem Weg in die Einheitsversicherung. Unseren Wettbewerbsgedanken dagegengestellt – das gibt eine gute konfrontative und sinnmachende Auseinandersetzung.

Ich nenne auch den Wettbewerbsgedanken in der Bildungspolitik. Liebe Freunde, wir brauchen den Wettbewerb unter den Schulen und unter den Universitäten. Wir brauchen das, damit die Menschen sehen können, was für Ergebnisse in den verschiedenen Einheiten herauskommen. Wir brauchen auch den Wettbewerb unter den Ländern. Wir müssen uns nach Kräften gegen den Gedanken „Wir brauchen mehr Zentralismus in der Bildungspolitik“ wehren. Stellen Sie sich doch nur einmal vor – damit spreche ich Christian Wulff besonders an -, wir hätten die Ergebnisse der Bildungspolitik von Niedersachsen in ganz Deutschland, nämlich dann, wenn Herr Schröder dafür zuständig gewesen wäre! Das wäre ein Fiasko für die Kinder in Deutschland!

(Beifall)

Wenn es darum geht, unsere Beschlusslage in der Familienpolitik umzusetzen, dann ist es eben nicht damit getan, dass Angela Merkel und andere aus der Führungsspitze das in vielen Reden vortragen, sondern dann müssen wir das bis auf die kommunale Ebene herunterbrechen und auch dort sehen, wie wir diese neue Position wirklich umsetzen können. Das ist eine der Aufgaben, die wir für die kommenden Jahre haben.

Wenn wir sehen, dass in den großen Städten die Wahlergebnisse schlechter sind, dann geht es nicht nur darum, unsere Position wieder neu zu verändern, sondern auch darum, Positionen, die völlig klar sind, stärker zu unterstreichen. Gerade in den großen Städten haben wir das Problem der Kriminalitätsbekämpfung und der inneren Sicherheit. Das sind Bereiche, in denen wir eine ganz klare Linie fahren müssen. Zu nennen ist auch die Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Gerade da sind unsere klaren Positionierungen gefragt.

Damit wir uns nicht missverstehen: Die Überprüfung im Hinblick auf unsere Wahlergebnisse in den großen Städten heißt nicht, in allen Bereichen zu neuen Ufern zu kommen, sondern heißt auch, zu prüfen: Wo können wir unsere Stärken stärken und unsere Schwächen gleichzeitig abbauen? Darum geht es bei dem, was wir an Gegengewicht schaffen müssen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Angela Merkel hat eben davon gesprochen, dass wir in den Fragen der Gesundheits- und Rentenpolitik an unseren Positionen festhalten müssen. Wie können wir es schaffen, dass wir von uns aus die Vorstellungen zum Erhalt des Generationenvertrages vorantreiben? Wenn wir es nicht selbst in der Partei machen, wer soll es dann machen? Irgendwann werden die heute unter 40-Jährigen, die jüngere Generation, diesen Generationenvertrag aufbrechen, weil sie ihn als zutiefst ungerecht empfinden.

Ich habe im letzten Jahr eine Vielzahl von Gesprächen mit jungen Leuten unter Dreißig geführt. Ich bin auch zu Jugendzeitschriften gegangen, zu denen also, die sich an die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen wenden. Die waren zum Teil zunächst einmal überrascht, dass ich nicht kam, um Interviews zu geben, sondern um von ihnen zu hören, wie sie das eigentlich machen, wie sie die Menschen ansprechen.

Ich habe festgestellt: Da liegt kein wissenschaftliches System zugrunde, sondern sie geben einfach ihre eigene Lebenssituation und die in ihrem Umfeld für die Altersgruppe, die sie beschreiben und die sie ansprechen wollen, wieder. In diesen Gesprächen hat sich herausgestellt: Keiner der heute unter 30-Jährigen und kaum einer der unter 40-Jährigen hat das Vertrauen darin, dass das Rentensystem, das wir heute haben, für die Jungen noch irgendeine Art von Relevanz hat.

Deshalb liegt die schwierige Aufgabe vor uns, das System so zu verändern, dass die älteren Menschen und die rentennahen Jahrgänge Sicherheit haben und dass wir trotzdem den unter 40-Jährigen eine Perspektive bieten können. Ich sage Ihnen klipp und klar: Mit dem heutigen System, das ausschließlich an den Arbeitslohn anknüpft, werden wir auf Dauer weder das Renten- noch das Gesundheitssystem finanzieren können.

Liebe Freunde, wir müssen in den Bereichen, in denen unsere Antworten bisher unzureichend waren, weiterarbeiten und die Bereiche stärken, in denen wir schon stark sind. Ich habe eben einige genannt. Es geht aber auch darum, dass wir in den Bereichen, die wir vernachlässigt haben, zusätzliche Schwerpunkte setzen. Angela Merkel hat die Themen Umwelt, Menschenrechte und Entwicklungshilfe genannt. Das sind Themen, die von der Koalition, von der SPD und von den Grünen, für unsere Arbeit, die wir leisten können, sozusagen frei gemacht werden.

Denken Sie einmal an den Umweltbereich! Herr Trittin gibt keine Antwort darauf, wie die Erfolge beim Klimaschutz, die er prognostiziert, bis zum Jahre 2005 erreicht werden können. Unsere Chance liegt darin, diese Themen aufzugreifen. Denken Sie an den Bereich der Menschenrechte! Norbert Blüm hat mit seinem jahrelangen und immer noch währenden Einsatz gegen Kinderarbeit in der dritten Welt Zeichen gesetzt. Es ist eine urchristdemokratische Aufgabe, sich um solche Bereiche zu kümmern. Wir werden uns diese Chance nicht nehmen lassen.

(Beifall)

Ich frage sehr selbstkritisch – dieser Punkt muss uns nachdenklich machen -: Wie kann es dann sein, dass der Zugang der Umweltgruppen zu den Grünen nach wie vor stärker ist als zu uns, obwohl die Grünen im Umweltbereich solche Defizite haben? Wie kommt es, dass in einer Zeit, in der die Bundesregierung anteilig weniger für Entwicklungshilfe ausgibt als jemals zuvor, die Gruppen, die sich um Globalisierung und Entwicklungshilfe kümmern, stärker mit den Grünen und Teilen der SPD in einen Diskussionsprozess eintreten als mit uns? Das muss uns nachdenklich stimmen. Das ist ein Arbeitsauftrag für uns.

Diesen Arbeitsauftrag – ich möchte damit ein grundsätzliches Missverständnis ansprechen, das zum Teil in der Partei, aber auch in der veröffentlichten Meinung vorhanden ist – hätte die Partei auch gehabt, wenn sie an die Regierung gekommen wäre. Damit wir uns klipp und klar verstehen: Das hat nichts mit dem Wahlausgang zu tun. Wir haben einen Nachholbedarf bei der Arbeit der Partei und bezüglich der Themen der Partei, die wir uns in den kommenden Jahren vornehmen müssen.

Wir brauchen keine Koalitionsdebatten über Schwarz-Grün. Das halte ich im jetzigen Stadium für völlig überflüssig. Lasst uns um unsere eigene Position kümmern und sie mehrheitsfähig

machen! Erst nach den Wahlen sollten wir uns um Koalitionen kümmern. Ich halte das Gerede über Koalitionen für überflüssig, wenn man noch nicht in allen Bereichen weiß, wohin man will.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU hat den Anspruch, gesellschaftlicher Motor zu sein. Unsere Voraussetzungen sind so gut wie bei keiner anderen Partei in Deutschland.

Wir sind gleichzeitig – und verbinden das – für Fortschritt und Bewahrung der Schöpfung. Wir sind für Globalisierung und Gerechtigkeit.

Für uns geht das Lösen von sozialen Fragen nur im Miteinander der Generationen und – das ist der Arbeitsauftrag für die Partei.

Uns geht es um die Bürgergesellschaft, um die Stärkung der Chancen des Einzelnen und um die Stärkung der kleinen Einheiten.

Liebe Freunde, ich möchte Sie bitten, dass wir im kommenden Jahr an dem Projekt CDU als Bürgerpartei arbeiten. Wie stellt sich die Partei, die an tausend Stellen in die Gesellschaft hineinwirkt und die Gesprächsfäden neu spinnt, dem Prozess der gesellschaftlichen Veränderung? An die Adresse der Jungen Union gewandt – da sind wir uns sicherlich einig -, wir sind dankbar für die Wortmeldungen aus dem Bereich der Jungen. Das geht weit über Satzungsdiskussionen hinaus, die ein rein innerparteilicher Prozess sind. Es geht um die Arbeitsweise der Partei und auch darum, wie wir gemeinsam mit den Bürgern unseren Weg finden.

Wir haben den Weg zur Mitgliederpartei in den 70er-Jahren geschafft. Diese Mitgliederwerbung müssen wir fortsetzen. Die Zeit dafür ist jetzt günstig. Ich kann folgenden Tipp geben: Ich habe in den letzten zwei Jahren die 20 erfolgreichsten Kreisverbände angeschrieben und gefragt, was sie im Bereich der Mitgliederwerbung gemacht haben. Alles läuft auf die Fortsetzung unseres bewährten Kontaktermodells hinaus. Diejenigen, die seit längerer Zeit in diesem Bereich tätig sind, kennen es.

Es geht aber auch darum, wie wir es schaffen können, diejenigen in die Arbeit einzubeziehen, die sich nicht binden wollen. Liebe Freunde, dazu gehört, dass wir es zulassen, dass sich andere von außen bei uns einmischen können. Dazu gehört auch, dass wir zugeben, dass wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen haben und dass wir deshalb für Anregungen von außen offen sind. Bürgerpartei klingt sehr simpel. Aber sie zu verwirklichen ist höchst schwierig. Das bedeutet nämlich, dass man sich auch unbequemen Fragen stellt und dass man auf Gruppen und Personen zugeht und mit ihnen diskutiert, die einem von vornherein nicht nahe stehen und von denen man erst einmal keinen Beifall erwarten kann. Dazu gehört weiterhin, dass man Menschen die Chance gibt, sich bei uns einzumischen, die nicht Mitglied der Partei sind.

Wie gelingt es uns, Bürger zu finden, die zwar bei Projekten mitmachen wollen, die aber zu einer Mitgliedschaft in der CDU nein sagen? Lassen Sie mich eines ganz offen sagen – viele kennen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich das Problem -, wenn junge Leute, die sich für unsere Grundideen interessieren und von unseren Grundwerten begeistert sind, einige Male an Ortsversammlungen teilgenommen haben – es kann sogar passie-

ren, dass sie aufgrund ihres Alters schnell in den Vorstand gewählt werden -, ist es häufig der Fall, dass sie an der Art und Weise verzweifeln, wie wir diese Arbeit vorantreiben. Geben wir diesen jungen Menschen wirklich Gelegenheit, ihre Anliegen auch über die Ortsunion und über den engeren Bereich hinaus einzubringen? Deshalb fordere ich die Jungen auf: Ihr müsst in unserer Partei unbequem sein! Ihr müsst Stachel im Fleisch der CDU sein, damit wir vorankommen und damit wir diese gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen können!

(Beifall)

Liebe Freunde, es geht aber auch darum, Punkte einzubeziehen, die uns in früheren Zeiten nicht beschäftigt haben, zum Beispiel die Mobilität von jungen Leuten. Wie können wir bei einem Ortswechsel verhindern – die jungen Leute wechseln beispielsweise aufgrund des Studiums den Wohnort -, dass sie uns für die Arbeit verloren gehen? Wie können wir die heute höchst unterschiedlichen Arbeitszeiten bei unserer Arbeit berücksichtigen? Wie können wir das, was wir den Frauen bezüglich Beruf und Familie erzählen, in der Partei auch wirklich umsetzen, sodass es möglich wird, dass sich junge Frauen bei uns engagieren können? Das sind ganz praktische Fragen, die wir beantworten müssen, wenn wir diese Arbeit weiterführen wollen.

Wir – wie auch viele Unternehmen – müssen uns fragen: Wie schaffen wir es mit den zwei Vertriebswegen, die wir heute haben, zurechtzukommen? Wir werden nämlich auch in Zukunft Mitglieder haben, die mit dem Internet und mit den neuen Medien nicht umgehen können. Auch diese müssen in Zukunft noch die Möglichkeit haben, sich einmischen und in die Parteiarbeit einbringen zu können. Das hat auch damit zu tun, dass menschliche Bindungen der beste Kitt für eine erfolgreiche Parteiarbeit vor Ort sind.

Ich will in diesem Zusammenhang die Arbeit der Senioren-Union als gutes Beispiel ausdrücklich erwähnen. Was hier an Arbeit geleistet wird, ist beispielhaft und sollte auch in anderen Bereichen umgesetzt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, man muss natürlich auch an die neuen Vertriebswege denken. Im Bereich des Internets bieten sich ganz neue Möglichkeiten.

Da bietet sich die Möglichkeit, untereinander Kontakt aufzunehmen. Es entsteht die Möglichkeit, dass Menschen aus Flensburg, Dortmund und Stuttgart zusammen an einem Projekt arbeiten, was früher nicht möglich gewesen wäre.

Habt keine Angst davor, dass sich hier Hierarchien auflösen, dass der Dienstweg vom Ortsverband zum Kreisverband und zum Landesverband nicht mehr eingehalten wird, wenn Menschen so arbeiten. Damit sind viele Unternehmen fertig geworden und wir müssen es herausfordern, dass diese Mentalität um sich greift, dass sich Menschen in bestimmten Sachfragen über ihre regionalen Einheiten hinaus engagieren.

Liebe Freunde, deswegen werden wir neben dem Projekt „Bürgerpartei“ auch das Projekt „Große Städte“ umsetzen. Jürgen Rüttgers hat die Führung übernommen. Der Kreisverband Stuttgart hat dazu einen Antrag gestellt. Zusätzlich werden wir uns mit der Lage in den neuen

Ländern beschäftigen müssen. Wir haben – nicht erst in diesem Wahlkampf, aber auch dort – festgestellt, dass die andere Sozialisation der Menschen in den neuen Ländern und die vielfach schwierigen Probleme andere Antworten und anderen Umgang damit erfordern.

Sie sind thematisch und organisatorisch zu bearbeiten, denn es gibt in der Organisationsstruktur durchaus Mängel, die nicht diejenigen zu verantworten haben, die dort die Arbeit machen, weil sie aus unserer Geschichte erwachsen sind.

In diesem Zusammenhang werden wir in den Arbeitsgruppen auch das behandeln, was uns auf dem Parteitag in Dresden auf den Weg gegeben worden ist: die Satzungsfragen. Sie sind jedoch ein Unterbereich in der gesamten Diskussion.

Ich habe es bereits am Anfang gesagt und komme darauf zurück: Rot-Grün – viele Intellektuelle beklagen das heute – hat ein geistiges Vakuum in Deutschland geschaffen. Wir haben die einmalige Chance, dieses geistige Vakuum mit unseren Ideen, unseren Diskussionsbeiträgen und unseren Möglichkeiten auszufüllen. Dazu gehört aber auch, dass wir uns in vielfältiger Weise umstellen. Unser Zugang, etwa im Bereich der Medien, im Bereich der Kultur und im Bereich des Sports, ist nach meiner festen Überzeugung heute eher schlechter, als es vor etlichen Jahren gewesen ist.

Deshalb müssen wir das aufgreifen, wir müssen mittendrin sein. Wir dürfen nicht Ehrengäste sein, sondern müssen mitten in der Arbeit stecken. Wenn sich jemand dort engagiert, muss er einen Vorteil in der Arbeit erhalten und darf nicht gegenüber demjenigen benachteiligt werden, der sich ausschließlich in der Parteiarbeit engagiert.

Gott sei Dank, sagen viele Personalchefs in den Unternehmen inzwischen bei der Einstellung, es geht nicht mehr nur um Noten und wer sich engagiert, auch in anderen Bereichen, lässt um vier Uhr nicht den Griffel fallen. – Diese Einstellung muss auch für die Parteiarbeit gelten.

Wir wollen im Adenauer-Haus mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen das Adenauer-Haus wieder stärker öffnen und zu einem Haus der geistigen Auseinandersetzung und der kulturellen Begegnung machen. Entsprechende Veranstaltungs- und Gesprächskonzepte werden wir auch den anderen Gliederungen zur Verfügung stellen, damit sie möglichst viele Nachahmungen finden.

Wir müssen die Freiräume, die uns diese Regierung bietet, nutzen, um die Voraussetzungen für die Auseinandersetzungen zu schaffen. Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, dass bei der nächsten Bundestagswahl eine große Bereitschaft, uns zu akzeptieren, vorherrscht. Das ist ein langfristiger Prozess, den man nicht im letzten halben Jahr vor der Bundestagswahl anstoßen kann.

Wer sprach denn von Friedhofsruhe? Friedhofsruhe brauchen wir nicht, sie wäre völlig falsch. Wir brauchen produktive Unruhe in dieser Partei auf der Basis gemeinsamer Grundwerte. Genau darum geht es. Lasst mich zur Erklärung von produktiver Unruhe sagen: Jeder hier im Saal sollte Wortmeldungen überprüfen. Mein Lehrmeister in den ersten Stunden meiner Parteiarbeit und meines politischen Lebens war Günter Rinsche, der spätere Europaabgeordnete. Er hat mir einmal gesagt: Wenn du in Vorstandssitzungen oder anderen Gremien sitzt und sich jemand zu Wort meldet, frag dich immer, wem das nutzt.

Ich sage Ihnen ganz offen: Es gibt zu viele Wortmeldungen, bei denen es nicht um produktive Unruhe, sondern nur um Eigenprofilierung geht. Genau hier ist die Schnittstelle, die wir beachten müssen: Produktive Unruhe, ja, eigene Profilierung auf Kosten der Mannschaft, nein. Genau das gilt es zu beachten.

(Beifall)

Wir wollen den Mitgliedern nichts überstülpen, das wäre auch völlig falsch. Wir werden unsere Neuorientierung in der Bevölkerung nur verankern, wenn alle Mitglieder die Gelegenheit erhalten, darüber mitzureden. Genau das muss unser Ziel sein. Vom Ortsverband bis zum Bundesverband muss sich dieser Diskussionsprozess erstrecken.

Wir haben ein Motiv für unsere Arbeit. Das ist bei dem einen oder anderen das Engagement für seine Stadt, weil er seine Stadt liebt. Wir engagieren uns auf der Bundesebene für unser Land, weil wir unser Vaterland lieben.

(Beifall)

Genau das sollte man wieder zum Ausdruck bringen. Angela Merkel hat von den nationalen Eigeninteressen gesprochen. Wir müssen sagen, wir mögen dieses Land und wollen, dass es diesem Land gut geht; wir wollen, dass es den Menschen in diesem Land gut geht. Deswegen werden wir die kommenden vier Jahre nutzen, um unsere Basis in den Ländern, angefangen mit Niedersachsen und Hessen, zu verbreitern. Wir werden unsere Basis bei den Kommunalwahlen verbreitern. Wir müssen die schreckliche Situation dieser Bundesregierung nutzen, um unsere Basis zu verbreitern, damit kein Weg mehr bei der nächsten Bundestagswahl an uns vorbeigeht und es allen Menschen in Deutschland wieder besser gehen wird.

(Beifall)

Mit dem heutigen Parteitag legen wir dafür den Grundstein. Die Menschen in Deutschland müssen erkennen: Je stärker die CDU ist, desto besser ist das für Deutschland. Je stärker die CDU ist, desto besser für die Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Laurenz Meyer, herzlichen Dank für den Bericht. Zugleich denke ich an dieser Stelle im Namen des ganzen Parteitages sagen zu können: Vielen herzlichen Dank stellvertretend dem Generalsekretär für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und die politische Führung gemeinsam mit seinem Kollegen Thomas Goppel von der CSU. Sie haben aus zwei Wahlkampfmaschinen eine gemacht und die beiden haben reibungslos miteinander gearbeitet. Das ist alles andere als selbstverständlich. Angela Merkel hat gesagt: So viel Union gab es noch nie. Das hat etwas mit Organisation und damit auch mit Laurenz Meyer zu tun. Vielen herzlichen Dank dafür, dass das im vergangenen Jahr so gut gelaufen ist.

(Beifall)

Dass er nach wie vor erfolgreiche Bilanzen der Union erwarten kann, sieht man an einem weiteren Ergebnis vom vergangenen Wochenende. Im Meißener Land, bei unseren sächsischen

Kollegen, hat der Landratskandidat der CDU, der dort zum ersten Mal angetreten ist, Arndt Steinbach, im ersten Wahlgang 64,1 Prozent der Stimmen geholt und ist damit gewählt worden.

(Beifall)

Neben dem herzlichen Glückwunsch ist wichtig zu erwähnen, dass der Landratskandidat der SPD – er hat immerhin 19 Prozent der Stimmen erhalten – gesagt hat: Das, was in Berlin gemacht wird, wollen die Leute nicht, das ist doch eine Katastrophe. Das war eine richtige Analyse und der Wähler hat die richtige Antwort darauf gegeben.

(Beifall)

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 13 – Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs – aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Antragskommission um 13 Uhr – das ist eine Änderung des Termins, da wir ein wenig vor der Zeit sind – im Raum der Antragskommission die Beratung über die eingegangenen Initiativanträge aufnimmt. Wenn jemand nicht da ist, der dazugehört, hat er Pech gehabt. Die Antragskommission ist hiermit auf 13 Uhr geladen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Das Wort hat der Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm.

Jörg Schönbohm: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Die Vorträge von Angela Merkel und Laurenz Meyer haben, wie ich glaube, gezeigt, dass wir unsere Arbeit unter drei Überschriften stellen können: Wir richten uns nach einem Kompass aus, es besteht Kontinuität und wir sind konsequent in dem, was wir vorhaben.

Wir richten uns nach einem Kompass aus, der uns auf der Basis unserer Programmatik den Weg in die Zukunft zeigt, die von Freiheit und Eigenverantwortung gekennzeichnet ist. Das unterscheidet uns von Rot-Grün: Die wollen eine Zukunft, die von Reglementierung und Zentralbürokratie gekennzeichnet ist.

Es besteht Kontinuität in der Weiterentwicklung unserer Positionen. Wir sagen: Das Beste ist des Guten Feind. Unser Gesellschaftsentwurf sieht nicht so aus, dass wir den Menschen sagen, wie sie ihr Glück zu verwirklichen haben. Wir folgen nicht dem Zeitgeist und der political correctness, sondern die Grundlage unserer Entscheidung sind Erkenntnisse aus Erfahrungen und Gesprächen mit den Bürgern. Auf der Basis der Umsetzung dieser Erkenntnisse wollen wir die Gesellschaft weiterentwickeln. Wir haben kein Gesellschaftsmodell, das auf Ideologien aufbaut, durch die die Menschen zu ihrem Glück gezwungen werden sollen. Bei uns sollen die Menschen selber entscheiden, zum Beispiel ob sie von dem Angebot einer Ganztagschule Gebrauch machen; die Frauen sollen selber entscheiden, ob sie sich um die Kinder kümmern oder ob sie einen Beruf ausüben wollen. So wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen entscheiden können, wie sie ihr Glück verwirklichen können. Dieses wollen wir nicht zentral vorgeben. Darin besteht unsere Kontinuität.

(Beifall)

Wir sind auch konsequent: Das, was wir wollen, setzen wir auch um. Diese Konsequenz ergibt sich aus der Geschlossenheit der CDU, wie wir sie heute erlebt haben, und aus den Gemeinsamkeiten mit der CSU. Darum brauchen wir, wie ich glaube, die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre nicht zu fürchten. Uns steht nämlich ein rot-grünes Gesellschaftsmodell gegenüber, das von einer lageabhängigen Flatterhaftigkeit gekennzeichnet ist: heute so, morgen so und übermorgen wieder ganz anders. Kurz militärisch ausgedrückt: tricksen, tarnen und täuschen.

(Beifall)

Dieses ist immer deutlicher geworden. Ich möchte es an drei Beispielen erläutern:

Erstens. Verhältnis zu den USA: Zum ersten Mal hat eine Regierung in Europa einen Wahlkampf gewonnen, indem sie Position gegen Amerika bezogen hat. Das in Deutschland, das Amerika so viel verdankt! Ohne Amerika hätte es kein freies Deutschland und auch nicht die deutsche Einheit gegeben. Wir müssen uns dazu bekennen, so etwas nicht zuzulassen.

(Beifall)

Wer sagt, dass die Amerikaner Abenteurer sind, den frage ich, ob er den Amerikanern erklären will, wie ihre Demokratie zu funktionieren hat. Nein, die Amerikaner sind keine Abenteurer, sie sind Freunde. Mit Freunden trage ich aber einen Streit nicht offen auf dem Marktplatz aus, sondern rede mit ihnen untereinander, nicht in der Öffentlichkeit, klar und deutlich. Die jetzige Regierung hat jedoch über Freunde geredet und damit sich die Freundschaft verscherzt. Wir alle müssen daran arbeiten, diese wiederherzustellen.

Der zweite Bereich, der damit zusammenhängt, betrifft die äußere Sicherheit. Angela Merkel hat ja einiges zur Bundeswehr gesagt. Ist es denn nicht wirklich unvorstellbar, dass man auf der einen Seite sagt, man wolle mehr Soldaten nach Afghanistan schicken, aber auf der anderen Seite den Verteidigungshaushalt kürzt? Wie geht denn das zusammen? Damit müssen wir uns auseinander setzen. Wir müssen die Prioritäten staatlichen Handelns deutlich machen und unsere außenpolitischen Interessen hier einbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu brauchen wir Mittel. Außerdem müssen wir sagen, dass die Wirklichkeit nicht virtuell abgebildet wird, sondern dass sie real ist. Das gilt auch für die innere Sicherheit. Ich habe als Vorsitzender der Kommission „Innere Sicherheit“ einen Bericht vorgelegt, den wir in das Programm aufgenommen haben. Wir haben das auch in Form eines Artikelgesetzes in den Bundestag eingebracht und dort erörtert. Rot-Grün hat alles abgelehnt. Nach dem 11. September vergangenen Jahres haben sie einen Teil von dem aufgenommen, was wir damals vorgeschlagen haben. Unsere Politik ist von Kontinuität, Verlässlichkeit und Inhalten geprägt. Rot-Grün hat immer dann reagiert, wenn etwas geschehen ist. Wir wollen verhindern, die arbeiten nur nach.

Der letzte Punkt betrifft die innere Einheit. Die innere Einheit lebt von den Menschen, die sie gestalten. Mit dem jetzigen Minister aus Ostdeutschland haben wir zwar ein Gesicht aus dem Osten, nötig sind aber Taten für den Osten. Dazu können wir alle einen Beitrag leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kollege Schönbohm. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zur Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs. – Nachdem nun genügend Zeit verstrichen ist, schließe ich die Aussprache und übergebe das Tagungspräsidium an Frau Professor Dr. Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Dieser Bericht wurde schriftlich vorgelegt. Sie haben ihn in Ihren Unterlagen.

Ich darf mich ganz herzlich bei Hartmut Nassauer für diesen Bericht bedanken. Vor allen Dingen bedanke ich mich sehr herzlich für Ihre Arbeit und die Arbeit der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Herzlichen Dank für die hervorragende Positionierung.

(Beifall)

Jetzt rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile das Wort an das Mitglied der Mandatsprüfungskommission Herrn Thomas Etzmuß, Landesgeschäftsführer der CDU in Niedersachsen.

Thomas Etzmuß, Mandatsprüfungskommission: Meine Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank für die große Ehre, die mir zuteil wird, indem ich den Bericht der Mandatsprüfungskommission abgeben darf. Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 16. Parteitages 968 anwesend. Das ist ein großartiges Ergebnis. Der 16. Parteitag ist damit beschlussfähig.

(Beifall)

Prof. Dr. Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Etzmuß. Ich denke, damit ist heute eine stattliche Zahl von Delegierten hier.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich übergebe hierfür das Wort an Herrn Dr. Franz Möller.

Dr. Franz Möller, Rechnungsprüfer: Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundesvorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unvermeidlich, weil notwendig, ist es, dass Sie noch den Bericht der Rechnungsprüfer entgegennehmen. In verschiedenen Prüfungsgesprächen haben wir Rechnungsprüfer – Claudia Nolte, Ferdi Tillmann und ich –

uns vom Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann, vom Finanzbeauftragten Günter Winter und vom Revisionsbeauftragten Konrad Völker über die Haushalts- und Kassenprüfung, über die Konsolidierung der Finanzen, über die Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte insbesondere für das Wirtschaftsjahr 2001 berichten und uns die nötigen Unterlagen vorlegen lassen.

Vor einem Jahr auf dem Parteitag in Dresden konnten wir die Bemühungen und die Erfolge des neuen Finanzmanagements bei der Bewältigung der Finanzprobleme anerkennend hervorheben. Auch heute können die Rechnungsprüfer dem Bundesparteitag berichten, dass die Bemühungen um eine wirtschaftliche und vor allen Dingen sparsame Finanz- und Haushaltswirtschaft konsequent weitergeführt worden sind. Wir danken dem Bundesschatzmeister, dem Finanzbeauftragten, dem Revisionsbeauftragten und dem Bundesgeschäftsführer für diese wirklich harte, aber erfolgreiche Arbeit in den letzten zwei Jahren; der Bundesschatzmeister hat ja eben darüber berichtet.

(Beifall)

Die finanzielle Situation hängt aber noch von einer weiteren Gerichtsentscheidung über die Forderung des Bundestagspräsidenten wegen der Spenden in Hessen ab. Der Jahresabschluss 2001 wird davon wesentlich beeinflusst. Das OVG Berlin hat in seinem Urteil vom 12. Juni 2002 das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aufgehoben und die Klage der CDU abgewiesen. Dadurch wären wir zur Zahlung von 41,3 Millionen DM verpflichtet. Das OVG hat unverständlicherweise eine Revision beim Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen.

Dagegen richtet sich eine so genannte Nichtzulassungsbeschwerde, über die noch nicht entschieden ist. Ich hoffe, dass vom Bundesverwaltungsgericht wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles die Revision ermöglicht und bald auch in unserem Sinne entschieden wird.

Obwohl die Chancen, den Rechtsstreit dann abschließend zu gewinnen, also weiterhin gut eingeschätzt werden, hat die Bundespartei Vorsorge getroffen und den Betrag der Rückzahlungsforderung vorläufig in eine Rückstellung eingebucht. Einschließlich der Nebenkosten des Rechtsstreites und sonstiger Streitpunkte mit der Bundestagsverwaltung beläuft sich diese Rückstellung auf insgesamt 30 Millionen DM. Durch diese Rückstellung hat sich der Einnahmeüberschuss der Bundespartei von fast 20 Millionen DM folgerichtig in ein Defizit von 10,4 Millionen DM verwandelt. Dadurch ist die buchmäßige Überschuldung, die noch im Jahr 2000 von 35 Millionen DM auf 11 Millionen DM gesenkt werden konnte, wieder auf 21 Millionen DM angestiegen. Es ist also zu hoffen, dass die CDU den Rechtsstreit beim Bundesverwaltungsgericht endgültig gewinnt.

Liebe Parteifreunde, bei den Spenden – das haben Sie eben im Bericht des Bundesschatzmeisters gehört – konnten die geschätzten Zahlen erreicht werden, was vor allen Dingen – das hebe ich besonders hervor – der regen Spendenakquisition des Bundesschatzmeisters zuzuschreiben ist. Dafür danken wir Ihnen, lieber Herr Dr. Peiner, und Ihrem Team ganz besonders herzlich.

(Beifall)

Als sehr erfreulich möchten die Rechnungsprüfer an dieser Stelle anmerken, dass die Etatvorgaben der Bundespartei für das Jahr 2001 insgesamt um rund 3 Millionen DM unterschritten worden sind. Dieser Erfolg wurde durch das vom Finanzbeauftragten neu eingeführte Controlling und durch weitere Sparmaßnahmen der Bundesgeschäftsstelle ermöglicht. Der Bundesschatzmeister hat darüber eben berichtet.

Nach den jetzigen Erkenntnissen kommt es bei dem ordentlichen Etat für 2002 wegen der Parteitage zu geringfügigen Überschreitungen. Diese Abweichungen wurden vom Haushaltsausschuss besprochen und vom Bundesvorstand genehmigt. Die Rechnungsprüfer stimmen diesen Überschreitungen zu.

Für die Stiftung „Versorgungswerk“ konnte mit den Betriebsräten der Organisationen ein Konsens gefunden werden. Wir danken auch den Betriebsräten für ihre Mithilfe bei der Erledigung dieser Aufgabe.

Meine Damen und Herren, zur Novellierung des Parteiengesetzes hat der Bundesschatzmeister eben eine Erklärung abgegeben. Ich kann die wichtigen Änderungen des neuen Parteiengesetzes hier nicht erläutern. Die Rechnungsprüfer unterstützen aber die Bundesgeschäftsstelle und den Finanzbeauftragten bei ihren Bemühungen, unseren ehrenamtlichen Funktionsträgern vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Kreisen, eine verständliche und praktikable Handreichung für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Durch die Änderung unserer Finanz- und Beitragsordnung durch den Parteitag haben Sie miterlebt, wie schwierig, kompliziert und umfangreich diese Neuregelungen sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen kurzen Hinweis auf den Rechenschaftsbericht 2001 geben. Der Finanzbeauftragte hat uns davon unterrichtet, dass der Rechenschaftsbericht 2001 Mitte Oktober dem Bundestagspräsidenten übergeben worden ist. Bei der Durchsicht des Berichts mussten wir bei einigen Landesverbänden feststellen, dass noch Vermögensanpassungen erforderlich sind. Aber diese Summen sind nicht beängstigend. Wir denken jedoch, dass diese Dinge künftig besonders vorsichtig angegangen werden müssen, um empfindliche Sanktionen der Bundestagsverwaltung zu vermeiden.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2000, beschlossen vom Bundesvorstand gemäß § 24 der Finanz- und Beitragsordnung, versehen mit einem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers, ist in den Tagungsunterlagen enthalten. Sie haben ihn sicherlich studieren können. Unsere Prüfung, die Prüfung der Rechnungsprüfer, hat zu keinen Beanstandungen geführt. Wir können die Empfehlung geben, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und dem Vorstand, dem Finanzmanagement und der Bundesgeschäftsstelle uneingeschränkte Entlastungen zu erteilen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Dr. Möller ganz herzlich für die Aufgabe, die Sie erledigt, und die Mühe, die Sie da hineingesteckt haben.

Damit sind wir mit dem Tagesordnungspunkt 16 zu Ende. Ich übergebe das Wort wieder an Roland Koch.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich sage vor allem für die, die uns draußen auf den Bildschirmen sehen: Wer die Bundesvorsitzende mitwählen will, muss bald hereinkommen, denn wir nähern uns diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Die Entlastung des Bundesvorstandes ist von den Rechnungsprüfern auch mit dem Hinweis auf das Wirtschaftsprüfertestat eben noch einmal beantragt worden. – Da ich dazu keine Wortmeldungen sehe, darf ich Sie bitten, mit dem Kartenzeichen zu zeigen, dass Sie der Entlastung zustimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe; wer den Bundesvorstand nicht entlasten will, der kann ihm jetzt die rote Karte zeigen. Das ist offensichtlich nicht gewünscht, schon gar nicht in gefährlicher Größenordnung, sodass festzustellen ist, dass die Mehrheit des Bundesparteitags – aus meiner Sicht vermute ich sogar einstimmig – dem Bundesvorstand Entlastung erteilt hat. Dazu kann ich nichts Dankendes sagen, weil ich selbst betroffen bin. Ich habe aber insbesondere all denjenigen zu danken, vor allem Herrn Dr. Peiner, die für die Finanzgeschäfte verantwortlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist eine vorstandslose Zeit angebrochen, die wir so schnell wie möglich wieder beenden wollen. Ich rufe deshalb TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Dazu habe ich Ihnen eine Reihe von formalen Erläuterungen zu geben, die für alle einzelnen Abschnitte des Tagesordnungspunkts 18, also für alle Teile der Wahl des Bundesvorstandes, gelten.

Laut § 43 der Satzung werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

In unserem Statut ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich gewählten Mitglieder Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. So steht es in § 15 Abs. 3. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen dennoch nicht mehr zur Anwendung.

Nach § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands gilt – ich hoffe, dass wir das heute nicht brauchen, aber es ist eine wichtige Voraussetzung -, dass bei der Ausrechnung solcher Quoren Bruchteile hinter ganzen Zahlen dann abzurunden sind, wenn sie den Wert von 0,5, also der Hälfte einer ganzen Zahl, nicht erreichen. Sonst sind sie zur nächsten Zahl aufzurunden. Das werden wir Ihnen jetzt im Detail ersparen und nur am konkreten Beispiel der betreffenden Wahlgänge erläutern.

Unter Rücksicht auf den Grundsatz der geheimen Wahl schlagen wir Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie dabei die

Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Wir gehen davon aus, dass genügend Kabinen aufgestellt sind bzw. im Augenblick aufgestellt werden.

Ich möchte Sie bitten, Ihre Stimmzettel nach dem Ausfüllen in die Wahlurnen zu werfen, die durch den Raum zu Ihnen getragen werden. Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen. Die Wahlhelfer sind angewiesen, Ihre Stimme sonst nicht entgegenzunehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass wir die Wahl nach regulären Bedingungen durchführen.

Wenn ich unterstellen kann, dass wir über diese Regularien und ihre Anwendung einig sind, dann komme ich nunmehr zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18.1:

WAHL DER VORSITZENDEN

Sie wissen, haben gelesen und sind auch nicht überrascht: Es kandidiert unsere Bundesvorsitzende, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Nur aus Räson vor dem Parteiengesetz frage ich, ob es weitere Kandidaturen gibt. – Dann weiß jeder, dass das nicht so ist.

Ich weise Sie darauf hin, dass – auch das unterstelle ich – eine Vorstellung von Frau Dr. Merkel nicht gewünscht ist, sodass wir in den Wahlgang eintreten können. Bevor wir das tun, darf ich Sie bitten, den Stimmzettelblock, den Sie mit Ihren Unterlagen bekommen haben – es ist dieser Stimmzettelblock im Postkartenformat -, zur Hand zu nehmen. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel, der die Nummer 1 aufgedruckt hat, durchführen.

Wenn Sie für Frau Dr. Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf diesen Stimmzettel, andernfalls „Nein“. Wenn Sie sich der Stimme enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“ oder aber lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes als diese Vorschläge vermerkt ist, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimmen abzugeben.

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Wenn nicht, bitte ich um Handzeichen, wo noch Stimmzettel einer Urne harren.

Wenn sich jetzt niemand mehr lauthals bemerkbar macht, gehe ich davon aus, dass alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich bitte, die Stimmen auszuzählen, und unterbreche den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses. Das wird relativ schnell gehen. Ich denke, dass der Parteitag in sieben oder acht Minuten – vielleicht werden es auch zehn – wieder eröffnet wird.

Der Parteitag ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.06 bis 13.19 Uhr)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen den Parteitag fort.

Ich möchte Ihnen das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt geben. Abgegebene Stimmen 818. Ungültige Stimmen keine. Stimmenthaltungen 22. Damit ergibt sich eine Zahl von 796 abgegebenen gültigen Stimmen. Die Formalie zwingt mich, darauf hinzuweisen, dass die erforderliche Mehrheit 399 Stimmen wäre.

Es wurden für Frau Dr. Angela Merkel 746 Ja-Stimmen abgegeben.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen – Dr. Angela Merkel nimmt die Glückwünsche von zahlreichen Delegierten entgegen)

Meine Damen und Herren, um den Formalien zu genügen, muss ich darauf hinweisen, dass 50 Delegierte mit Nein gestimmt haben. Unsere Rechnungen haben ergeben, dass Frau Dr. Merkel die Zustimmung von 93,72 Prozent der Delegierten erhalten hat.

(Beifall)

Sehr verehrte Frau Dr. Merkel, ich muss Sie formal fragen, ob Sie die Wahl annehmen, bevor ich Ihnen den Blumenstrauß überreichen darf.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ja, ich nehme die Wahl an, und bedanke mich für das große Vertrauen der Delegierten. Herzlichen Dank!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Einen ganz herzlichen Glückwunsch! Sie sehen am Beifall: Der Parteitag gratuliert Ihnen. Wir danken Ihnen für die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. Herzlichen Glückwunsch im Blick auf Vieles, was wir in Zukunft von Ihnen erwarten! Auf eine gute Zusammenarbeit aller in der CDU Deutschlands mit ihrer Vorsitzenden!

(Beifall – Roland Koch überreicht Dr. Angela Merkel einen Blumenstrauß)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 18.2 auf:

WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste, die bis 11 Uhr abgeschlossen wurde, sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge nenne: Dr. Christoph Böhr, Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Annette Schavan und Christian Wulff.

Obwohl alle vier Kandidaten durch ihre langjährige Arbeit innerhalb der CDU Deutschlands bekannt sind, ist der Wunsch nach Vorstellung geäußert worden. Wenn ein solcher Wunsch geäußert wird, soll man ihm nachkommen. Deshalb bitte ich alle vier Kandidaten, und zwar in alphabetischer Reihenfolge, sich kurz vorzustellen. Als Erster hat Dr. Christoph Böhr das Wort.

Dr. Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Christoph Böhr, ich bin 48 Jahre alt, Vorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz und Opposi-

tionsführer im rheinland-pfälzischen Landtag. Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich bewerbe mich um dieses Amt, weil ich gerne an einer Auseinandersetzung teilnehmen möchte, die jetzt beginnt und die für uns alle eine große Herausforderung darstellen wird. Um zu verdeutlichen, um was es mir dabei geht, will ich an das erinnern, was Angela Merkel heute Morgen in ihrer Rede hier vorgetragen hat.

48 Steuererhöhungen stehen uns jetzt bevor. Was das für den Niedergang der deutschen Wirtschaft und für den deutschen Arbeitsmarkt bedeutet, können wir uns alle klarmachen. Es kommt allerdings noch schlimmer, denn es geht nicht nur um die Frage der Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Arbeitsplätze. Bei dieser rot-grünen Politik wird der Mittelstand am Ende im Abseits stehen. Am Ende dieser rot-grünen Politik wird die Familie, so wie wir sie kennen und wie wir sie schätzen, zertrümmert sein. Am Ende dieser rot-grünen Politik wird es kommunale Selbstverwaltung in Deutschland nicht mehr geben. Ich möchte unsere Aufmerksamkeit auf den Punkt lenken, dass es eine Gemeinsamkeit zwischen den Beispielen, die ich hier genannt habe, gibt, so unterschiedliche Bereiche von Politik damit auch angesprochen sind. Die Gemeinsamkeit ist, dass überall dort, wo in unserer Gesellschaft Freiräume bestehen und wo Menschen wechselseitig Verantwortung füreinander übernehmen können – in der kommunalen Selbstverwaltung, in der mittelständischen Wirtschaft, in der Familie, in der Ehe -, diese Freiräume durch die rot-grüne Politik zerstört werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um Gesellschaftspolitik. Diese Herausforderung müssen wir annehmen.

(Beifall)

Ich möchte dazu einen Beitrag leisten. Was jetzt aus dem Munde von Sozialdemokraten zu hören ist, beispielsweise über die Familie – es heißt, man wolle die Lufthoheit über die Kinderbetten -, sind keine Versprecher. Wir haben es vielmehr mit dem ungeheuerlichen Anspruch zu tun, einen Freiraum von Verantwortung und privater Sphäre zu zerstören. Hier müssen wir gehalten werden. Das schaffen wir als Opposition nur in der politischen und auch in der geistigen Auseinandersetzung. Daran möchte ich mich beteiligen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Dr. Jürgen Rüttgers, der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Mein Name ist Jürgen Rüttgers. Ich bin 51 Jahre alt. Das Beste, was mir bisher im Leben widerfahren ist, sind meine Frau und unsere drei Kinder, der Marcus, der Lucas und der dreijährige Thomas. Seitdem Sie mich in Essen vor zwei Jahren das erste Mal in das Präsidium gewählt haben, habe ich mich bemüht, bei den Themen mit anzupacken, die wir gemeinsam voranzubringen versucht haben, beim Thema Bildung genauso wie beim Thema Familie, aber auch beim Thema Integration und bei anderen Themen.

Das Zweitbeste, was mir widerfahren ist, ist, dass Sie mir auf verschiedenen Ebenen immer wieder die Möglichkeit gegeben haben, an der phantastischen Idee CDU mitzuarbeiten. Deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Stimme. Ich würde auf der Basis Ihres Vertrauens gerne weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin hat Frau Dr. Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan (mit Beifall begrüßt): Ich heiße Annette Schavan, bin 47 Jahre alt, seit 1995 Kultusministerin im schönen Baden-Württemberg

(Beifall)

und seit 1998 stellvertretende Vorsitzende. Wer mich fragt, was zu meinen politischen Maximen gehört, die ich in der Parteiarbeit und in meiner Ministerarbeit verfolge, dann ist die schlichte Einsicht zu nennen: Wenn das Ziel nicht bekannt ist, ist kein Weg der richtige.

Ich glaube, das ist eine gute Maxime für unsere Programmdebatte in den nächsten Jahren, an der ich mich gerne beteiligen will.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Christian Wulff das Wort.

Christian Wulff: Liebe Freunde! Mein Name ist Christian Wulff. Ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und habe eine neunjährige Tochter. Ich bin Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion hier in Niedersachsen und seit einigen Jahren Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Wir stehen unmittelbar vor dem Ziel, dieses Land wieder zu regieren. Ich will Ministerpräsident werden. Dafür bitte ich Sie heute um Vertrauen und in den nächsten 82 Tagen um Unterstützung, um dann auch in Niedersachsen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bekommen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war die Vorstellung. Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich auf folgende drei Punkte hinweisen:

Erstens. Die Wahlen erfolgen mit den großen roten Stimmzetteln, auf welchen die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Sie alle müssten diese Stimmzettel inzwischen ausgehändigt haben.

(Zurufe: Nein!)

Wenn das bei einigen Delegierten nicht der Fall sein sollte, dann bitte ich Sie, sich an die zuständigen Landesgeschäftsführer zu wenden, damit am Ende alle über die roten Stimmzettel verfügen, auf denen die vier Kandidaten aufgeführt sind.

Zweitens. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also vier. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei oder vier Kreuze enthält.

Drittens. Wie bereits erwähnt, ist in § 15 des Statuts ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge muss ein Drittel der in einem ersten Wahlkampf tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Wenn also beispielsweise im ersten Wahlgang alle vier stellvertretenden Vorsitzenden die erforderliche Mehrheit erhielten,

müsste sich darunter mindestens eine Frau befinden, damit dieser Wahlgang gültig ist. Es gilt § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Das heißt: Bei vier zu wählenden Stellvertretern muss die Zahl vier durch drei dividiert werden, das Ergebnis ist 1,333. Diese Zahl wird abgerundet auf eins. Ergebnis für den Wahlgang zur Wahl der Stellvertreter: Es muss wenigstens eine Frau gewählt werden, um das Frauenquorum zu erfüllen.

So viel zum Wahlverfahren. Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten den großen roten Stimmzettel erhalten haben.

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Ich kann von hier aus nicht erkennen, aus welchem Landesverband die Zurufe kamen. Nordrhein-Westfalen? – Ich warte einen Augenblick, in der Hoffnung, dass die Stimmzettel zwischenzeitlich verteilt werden.

Ich höre gerade, dass der Landesgeschäftsführer aus der Freien und Hansestadt Hamburg die Stimmzettel für seine Delegierten nicht abgeholt hat.

(Unruhe)

Es wäre ja ganz schön, wenn auch die Hamburger mitwählen könnten. Deshalb bitte ich noch ein wenig um Geduld. Wir warten noch wenige Minuten. Meine Damen und Herren, es fehlten nicht nur bei Hamburg Stimmzettel, sondern auch noch bei einigen anderen Verbänden. Nachdem mir die Bundesgeschäftsstelle signalisiert hat, es müssten inzwischen alle im Besitz von Stimmzetteln sein, stelle ich erneut die Frage: Haben jetzt alle, die berechtigt sind, einen roten Stimmzettel?

(Zurufe: Ja!)

Jetzt höre ich nur noch: Ja.

(Zurufe: Nein!)

Nachdem drei Delegierte vom Landesverband Nordrhein-Westfalen, die keinen Stimmzettel hatten, aus welchen Gründen auch immer, nun damit ausgerüstet werden, gehe ich davon aus, dass jetzt jeder von Ihnen einen roten Stimmzettel hat. – Ich höre keinen Widerspruch. Das ist also der Fall. Ich eröffne den Wahlgang.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, haben alle Delegierten die Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? – Das ist der Fall. Deshalb schließe ich nun den Wahlgang für die Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Auszählung der Stimmzettel wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt daher vor, während der Auszählung bereits die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

(Beifall)

Ich entnehme Ihrem Beifall, dass Sie damit einverstanden sind, und übergebe das Tagungspräsidium an Frau Dr. Maria Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Wir kommen damit zur Wahl des Bundesschatzmeisters. Für den Vorschlag für den neuen Schatzmeister gebe ich der Vorsitzenden Dr. Angela Merkel das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen für den Schatzmeisterposten den bisherigen Schatzmeister, den Hamburger Finanzsenator Peiner, zur Wiederwahl vorschlagen. Herr Peiner hat in einer nicht ganz einfachen Situation die Schatzmeistertätigkeit übernommen. Er hat uns einnahmemaßig gut durch den Wahlkampf geführt. Ich danke ihm an dieser Stelle für seine bisherige Arbeit und zum Dank schlage ich ihn auch zur Wiederwahl vor.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Damit ist Herr Dr. Wolfgang Peiner vorgeschlagen.

Ich darf Ihnen jetzt noch einige Hinweise geben. Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem gelben Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmblock durchgeführt. Es gilt, wie immer, dass mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ zu kennzeichnen ist. Keine Kennzeichnung ist Enthaltung. Bei anderen Anmerkungen ist der Stimmzettel ungültig.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang und bitte Sie, den Stimmzettel auszufüllen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Dann bitte ich darum, dass mit den Wahlurnen zügig durch die Reihen gegangen wird.

Sind nun alle Stimmzettel abgegeben? Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich schlage vor, dass wir fortfahren, und übergebe das Wort an Elke Wülfing.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten die Zeit nutzen und in den TAGESORDNUNGSPUNKT 18.4. zur

WAHL DER SIEBEN WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS EINTRETEN. FÜR
DIE WAHL DER SIEBEN WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

sind folgende Kandidatinnen und Kandidaten bis 11 Uhr vorgeschlagen worden: Hermann-Josef Arentz, Roland Koch, Friedrich Merz, Hildegard Müller, Peter Rauen, Dr. Wolfgang Schäuble, Prof. Dr. Dagmar Schipanski und Jörg Schönbohm.

Ich gehe davon aus, dass Sie eine Vorstellung der Kandidaten wünschen. Ich darf deshalb die Kandidatinnen und die Kandidaten bitten, sich hier in alphabetischer Reihenfolge einzufinden und sich kurz vorzustellen. Zunächst Hermann-Josef Arentz und danach Roland Koch.

Hermann-Josef Arentz: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Hermann-Josef Arentz. Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Ich kandidiere als Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft für das

Präsidium der CDU. Ich will damit deutlich machen, dass die Arbeitnehmer in unserer Partei nicht am Rande, sondern im Zentrum unserer Politik stehen.

(Beifall)

Im Übrigen will ich deutlich machen, dass die Interessen der Arbeitnehmer bei der Union besser aufgehoben sind als bei allen anderen Parteien.

(Beifall)

So ärgerlich und schlimm das Ergebnis der Bundestagswahl war, so erfreulich ist, dass die Union den größten Stimmenzuwachs mit sage und schreibe 9 Prozentpunkten bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erreicht hat. Dies ist ein hoffnungsvolles und gutes Signal, dass wir den Sozialdemokraten die Arbeitnehmer nicht als Beute überlassen, sondern dass wir darum kämpfen, deutlich zu machen, wer die bessere Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland macht.

(Beifall)

Meine Bitte an Sie ist: Machen Sie mit Ihrer Wahl heute deutlich, dass bei uns in der CDU Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft, Vertreter der wertkonservativen, der liberalen und der christlich-sozialen Wurzeln der Union im Präsidium auf gleicher Augenhöhe gemeinsam unsere Politik bestimmen. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. Danke schön.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hermann-Josef Arentz. Es geht weiter mit Roland Koch und danach Friedrich Merz.

Roland Koch: Mein Name ist Roland Koch. Ich bin 45 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Söhne. Vor vier Jahren habe ich die Chance bekommen, mithilfe der CDU-Regierung aus Hessen ein Land zu machen, das im Wettbewerb der Bundesländer möglichst weit vorne liegt. Es dauert nicht mehr lange, bis die Wählerinnen und Wähler entscheiden können, ob sie mit meiner Arbeit einverstanden waren.

Ich habe das Ziel, am 2. Februar des nächsten Jahres für weitere fünf Jahre Ministerpräsident des Landes Hessen zu werden. Ein Sieg der CDU wäre ein Teil des Aufbruchs, den wir brauchen. Denn auf Dauer können wir nicht nur über andere schimpfen, sondern wir müssen es selber machen. Ich will mich weiter daran beteiligen und bitte Sie um Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Koch. Jetzt Friedrich Merz und danach Hildegard Müller.

Friedrich Merz: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Mein Name ist Friedrich Merz. Seit heute bin ich 47 Jahre alt.

(Beifall)

Herzlichen Dank. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich möchte gerne weiter im Präsidium mitarbeiten.

Wenn ich über die heutige Situation nachdenke, dann fühle ich mich an ein Wort des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac erinnert. Als er noch Oppositionsführer in der französischen Nationalversammlung war, hat er auf die Frage nach der Aufgabe der Opposition geantwortet: Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung abzuschminken, solange das Stück gespielt wird.

Liebe Freunde, daran möchte ich mich beteiligen. Ich möchte mit Ihrer Unterstützung und Hilfe dafür sorgen, dass die Union insbesondere, aber nicht nur in den Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein klares Profil hat. – Herzlichen Dank.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Merz.

Jetzt spricht Hildegard Müller, danach Peter Rauen.

Hildegard Müller: Meine Damen und Herren! Mein Name ist Hildegard Müller, ich bin 35 Jahre alt und zurzeit „Alterspräsidentin“ der Jungen Union. Vor zwei Jahren haben Sie mich das erste Mal in das Präsidium gewählt. Ich würde diese Tätigkeit gern fortsetzen, weil ich der Meinung bin, dass wir gerade in der jungen Generation ein überzeugendes personelles Angebot haben.

Ich möchte weiterhin im vorpolitischen Raum wirken, und zwar nicht nur durch meine Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Katholiken. Ich möchte gern eine Rolle im Präsidium übernehmen und mich weiterhin dafür stark machen, dass der Mittelstand in Deutschland als ein Kernbestandteil unserer Gesellschaft eine Chance erhält. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller.

Jetzt kommt Peter Rauen und danach Dr. Schäuble.

Peter Rauen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Peter Rauen, bin 57 Jahre alt und seit 36 Jahren verheiratet. Ich habe zwei erwachsene Söhne. Im Bundestag bin ich seit 1987 vertreten und seit sechs Jahren bin ich der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

Liebe Parteifreunde, ich bin seit 37 Jahren selbstständiger Bauunternehmer und habe mir bis vor zwei Jahren nicht vorstellen können, dass man eines Tages nicht mehr genügend Arbeit für seine langjährigen, verdienten und fleißigen Mitarbeiter bekommt. Das, was Rot-Grün bezüglich des deutschen Mittelstands angerichtet hat, ist weit schlimmer, als es zurzeit öffentlich wahrgenommen wird.

Ich will eines sagen: Der Mittelständler in Deutschland, und zwar der Eigentümerunternehmer, der mit allem, was er hat, für sich, seinen Betrieb und seine Familie haftet, weiß genau, dass er nur dann erfolgreich ist, wenn er zufriedene Mitarbeiter im Betrieb hat. Die Mitarbeiter wissen, dass es ihnen nur gut geht, wenn es auch dem Betrieb gut geht. Deshalb plädiere ich leidenschaftlich dafür, dass wir alle begreifen, dass Arbeitsmarkt- und Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik keine Gegensätze sind, sondern die beiden Seiten ein und derselben Medaille darstellen.

Auch unsere Mitarbeiter sind viel zu sehr mit Steuern und Abgaben belastet. Wenn wir als Union es schaffen, eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu machen, bei der den fleißigen Menschen wieder mehr vom Ertrag ihrer Leistung bleibt, haben wir die große Chance, gerade im Arbeitnehmerbereich noch viel mehr Stimmen für uns zu gewinnen, als es ohnehin der Fall ist.

Ich würde gern im Präsidium weiter mitarbeiten. Christian Wulff hat mir gestern gesagt, er habe gehört, ich wolle nicht mehr kandidieren. Ich war davon völlig überrascht, ich weiß nicht, wer das lanciert hat. Ich würde gern mitarbeiten und ich bitte Sie, mir die Chance zu geben, im Präsidium der CDU den Mittelstand weiterhin zu vertreten. – Schönen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Rauen.

Es spricht nun Dr. Wolfgang Schäuble und danach Frau Professor Schipanski.

Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Wolfgang Schäuble, ich bin 60 Jahre alt. Meine Frau und ich haben vier Kinder und ich vertrete den schönen Wahlkreis Offenburg im Deutschen Bundestag. Das sage ich heute mit besonderer Freude; denn unsere Kandidatin hat gestern nach 27 Jahren SPD-Oberbürgermeisterin in Offenburg die Oberbürgermeisterwahl fulminant gewonnen.

(Beifall)

Mir macht die Lage unseres Landes Sorgen und die Arbeit für die CDU viel Freude. Ich glaube, dass wir in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, für die ich in der Fraktion zuständig bin und die ich während des Wahlkampfes im Kompetenzteam von Edmund Stoiber vertreten habe, eine große Verantwortung haben. Angesichts des Versagens und der Substanzlosigkeit der rot-grünen Regierung brauchen wir eine starke Union. Das Wenige, das ich dazu beitragen kann, möchte ich mit Ihrer Unterstützung gern tun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Wolfgang Schäuble.

Frau Professor Schipanski und danach Jörg Schönbohm.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Dagmar Schipanski, ich bin 59 Jahre alt und seit 36 Jahren verheiratet. Ich habe drei erwachsene Kinder, die studieren und einen ordentlichen Beruf erlernen wollen.

Ich bin derzeit im Kabinett von Bernhard Vogel als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst zuständig. Bis 1999 war ich Hochschullehrerin und in Lehre und Forschung an der Technischen Universität in Ilmenau tätig.

Demzufolge möchte ich gern für die nächsten Jahre in der Politik der CDU den Stellenwert von Forschung und Bildung als Grundlage für eine gesunde wirtschaftliche und geistige Entwicklung in unserer Gesellschaft darstellen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir uns bewusst werden, was unsere Werte für die Erziehung unserer Kinder bedeuten, und dass wir den Stellenwert der Bildung in unserem Land entsprechend stärken.

Das sind meine wesentlichen Ziele, aber selbstverständlich stehe ich mit meinem Lebenslauf für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bin prädestiniert, mich dafür einzusetzen, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft verwirklichen, die Familie weiterhin als das Fundament unserer Gesellschaft mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken und uns für die Werte des C in unserem Parteinamen verstärkt einsetzen.

Ich stehe ferner für die Politik in den neuen Bundesländern. Wir müssen die neuen Bundesländer in wirtschaftlicher Hinsicht stärken. Ich möchte aber auch die Probleme, die nach wie vor beim Zusammenwachsen von Ost und West entstehen, aus meiner Sicht im Präsidium mit lösen helfen.

Ich werde mich in den nächsten Jahren ganz intensiv gegen eine rot-grüne Politik wehren, die jetzt einen Angriff auf den Mittelstand, die Familie und das Eigentum macht. Wir haben das 40 Jahre lang erlebt und sind nicht bereit, das noch einmal hinzunehmen. Wir werden uns mit unserer Politik dafür einsetzen, dass unserem Land eine gute Zukunft bevorsteht. – Vielen Dank.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Schipanski.

Jörg Schönbohm, bitte.

Jörg Schönbohm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jörg Schönbohm, 65 Jahre alt, seit 42 Jahren verheiratet, drei Kinder, fünf Enkelkinder.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben mich vor zwei Jahren in das Präsidium gewählt. Die Arbeit hat mir viel Spaß gemacht. Ich möchte meine Berufs- und Lebenserfahrung in diese Arbeit einbringen, damit unsere Kinder und Kindeskinde eine Perspektive in unserem wiedervereinigten Vaterland haben. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit eine große Geschlossenheit an den Tag legen und deutlich machen, was uns von der SPD unterscheidet. Ich möchte mich auch dafür einsetzen – ich bin in Brandenburg geboren, in Westdeutschland groß geworden und jetzt wieder zu Hause -, dass die innere Einheit Deutschlands weiter vollendet wird. Dazu müssen wir alle gemeinsam Hand anlegen. Wenn es darauf ankommt, bin ich auch bereit, gemeinsam mit Frau Merkel Silber zu putzen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Herr Schönbohm, ich danke Ihnen. – Ich gehe davon aus, dass die Landesgeschäftsführer die orangefarbenen Stimmzettel im Organisationsbüro inzwischen abgeholt haben. Deswegen können wir jetzt so langsam in den Wahlgang eintreten. Es gibt acht Kandidaten für sieben Positionen als Präsidiumsmitglieder. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden, also vier; höchstens natürlich nur sieben, denn es dürfen nur so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Denken Sie bitte auch – ich will jetzt nicht alles vorlesen – an das Frauenquorum von einem Drittel, in diesem Fall zwei. Damit sind die Regularien klar. Hat jetzt jeder hier im Saal einen orangefarbenen Stimmzettel? – Gibt es jemanden, der noch keinen hat? – Es scheint klar zu sein, dass jeder einen hat. Damit eröffne ich den Wahlgang und bitte Sie zu wählen.

Sind jetzt alle Stimmzettel für die Wahl der sieben Präsidiumsmitglieder abgegeben worden? Wer noch einen Stimmzettel abzugeben hat, möge bitte den orangefarbenen hochhalten. – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich diesen Wahlgang und bitte die Stimmzähler, die Stimmen auszuzählen.

Ich gebe jetzt das Präsidium an Herrn Koch zur Bekanntgabe der Ergebnisse zur Wahl des Stellvertreters und des Bundesschatzmeisters ab.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt zunächst das soeben eingetragene Wahlergebnis für die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt: Abgegebene Stimmen 955. Ungültige Stimmen 3. Enthaltungen 3. Gültige Stimmen damit 949. Das bedeutet, dass die erforderliche Mehrheit 475 Stimmen beträgt. Es wurden für Dr. Christoph Böhr 598 Stimmen abgegeben;

(Vereinzelt Beifall)

für Dr. Jürgen Rüttgers 599 Stimmen, für Frau Dr. Annette Schavan 891 Stimmen

(Vereinzelt Beifall)

und für Dr. Christian Wulff 837 Stimmen.

(Beifall)

Ich stelle damit fest, dass alle vier vorgeschlagenen Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl erreicht haben. Die Satzung gebietet es, darauf hinzuweisen, dass das Frauenquorum erreicht ist, da auch eine Frau gewählt wurde; die Wahl ist somit gültig. Ich frage die vier, ob sie die Wahl annehmen. Christoph Böhr?

(Dr. Christoph Böhr: Jawohl!)

Jürgen Rüttgers?

(Dr. Jürgen Rüttgers: Ja!)

Frau Dr. Schavan?

(Dr. Annette Schavan: Ja!)

Christian Wulff hat mir schon Ja gesagt. Damit sind alle vier gewählt und im Amt.

(Christian Wulff: Herzlichen Dank für das Vertrauen! Ich sage gerne Ja!)

Ich gebe Ihnen weiterhin das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt: Abgegebene Stimmen 820 – erlauben Sie mir die Bemerkung, dass wir hier eine sehr starke Fluktuation haben. Ungültige Stimmen 0. Enthaltungen 6. Gültige Stimmen 814. Die erforderliche Mehrheit beträgt 408 Stimmen. Diese Zahl hat Herr Dr. Peiner relativ locker erreicht. Auf ihn wurden 807 Stimmen und damit 99,14 Prozent der Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Mit Nein haben 7 Delegierte gestimmt. Herr Dr. Peiner, darf ich unterstellen, dass Sie die Wahl annehmen?

(Dr. Wolfgang Peiner: Ja!)

Dann gratuliert der Bundesparteitag auch Ihnen zur Wahl in dieses schwere Amt und dankt Ihnen, dass Sie es weiter ausüben. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt an Christian Wulff für die weiteren Wahlen.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Um den Parteitag zügig weiterzuführen, wollen wir jetzt in die Vorstellung der Kandidaten für die Beisitzerpositionen im Bundesvorstand eintreten, auch wenn wir damit rechnen, dass einer derer, die für den Mitgliedsposten im Präsidium kandidiert haben, hier noch hinzukommen wird. Innerhalb der heute Morgen beschlossenen Frist – elf Uhr – sind insgesamt 27 Vorschläge für die 26 Beisitzerpositionen im Bundesvorstand eingegangen. Dabei ist auch fristgemäß der Vorschlag des Delegierten Christian Jung für Frau Barbara Wnuk-Lipinski neben den Vorschlägen der Landesverbände und -vereinigungen, die ebenfalls bis zu dieser Frist vorgelegen haben, eingegangen.

Wir möchten nun allen Kandidaten Gelegenheit geben, sich den Delegierten kurz vorzustellen. Es wäre nett, wenn sich jeweils der im Alphabet Nächste und der Übernächste bereits hier vorne bereithielten, da wir eine Vielzahl von Kandidaten haben. Ich bitte daher auch die Kandidaten, im eigenen Interesse, gewählt zu werden, die Redezeit von zwei Minuten nicht zu überschreiten. In alphabetischer Reihenfolge wäre der Erste bei der Kandidatenvorstellung der Landesvorsitzende der CDU Thüringen, Dieter Althaus.

(Vereinzelt Beifall)

Dieter Althaus: Mein Name ist Dieter Althaus, ich bin 44 Jahre, verheiratet, wir haben zwei Mädchen.

Vor zwei Tagen konnten wir uns an den Fall der Mauer vor 13 Jahren erinnern. Die Union war die Partei, die über Jahrzehnte an der Idee der Wiedervereinigung festgehalten hat. Das hat mir damals den Mut gegeben, mich politisch zu engagieren. Ich bin heute Landesvorsitzender der CDU Thüringen, einem wunderschönen Land in der wiedervereinigten Mitte Deutschlands.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will diese Arbeit fortsetzen, aber ich will auch dafür Sorge tragen, dass in Deutschland wieder eine Partei regiert, nämlich die Union, die immer die Wiedervereinigung wollte, sie dann gestaltet hat und dazu beigetragen hat, dass wir in unserem Vaterland ein gutes Stück vorangekommen sind. Ich will dafür Sorge tragen, dass die Schere endlich wieder zusammengeht und die Einheit gestaltet wird und nicht wie derzeit auf dem Jahrmarkt einer neuen sozialistischen Ideologie geopfert wird.

(Vereinzelt Beifall)

Geben Sie mir Ihr Vertrauen, dass wir in Thüringen stabil bleiben und in Deutschland wieder als Union in die Führung kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dieter Althaus. – Als Nächste die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Frau Professor Dr. Maria Böhmer aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Liebe Delegierte! Mein Name ist Maria Böhmer, ich bin 52 Jahre alt, komme aus der Pfalz und vertrete seit dieser Legislaturperiode einen neuen Wahlkreis, nämlich Ludwigshafen-Frankenthal.

Ich bin seit einem Jahr Bundesvorsitzende der Frauen-Union und alle, die mich kennen, wissen, dass ich gerne für die Anliegen der Frauen kämpfe. Deshalb habe ich mich in der letzten Legislaturperiode mit großer Kraft dafür eingesetzt, dass es nicht zur Abschaffung der Witwenrente kam, sondern die soziale Sicherung der Frauen erhalten worden ist. Ich werde dafür kämpfen, dass sie besser ausgebaut wird, weil die Anerkennung von Frauen, gerade im Bereich der Kindererziehung, mehr Würdigung bedarf.

(Vereinzelt Beifall)

Ich trete auch dafür ein, dass wir einer SPD-Regierung Paroli bieten, die die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ beansprucht. Als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion will ich das klar zur Geltung bringen, genauso wie ich in der Bioethik-Debatte das einbringen will, was unser Menschenbild ausmacht: Die Würde des Menschen muss Vorrang für uns alle haben. Wir müssen sie mit einer Forschung verbinden, die Grenzen achtet.

Ich möchte in diesem Sinne im Bundesvorstand der CDU arbeiten und bitte Sie herzlich um Ihr Vertrauen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Böhmer. – Als Nächste Regina van Dinther, Landesverband Nordrhein-Westfalen und Frauen-Union.

Regina van Dinther: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Regina van Dinther, ich bin 44 Jahre alt und von Beruf Bekleidungsingenieurin. Ich war zehn Jahre in meinem Beruf tätig, bevor ich vor zwölf Jahren in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt wurde.

Ich habe die Politik von der Pike auf gelernt. Ich bin mit 14 Jahren eingestiegen, mit 19 Jahren hatte ich mein erstes Amt. Momentan bin ich Landesvorsitzende der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion. Ich bin zudem noch CDU-Vorsitzende in meiner Heimatstadt, in Hattingen, denn an der Basis werden die Wahlen entschieden und deshalb muss man sich dort stellen und um die Stimmen kämpfen.

Ich habe meinen Mann in der Jungen Union kennen gelernt. Das ist sehr günstig, weil ich so den Rücken frei habe. Wir haben zwei Kinder, die jetzt zwölf und zehn Jahre alt sind. Da braucht man Hilfe und einen freien Rücken, wenn man in der Politik ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte mithelfen, dass es die CDU in den nächsten Jahren schafft, auch die Herzen der Menschen wieder zu erreichen. Ich glaube, den Verstand haben wir bei der letzten Wahl schon erreicht, aber wir haben gesehen, dass es im allerletzten Mo-

ment doch noch schief gegangen ist. Ich möchte mithelfen, dass wir die Herzen erreichen. Es darf uns nicht wieder passieren, dass Flut oder Kriegsangst die Wählerinnen und Wähler von der CDU wegtreiben. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau van Dinther. – Als Nächste Tanja Gönner aus dem Landesverband Baden-Württemberg, vorgeschlagen von der Jungen Union und der Frauen-Union.

Tanja Gönner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Tanja Gönner, ich bin 33 Jahre alt und komme aus dem Land, das für sich mit dem Slogan wirbt: „Wir können alles außer Hochdeutsch“. Ich bin seit dem 22. September dieses Jahres als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen im Deutschen Bundestag. Ich bin von Haus aus Rechtsanwältin, Partnerin in einer Anwaltskanzlei, die sich auf Insolvenzrecht spezialisiert hat, der einzige Bereich, in dem Rot-Grün es geschafft hat, dass es boomt.

Ich war bis Oktober dieses Jahres stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union und bin seit einem Jahr CDU-Kreisvorsitzende. Vor zwei Jahren bereits haben Sie mich in Essen in diesen Bundesvorstand gewählt.

Wir haben darüber gesprochen, dass wir im vorpolitischen Raum wieder aktiv werden müssen. Wir waren als CDU immer die Partei, die in den Vereinen Verantwortung übernommen hat, und haben dies in den letzten Jahren etwas vernachlässigt. Ich bin heute Vorsitzende in einem Sportverein, einem Volleyballverein, dessen erste Männermannschaft in der Volleyballbundesliga spielt. Ich möchte in den nächsten zwei Jahren dafür Sorge tragen, dass wir im vorpolitischen Raum als CDU wieder unsere Verwurzelung finden und vertiefen, und bitte Sie deswegen um Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Gönner. – Als Nächste Frau Dr. Regina Görner, Sozialministerin des Saarlandes, vorgeschlagen von den Sozialausschüssen und der Frauen-Union.

Dr. Regina Görner: Guten Tag, meine Damen und Herren! Regina Görner, 52 Jahre alt. Ich komme aus der christlich-sozialen Bewegung, aus der KAB, aus ver.di. Ich bin 1968 in CDU und CDA eingetreten, weil ich der Meinung war, die Soziale Marktwirtschaft sei das Konzept der Zukunft, und ich bin noch immer dieser Meinung.

Ich bin von Hause aus Historikerin und habe in der Forschung, in der Politikberatung und in den Gewerkschaften gearbeitet. Zuletzt war ich Bundesvorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit drei Jahren bin ich im Kabinett von Peter Müller. Ich freue mich, wenn ich weiter im Bundesvorstand mitarbeiten kann. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Görner. – Als Nächster Peter Jacoby, Vorschlag des Landesverbandes Saar, Finanzminister des Saarlands.

Peter Jacoby: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Peter Jacoby, ich komme aus Saarbrücken, bin 51 Jahre alt und gehöre seit drei Jahren als Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten der saarländischen Landesregierung an. Zuvor war ich fünf Jahre Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Ich denke, dass dies heute ein guter Tag für die Union insgesamt ist. Es ist deshalb ein guter Tag für die Union insgesamt, weil wir alles andere als schlechte Wahlverlierer sind, weil wir die Rolle der Opposition kraftvoll und entschlossen annehmen und weil wir uns auf die wesentlichen Fragen konzentrieren, die, in der Breite der Bevölkerung entsprechend, jetzt kritisch diskutiert werden, etwa die Frage der desaströsen, völlig unglaublichen Steuer-, Abgaben-, Finanz- und Haushaltspolitik.

Um eines will ich mich zusätzlich kümmern, meine Damen und Herren: Ich will mithelfen, dass es Rot-Grün nicht gelingt, einen Keil in uns als Union zu treiben, etwa im Blick auf den Bundesrat. Ich will mithelfen, dass es gelingt, die Geschlossenheit der Union in Bund und Ländern aufrechtzuerhalten. Ich bitte um Ihr Vertrauen und um Ihre Zustimmung. Ich füge hinzu: Es gilt, die ganze Breite unserer politischen Philosophie anzusprechen. Bei allem, was wir im Blick auf den Weg aus der Opposition in die Regierung diskutieren, bei allem, was wir im Blick auf Veränderungen und Zukunft diskutieren, Kompass bleibt das christliche Menschenbild. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jacoby. – Als Nächster Dr. Franz-Josef Jung aus dem Landesverband Hessen, anschließend Karl-Josef Laumann. – Franz-Josef, bitte.

Dr. Franz-Josef Jung: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Franz-Josef Jung, ich bin 53 Jahre alt, davon 30 Jahre glücklich verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Hessen.

Meine Freunde, ich bewerbe mich um eine Wiederwahl in den Bundesvorstand, um weiterhin einen Beitrag zu einer klar werteorientierten Politik der CDU in Deutschland und zu einem weiteren Aufschwung der CDU in Deutschland am 2. Februar in Hessen leisten zu können.

Meine Freunde, ich möchte auch in meiner Funktion als Vorsitzender des Freundeskreises im Fernsehrat des ZDF im Bundesvorstand dazu beitragen, dass wir uns wieder mehr um die Medienpolitik kümmern, weil ich schon denke, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass eine derartige teilweise einseitige Berichterstattung, wie sie im Rahmen der Bundestagswahl stattgefunden hat, in Zukunft so nicht mehr durchgehen kann. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franz-Josef Jung.

Als Nächster Karl Josef Laumann aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Karl Josef Laumann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Karl Josef Laumann, ich bin 45 Jahre, verheiratet, wir haben drei Kinder.

Mein Werdegang war, beruflich gesehen, dass ich Maschinenschlosser gelernt habe, immer aktiv war in der katholischen Arbeiterbewegung. Ich gehöre seit einigen Jahren, seit 1990, dem Deutschen Bundestag an. In den letzten zwei Jahren war ich dort Sprecher für Arbeit und Soziales, und ich habe jetzt, nach der Bundestagswahl, die wunderschöne Aufgabe, die Arbeitsgruppe Arbeit und Wirtschaft unserer Fraktion zu leiten.

In den letzten zwei Jahren habe ich im Bundesvorstand wesentlich, so denke ich, daran mitgearbeitet, dass wir in den Fragen der Generationengerechtigkeit, der Sozialpolitik überhaupt, aber auch des Arbeitsrechts einige neue Positionen entwickelt haben, die wir in unserer Partei zwischen ihren verschiedenen Flügeln auch einigermaßen einmütig formulieren konnten.

Ich möchte auch in den nächsten zwei Jahren daran gerne weiterarbeiten, denn viele Antworten, die wir bis zum Wahlkampf gefunden haben, waren in einigen Punkten noch ein wenig oberflächlich. Die müssen weiter entwickelt werden. Wir müssen Antworten finden, damit die jetzt Älteren, die auf die Systeme vertraut haben, weiter auf die Systeme vertrauen, aber wir müssen auch den Jüngeren die Perspektive geben, dass sie, wenn sie ein langes Leben lang gearbeitet haben, auch eine Sicherung haben.

Daran möchte ich gerne in den nächsten zwei Jahren auch im Bundesvorstand mitarbeiten, auch ein Stück weit daran, dass wir das, was wir in der Fraktion in der Arbeitsgruppe Arbeit und Wirtschaft, wo die Wirtschaftspolitiker und die Sozialpolitiker jetzt gemeinsam Politik formulieren müssen, erarbeiten, in die Partei einbringen. Dafür bitte ich Sie schlicht und ergreifend um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl Josef Laumann. Das ist der Kandidat unserer Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Als Nächster Dr. Helmut Linssen, Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtages.

Dr. Helmut Linssen: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Mein Name ist Helmut Linssen. Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet seit 32 Jahren, eine Tochter und drei Enkelkinder.

Ich bin Vizepräsident des Landtages in Nordrhein-Westfalen und selbstständiger Unternehmer.

Ich möchte gern mit Ihrer Hilfe und Ihrer Unterstützung weiter daran mitarbeiten, dass das wirtschaftspolitische Profil der CDU gestärkt wird und dass wir vermehrt Klartext sprechen und dadurch immer mehr an Glaubwürdigkeit gewinnen. Dafür bitte ich um Ihr erneutes Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Linssen.

Als Nächste Frau Maria Michalk aus dem Landesverband Sachsen, gleichzeitig vorgeschlagen von der Frauen-Union.

Maria Michalk: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Maria Michalk, Jahrgang 1949, seit 30 Jahren verheiratet; wir haben drei Kinder. Ich bin katholisch und komme aus der unverwechselbaren zweisprachigen Oberlausitz. Dort bin ich seit zehn Jahren CDU-Kreisvorsitzende und habe in den letzten Jahren beruflich als Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens gearbeitet.

Mit diesen Erfahrungen ausgerüstet, wollte ich mich um ein Mandat für den Deutschen Bundestag bemühen. Das ist mir am 22. September gelungen. Ich vertrete jetzt das Direktmandat für den Wahlkreis Bautzen/Weißwasser.

(Beifall)

In diesem Sinne habe ich gedacht, ich kann zukunftsweisende Politik für unsere Kinder machen. Da habe ich mich aber geirrt, weil man bei diesem rot-grünen Wirrwarr, wie wir bei uns zur Planwirtschaft sagen, den Finger nur in die heißen Wunden legen kann. Deshalb freue ich mich auch auf eine kräftige Oppositionspolitik.

Wenn Sie mir Ihr Vertrauen erneut geben – ich bin bereits im CDU-Bundesvorstand -, dann haben Sie jemanden darin, der aus dem südöstlichsten Teil unseres Landes kommt, was die so genannte Euroregion Deutschland/Tschechien/Polen angeht. Was die mentale und sprachliche Verwandtschaft angeht, glaube ich, dass ich als Sorbin in den europäischen Einigungsprozess eine Menge einbringen kann. Dafür werbe ich um Ihre Stimme.

Zuletzt möchte ich mich an dieser Stelle bei Ihnen allen sehr herzlich für das bedanken, was in den letzten Wochen und Monaten nach der furchtbaren Flutkatastrophe in Sachsen passiert ist. Die unendliche Solidarität hat gezeigt, welche Kraft in diesem Land steckt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Michalk.

Als Nächster spricht Herr Dr. Dirk Notheis, vorgeschlagen vom Landesverband Baden-Württemberg.

Dr. Dirk Notheis: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Dirk Notheis, ich bin 34 Jahre alt und gehöre dem Landesverband Baden-Württemberg an. Ich bin dort seit acht Jahren Mitglied im CDU-Landesvorstand und war von 1994 bis 1999 fünf Jahre lang Landesvorsitzender der Jungen Union.

Nach Grundwehrdienst und Studium von Betriebswirtschaft, Politik und Philosophie bin ich ins Bankgeschäft gewechselt, jetzt im neunten Jahr, und bin momentan in leitender Funktion für eine große US-amerikanische Bank mit Sitz in Frankfurt tätig.

Ich kandidiere hier und heute auch vor dem Erfahrungshintergrund eines Mitarbeiters eines amerikanischen Unternehmens, um ein Zeichen zu setzen für eine Freundschaft, der wir als Deutsche – das sollten wir nie vergessen – viel zu verdanken haben, eine Freundschaft, die von dieser Bundesregierung in den letzten Wochen und Monaten auf die schändlichste Art und Weise mit Füßen getreten wurde,

(Beifall)

ein Verhalten, das im Übrigen nicht von ungefähr kommt. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass dieser unser Kanzler in seiner Zeit, als er hier in Hannover Verantwortung getragen hat, gerade ein einziges Mal seinen Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt hat, nämlich als er sich für die Lopez-Affäre bei General Motors entschuldigen musste. Im gleichen Zeitraum allerdings – und das ist bezeichnend – hat derselbe Bundeskanzler, damals Ministerpräsident, zweimal niemand anderem als Fidel Castro auf Kuba seine Aufwartung gemacht. Das ist die wahre Gesinnung dieses Kanzlers!

Ich denke, es ist wichtig für die Union, ein klares Ausrufezeichen gegen Antiamerikanismus zu setzen. Dafür möchte ich mich im Bundesvorstand einsetzen und möchte über die finanz- und wirtschaftspolitischen Dinge mit diskutieren. Ich würde mich über Ihr Vertrauen sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Notheis.

Als Nächster spricht Dr. Friedbert Pflüger, vorgeschlagen vom Landesverband der CDU in Niedersachsen.

Dr. Friedbert Pflüger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine Name ist Friedbert Pflüger, ich bin 47 Jahre alt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. In der letztgenannten Funktion möchte ich zunächst einmal alles tun, damit am 2. Februar Christian Wulff Ministerpräsident in Niedersachsen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne meine Arbeit im Vorstand fortsetzen und dabei besonders zur Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik der CDU beitragen. Wir leben in einer Zeit, die von neuen Gefahren und Herausforderungen gekennzeichnet wird. Insbesondere der islamistische Terrorismus bedroht unsere Sicherheit. Im Lichte dieser Bedrohung ist es sehr wichtig, dass wir unsere deutschen Interessen definieren, dass diese Definition aber nicht zu einem deutschen Sonderweg führt, sondern im Gegenteil zu einer Stärkung der verlässlichen Partnerschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber unseren europäischen und atlantischen Partnern. In diesem Sinne möchte ich zu einer verlässlichen und berechenbaren Außenpolitik der Christlich Demokratischen Union beitragen. Ich bitte Sie herzlich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger.

Als Nächste spricht Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl aus dem Landesverband der CDU in Niedersachsen.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Vielen Dank, Christian Wulff! – Meine Damen und Herren, wie Sie jetzt gleich hören werden, bin ich in Belgien geboren. Ich bin eingebürgerte Deutsche, wohne hier seit etwa 30 Jahren; aus Liebe bin ich hiergeblieben. Wir sind Eltern von vier Kin-

dern, und ich bin Mitglied im Europäischen Parlament. Dort mache ich Forschungspolitik, Innovationspolitik, nicht nur, aber auch auf dem schwierigen, delikaten Feld der Biotechnologie.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir wieder Vertrauen schenken, umso mehr, als hier in Niedersachsen jetzt von einem Wahlkampf nahtlos in den nächsten gegangen wird. Wir möchten gestärkt herauskommen, sodass Christian Wulff hier Ministerpräsident wird. – Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Godelieve Quisthoudt-Rowohl.

Als Nächster Eckhardt Rehberg, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Eckhardt Rehberg: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Mein Name ist Eckhardt Rehberg, 48 Jahre, verheiratet, zwei Kinder.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sind am 22. September sicherlich nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen. Aber dieser Tag hat gezeigt, dass man Wahlen nur in ganz Deutschland gewinnen kann. Ich denke, wir müssen in den neuen Bundesländern ein Stück weit lernen, dass es insbesondere darauf ankommt, zu den Menschen hinzugehen. Es reicht nicht aus, klassische Veranstaltungen durchzuführen. Sozialkompetenz erwirbt man vielmehr dadurch, dass man sich engagiert, vor allem in Verbänden. Das ist bei uns vielleicht schwieriger als im Süden.

Ich habe an alle in der CDU ganz einfach die herzliche Bitte, in den nächsten vier Jahren in unserer Partei daran zu denken, dass der Aufbau Ost Herzenssache sein muss. Liebe Freunde, wir werden in vier Jahren nur dann gemeinsam Erfolg haben, wenn der Aufbau Ost nicht Nebensache, nicht Chefsache, sondern für uns Herzenssache ist. Ich gehe davon aus, dass wir diese Chance gemeinsam haben.

Ich möchte im Bundesvorstand die nächsten zwei Jahre auf Grund meiner Erfahrung klar machen, dass eine Regierungskoalition aus SPD und PDS nicht die Zukunft für die neuen Länder ist, sondern dass uns nur die Union in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland voranbringen kann. Ich bitte um Ihr Vertrauen. Danke sehr.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckhardt Rehberg, der vom Landesverband der CDU Mecklenburg-Vorpommerns vorgeschlagen worden ist.

Ich bitte Sie jetzt um Verständnis, dass wir die Vorstellung der Beisitzerkandidaten kurz unterbrechen. Damit die Stimmzettel gedruckt und verteilt werden können, ist die Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahlen der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums erforderlich; denn einer der Kandidaten konnte nicht gewählt werden und wurde nicht gewählt. Er wird aber vermutlich dann als Beisitzer für den Bundesvorstand kandidieren.

Ich gebe also das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bekannt. Abgegebene Stimmen 940. Ungültige Stimmen 4, Enthaltungen 0. Gültige Stimmen 936. Die erforderliche Mehrheit beträgt damit 469 Stimmen.

Für Hermann-Josef Arentz wurden 524 Stimmen abgegeben, das entspricht 55,98 Prozent. Auf Roland Koch entfielen 806 Stimmen; 86,1 Prozent.

(Beifall)

Auf Friedrich Merz entfielen 876 Stimmen; das entspricht 93,59 Prozent.

(Beifall)

Auf Hildegard Müller entfielen 594 Stimmen; das macht 63,46 Prozent. Auf Peter Rauen entfielen 406 Stimmen; das entspricht 43,38 Prozent. Auf Dr. Wolfgang Schäuble entfielen 666 Stimmen; das entspricht 71,15 Prozent.

(Beifall)

Auf Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski entfielen 745 Stimmen; das entspricht 79,59 Prozent. Auf Jörg Schönbohm entfielen 527 Stimmen; das entspricht 56,30 Prozent.

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt sieben weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter zwei Frauen, gewählt. Damit ist auch das Frauenquorum erreicht, der Wahlgang somit gültig. Gewählt wurden Hermann-Josef Arentz, Roland Koch, Friedrich Merz, Hildegard Müller, Dr. Wolfgang Schäuble, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski und Jörg Schönbohm.

Ich darf die sieben Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Hermann-Josef Arentz? – Er nimmt die Wahl an.

Roland Koch? – Er nimmt die Wahl an. Er ist gerade hinter der Bühne, aber er hat mir versichert, dass er die Wahl annimmt. Bei diesem bombastischen Ergebnis wird er die Wahl umso erfreuter annehmen.

Friedrich Merz? – Er nimmt die Wahl an.

Hildegard Müller? – Sie nimmt die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch jeweils.

Dr. Wolfgang Schäuble? – Er nimmt die Wahl an.

Frau Professor Schipanski? – Sie nimmt die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch.

Jörg Schönbohm? – Er nimmt ebenfalls die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch.

Ich darf allen Gewählten im Namen des Parteitages gratulieren.

Ich darf Peter Rauen fragen, ob er als Beisitzer für den Bundesvorstand kandidiert, wovon sicherlich alle ausgehen. – Peter Rauen ist dann noch auf der Liste der Kandidaten zu ergänzen, die sich als Beisitzer zur Wahl stellen. Er muss sich sicherlich nicht vorstellen, weil er das gerade erst getan hat.

Wir fahren jetzt mit den Vorstellungen der Kandidaten fort. Das Wort hat Frau Katherina Reiche aus dem Landesverband Brandenburg, auch Kandidatin der Jungen Union und der Frauen-Union. Katherina, du hast das Wort.

Katherina Reiche: Meine Damen und Herren! Katherina Reiche, ich komme aus Potsdam, ich bin 29 Jahre alt, evangelisch. Von Beruf bin ich Chemikerin und Gesellschafterin in unserem Familienunternehmen. Seit August dieses Jahres sind wir stolze Eltern zweier süßer Töchter.

Seit 1992 bin ich in der Jungen Union, seit 1996 in der CDU. Ich vertrete seit 1998 den Wahlkreis Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Im Kompetenzteam von Edmund Stoiber war ich für die Bereiche Familie, Frauen und Jugend zuständig. Mir hat diese Aufgabe sehr viel Spaß gemacht. Ich habe viele Erfahrungen sammeln können. Ich habe erfahren, was Menschen, was Familien denken, was sie von der Politik erwarten. Ich habe aber auch viel über meine eigene Partei gelernt.

In der Bundestagsfraktion bin ich als Sprecherin für Bildungs- und Forschungsfragen zuständig. PISA, TIMMS und die OECD-Studie haben Deutschlands Schulen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Allerdings hat PISA auch deutlich gemacht, dass Schüler aus unionsgeführten Ländern bessere Chancen haben als Schüler aus SPD-geführten Ländern. Wir können es uns nicht weiter leisten, dass Schüler aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Brandenburg schlechtere Chancen haben als ihre Kollegen aus Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen. Wenn die SPD es von 8 bis 13 Uhr nicht schafft, vernünftige Bildungspolitik zu machen, so wird sie es von 8 bis 16 Uhr auch nicht schaffen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Wissenschaft von heute ist die Technik von morgen und die Technik von morgen ist das Brot von morgen. Insofern möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, das Brot von morgen zu sichern. Seit zwei Jahren arbeite ich im Bundesvorstand, auch mit Blick auf Forschung und Innovationen. Ich möchte diese Arbeit gerne mit Ihrer Unterstützung fortsetzen. Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Katherina Reiche.

Bevor sich Andreas Renner vorstellt, bitte ich die Landesgeschäftsführer, ihre Wahlzettel für die Wahl der Beisitzer in der Organisationsleitung abzuholen, damit es nicht wieder zu solchen Verzögerungen kommt wie eben.

Als Nächster stellt sich Andreas Renner vor, Landesverband Baden-Württemberg.

Andreas Renner: Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Andreas Renner. Ich bin 43 Jahre alt, verheiratet. Ich bin seit neun Jahren Oberbürgermeister in Singen. Ich bin im letzten Jahr als Oberbürgermeister in einer Industrie- und Arbeiterstadt trotz Gegenkandidat mit 81 Prozent wiedergewählt worden. Ich bin Mitglied im Präsidium der CDU Baden-Württemberg und Landesvorsitzender der KPV.

Ich kandidiere heute als einziger hauptamtlicher Kommunalpolitiker und möchte deshalb natürlich in ganz besonderem Maße die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unserer Partei vertreten.

Der Kollege aus Hannover hat heute morgen die Falschen angesprochen, als er gesagt hat, wir müssten uns mehr um die Kommunen kümmern. Das soll er bitte seiner Partei sagen, die uns gerade in unserer kommunalen Selbstverwaltung ruiniert.

(Beifall)

Wir brauchen in den nächsten Jahren ein Aufbäumen der kommunalen Ebene, um deutlich zu machen, dass wir keine Chance haben, Menschen für die ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommune zu finden, wenn wir die Kommunalpolitik weiter so kaputt machen, wenn wir sie nur noch mit gesetzlichen Aufgaben überziehen und ihr dafür auch noch das Geld wegnehmen.

Für die kommunale Verankerung auch der CDU bitte ich um Ihre Stimme und um Ihr Vertrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Renner.

Als Nächste Erika Steinbach, von der OMV und der Frauen-Union vorgeschlagen.

Erika Steinbach: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Erika Steinbach, Jahrgang 1943, verheiratet. Ich habe meinen politischen Weg in Frankfurt am Main in der Kommunalpolitik begonnen. Dort war ich 13 Jahre lang Stadtverordnete. In der Kommunalpolitik liegt das Fundament jeder Politik. Vom Kanaldeckel bis zum Hochhaus, von der Kinderkrippe bis zum Altenheim – all das begegnet einem in der Kommunalpolitik. Das ist wichtig und elementar für unser Land.

Seit 1990 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an und habe dort mit großem Engagement Innenpolitik – Asylpolitik – und in den letzten vier Jahren Kulturpolitik gemacht.

Mein beruflicher Werdegang ist sehr heterogen. Daran sieht man die Bandbreite unserer Union. Ich habe mir mein Brot als Geigerin in einem Symphonieorchester mit Bach und Beethoven, Brahms, Tschaikowskij und Dvorák verdient; ich habe Rostropovitsch und Friedrich Gulda begleitet. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite bin ich Informatikerin und habe die hessischen Bibliotheken als Projektleiterin automatisiert. Als Mitglied des Kulturausschusses – das kann ich jetzt auch hinzufügen – habe ich mein Lebensmotto von Joseph von Eichendorff übernommen, das da lautet: „Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort, und die Welt hebt an zu singen, triffst du nur das Zauberwort.“

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Steinbach. Als Nächster hat der Vorsitzende der Berliner CDU, Professor Dr. Christoph Stölzl, das Wort.

Prof. Dr. Christoph Stölzl (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Christoph Stölzl, 58 Jahre alt und seit 35 Jahren mit einer schönen und klugen Frau verheiratet. Wir haben zusammen vier Kinder.

Ich bin Landesvorsitzender der CDU und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Die Berliner Union hat es zurzeit mit ihrem Neustart zwischen Rot im Kanzleramt und Rot-Rot im Roten Rathaus – das ist ein bisschen viel Rot auf einmal – ja nicht leicht. Darum brauchen wir Ihre Solidarität nicht im Sinne eines Notopfers für Berlin, sondern im Sinne eines kameradschaftlichen Schulterschlusses.

Noch etwas zum beruflichen Hintergrund. Als Historiker und Museumsdirektor habe ich 15 Jahre lang die Freude gehabt, an der europäisch gesinnten Kulturpolitik Helmut Kohls mitwir-

ken zu dürfen. Danach war ich Wissenschafts- und Kultursenator im Lande Berlin. Was das Tafelsilber betrifft, so würde ich mich als einen liberal-konservativen Silberschmied bezeichnen. Als überzeugter Atlantiker und Freund des C in unserem Parteinamen bitte ich herzlich um Ihr Vertrauen. Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium. Vielen Dank, Herr Professor Stölzl. Als Nächster hat Arnold Vaatz aus dem Landesverband Sachsen das Wort.

Arnold Vaatz: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 47 Jahre alt, evangelisch, habe vier Kinder und bin Diplom-Mathematiker. Bis 1998 war ich Umweltminister in Sachsen. Jetzt gehöre ich dem Deutschen Bundestag an.

Meine Damen und Herren, wir haben bei der letzten Bundestagswahl nur in wenigen Großstädten Direktmandate erobern können. Das muss sich deutlich ändern. Ich bin Vertreter eines Großstadtwahlkreises und in Dresden gewählt worden. Es ist uns gelungen, die beiden Direktwahlkreise in Dresden für die CDU zu gewinnen.

(Beifall)

Dass das keine Eintagsfliege war, können Sie heute der Tagespresse entnehmen. Der Landrat des Kreises Dresden Land – Meißen, unser CDU-Mann Ernst Steinbach, ist gestern mit 64 Prozent gewählt worden.

(Beifall)

Sie sehen, wir machen eine vernünftige Politik.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mich zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und mich mit dem Aufgabengebiet Aufbau Ost betraut. Dafür will ich alle meine Kräfte einsetzen. Das wird aber nur gelingen, wenn wir den Erfolg, den wir beispielsweise in Sachsen haben, vervielfältigen und wenn in Zukunft auch noch andere Länder ähnliche Erfolge aufzuweisen haben. Ich will alles dafür tun, dass wir in Ostdeutschland an einem Strang ziehen, dass wir miteinander und nicht gegeneinander arbeiten, dass wir das Ergebnis der letzten Bundestagswahl schnell vergessen lassen und dass Ostdeutschland wieder eine feste Bastion für die Partei der deutschen Einheit, die CDU, wird. Ich bitte um Ihr Vertrauen. Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arnold Vaatz. Als Nächster hat Dr. Bernhard Vogel, vorgeschlagen vom Landesverband Thüringen und Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, das Wort.

Dr. Bernhard Vogel (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich heiße Bernhard Vogel und komme aus Thüringen. Bevor ich um Ihr Vertrauen bitte, möchte ich mich dafür bedanken, dass ich vor zwei Jahren so viel Vertrauen gefunden habe. Ich habe in den letzten zwei Jahren versucht, der Partei dort, wo man meinte, ich könnte nützlich sein, zu dienen. Ich bin gerne bereit, das fortzusetzen, wenn Sie das möchten. Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernhard Vogel. Als Nächste hat Angelika Volquartz aus dem Landesverband Schleswig-Holstein das Wort. Sie wurde von der Frauen-Union zur Wahl vorgeschlagen.

Angelika Volquartz: Lieber Christian Wulff! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Angelika Volquartz, ich bin verheiratet und habe eine verheiratete Tochter. Viele Jahre lang war ich Realschulrektorin, und zwar an einer der größten Schulen in Schleswig-Holstein. Von 1992 bis 1998 war ich bildungspolitische Sprecherin im Landtag und seit 1998 bin ich Mitglied des Bundestages, wobei der Schwerpunkt meiner Arbeit im Wissenschaftsbereich liegt.

Meine Grundposition lässt sich mit dem Satz zum Ausdruck bringen: Leistung fordern und fördern. Dazu gehört, dass wir, gerade was die Leistung anbetrifft, was unsere jungen Familien anbetrifft, mehr Ganztagschulen und Ganztagsangebote unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung stellen. Ich sage an dieser Stelle aber auch sehr deutlich: keine Zwangsganztagsbeschulung. Die Entscheidung muss immer bei den Eltern liegen.

(Beifall)

Liebe Delegierte, ich komme aus Deutschlands nördlichster Großstadt, aus Kiel. Ich bin dort Kreisvorsitzende, aber in Zukunft soll es nicht nur das sein. Wir müssen die Großstädte – auch das ist eine besondere Aufgabe des Bundesvorstandes – wieder für uns gewinnen. Deshalb trete ich in Kiel im März 2003 als Oberbürgermeisterkandidatin an.

(Beifall)

Ich hoffe, wir schaffen es. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Volquartz. Als Nächster hat Matthias Wissmann, Landesverband Baden-Württemberg, das Wort.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin Matthias Wissmann, 53 Jahre alt, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg und seit wenigen Tagen neu gewählter Vorsitzender des Europaausschusses des Deutschen Bundestages.

Ich glaube, uns allen ist klar: Unser Land befindet sich in einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise. Heute ist die Kritik an den Fehlern der Regierung deutlich herausgearbeitet worden. Was wir sicher alle gemeinsam – Präsidium, Vorstand und die ganze Partei – in den nächsten beiden Jahren leisten müssen, ist, unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept noch klarer, noch überzeugender und noch präziser zu formulieren, damit es unseren politischen Gegnern im nächsten Wahlkampf als klare Alternative gegenübergestellt werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir alle gemeinsam – ich will dazu einen Beitrag leisten – an der Erarbeitung eines solchen Konzeptes mitwirken müssen. Je klarer unser Konzept ist, desto überzeugender ist unser Antritt bei der nächsten Bundestagswahl. Ich bitte sehr herzlich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Matthias Wissmann. Als Nächste hat Barbara von Wnuk-Lipinski, die RCDS-Bundesvorsitzende, das Wort.

Barbara von Wnuk-Lipinski: Guten Tag, meine Damen und Herren! Mein Name ist Barbara von Wnuk-Lipinski. Ich bin 26 Jahre alt, habe katholische Theologie studiert und bin die Bundesvorsitzende des Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Der RCDS kämpft an den Hochschulen für mehr Wettbewerb – gegen die Linken. Deutsche Abschlüsse müssen wieder an Qualität gewinnen. Leistung muss endlich wieder anerkannt werden, aber man muss von jungen Menschen auch wieder Leistung einfordern. Deshalb kandidiere ich für den Bundesvorstand der CDU, in den ich das Thema Bildung einbringen will.

Da ich weiß, dass mein Nachname sehr schwierig ist, darf ich Ihnen eine kleine Hilfe geben: Machen Sie Ihr Kreuzchen einfach bei Nummer 24 und Sie unterstützen mich. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau von Wnuk-Lipinski. Als Nächste Karin Wolff, Kultusministerin des Landes Hessen, auf Vorschlag des Landesverbandes Hessen und der Frauen-Union.

Karin Wolff: Meine lieben Freunde! Karin Wolff, 43 Jahre alt. Ich bin stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Hessen. Ich habe seit 1999 die sehr schöne Chance, als Kultusministerin im Lande Hessen mit dem aufzuräumen, was uns eine jahrzehntelange Bildungspolitik der Sozialdemokraten übrig gelassen hat. Wir versuchen dies mit ganzer Kraft. Ich glaube, dass das gelingt. Wir müssen daran sehr schnell und sehr stramm arbeiten. Denn die Schülerinnen und Schüler, die jetzt in der Schule sind, haben eine bessere Bildung verdient. Wir haben noch sehr viel zu tun. Deswegen kämpfen wir mit aller Kraft dafür, dass wir im Februar in Hessen ein zweites Mal in eine Regierung gewählt werden, die von FDP und CDU gestellt wird.

Liebe Freunde, wir haben das C in der Partei. Wir wollen dieses C aber nicht nur im Namen der Partei führen, sondern wollen in unserem Kreis Menschen, die im Bereich der Kirche engagiert sind. Ich versuche, dieses Engagement – auch wenn es schwierig ist – immer wieder aufrechtzuerhalten. Ich bin nach wie vor Synodale in meiner Landeskirche, in Hessen und Nassau, und möchte auch von daher weiterhin dafür sorgen, dass das Gespräch zwischen der CDU und unseren Kirchen konstruktiv bleibt. Herzlichen Dank.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karin Wolff. Als Nächste Elke Wülfing, vorgeschlagen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und von der Frauen-Union.

Elke Wülfing: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Elke Wülfing. Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet. Ich habe drei Kinder und einen nagelneuen Enkelsohn. Zudem bin ich CDU-Bezirksvorsitzende im Münsterland. Als solche würde ich mich als moderne Konservative bezeichnen.

Ich möchte gerne für den CDU-Bundesvorstand kandidieren. Denn ich bin es absolut leid, dass die rot-grüne Bundesregierung Chaos in diesem Land veranstaltet und konzeptionslos durch die Gegend läuft. Ich möchte gerne mithelfen, dass die CDU eine moderne, wertgebundene Programmatik dagegensetzt.

Ich denke, mit einem Bundestagswahlergebnis von 51,1 Prozent weiß ich, wie man das macht. Ich glaube, es ist relativ einfach: Wir behalten unsere Werte und unsere Grundüberzeugungen und öffnen uns trotzdem neuen Wählerschichten. Von Wählerworten in meinem Wahlkreis lernen heißt siegen lernen. Ich denke, das sollten wir alle gemeinsam versuchen. Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wülfing. Als Nächster der Kandidat der Jungen Union Deutschlands, Hendrik Wüst, aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Hendrik Wüst: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Lieber Christian Wulff! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hendrik Wüst, 27 Jahre alt. Ich bin der Kandidat der Jungen Union. Meine Heimat ist Rhede, ein kleiner Ort in Westfalen. Dort bin ich Stadtrat seit meinem 19. Lebensjahr, dort habe ich lange Jahre Handball gespielt. Im Handballsport lernt man Austeilen und Einstecken, aber man lernt vor allem Teamgeist. Alles drei sind Tugenden, die in der Politik wichtig sind. Ich bin seit nunmehr mehr als zwei Jahren Landesvorsitzender der Jungen Union in NRW. Auch wenn wir jetzt Großstadtpartei werden wollen, würde ich mich freuen, wenn Sie mir als jemand, der aus einem kleinen Ort kommt – auch wenn ich viel die Großstädte bereise – und sich als Kind vom Lande bezeichnet, Ihre Stimme geben würden. Wenn die Union meine Generation, die 89er-Generation, besser erreichen will, braucht sie Mut zur Wahrheit und Mut zur Klarheit – Mut zu den Wahrheiten, die uns Rot-Grün noch verschweigt.

Liebe Freunde, verehrte Damen und Herren, ich bin Hendrik Wüst und bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hendrik Wüst. Als Letzter in der Reihenfolge der 28 Kandidatinnen und Kandidaten Prof. Dr. Otto Wulff.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Ich heiße Otto Wulff, bin Jahrgang 1933 – verheiratet, zwei Kinder – und jetzt 50 Jahre Mitglied der CDU.

(Beifall)

Ich sage es auch an dieser Stelle – denn ich habe familiären Stolz und will das bekennen -: Mein Vater war Mitgründer der CDU.

Meine Freundinnen und Freunde, ich bin von der Senioren-Union vorgeschlagen worden, jener Vereinigung, auf die ich stolz bin, weil sie in den letzten Jahren und auch bei Wahlen bewiesen hat, dass sie für unsere Union kämpfen will. Das wollen wir, das will auch ich weiter tun.

Aber wir sagen auch: Wir wollen nicht nur Politik für die ältere Generation machen. Nein, wir wollen mehr. Wir wollen kämpfen für eine Gemeinschaft der Generationen, für Generationengerechtigkeit wie Generationenverantwortung. Denn wir sind eine Volkspartei von Alt und Jung; beide gehören zusammen.

Durch meine Position möchte ich den Menschen draußen im Lande, insbesondere den Älteren – die immer mehr werden und auf deren Stimme wir angewiesen sind -, klar machen, dass

wir sie selbstbewusst machen wollen, dass wir sie zu uns holen wollen und dass sie der Union, der Volkspartei von Jung und Alt, vertrauen und in ihr Heimat finden können. Dafür wollen wir, dafür will ich mit der Senioren-Union kämpfen.

Liebe Freundinnen und Freunde, jetzt kommt es darauf an, dass wir die nächsten Wahlen gewinnen. Und wir werden sie gewinnen! Ich werde mich dafür einsetzen, mit viel Kraft, mit sehr viel Temperament, Leistungsbereitschaft und Freude. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen, dass ich mit dieser Freude in der CDU für die Senioren-Union arbeiten kann. Dafür bitte ich Sie um Ihre Stimme. Ich verspreche Ihnen: Ich werde meine Pflicht tun. Herzlichen Dank für die Geduld, mit der Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Prof. Dr. Otto Wulff als Kandidat der Senioren-Union Deutschlands. Wir sind damit am Schluss der Vorstellung aller 28 Kandidatinnen und Kandidaten für die 26 Beisitzer.

Ich möchte an dieser Stelle den Vorsitzenden der CSU aus Bayern, unseren Freund Dr. Edmund Stoiber, ganz herzlich auf unserem Bundesparteitag begrüßen.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Dr. Stoiber, wir freuen uns sehr, dass Sie bei uns sind. Zwar sind Sie regelmäßiger Gast bei uns, aber dieses Mal freuen wir uns ganz besonders. Denn der Bundestagswahlkampf mit Ihnen hat sehr viel Spaß gemacht und viele Erfolge gebracht – auch wenn es am Ende ganz knapp nicht gereicht hat.

Wir danken Ihnen aber auch dafür, dass Sie uns die Gelegenheit geben, den Wahlgang für die Wahl der Beisitzer noch durchzuführen.

Alle Landesgeschäftsführer haben die Stimmzettel. Frau Professor Böhmer wird noch einige Erläuterungen zum Wahlverfahren geben. Sie sollten sich also mit den Stimmzetteln ausstatten. Frau Böhmer sagt nun noch etwas zur satzungsrechtlichen Technik.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich darf einiges zum Verfahren sagen:

Die großen grünen Stimmzettel liegen bei den Landesgeschäftsführern. Ich gehe davon aus, dass sie jetzt ausgeteilt werden.

Gemäß § 43 Abs. 3 unseres Statuts müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten, also mindestens 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, das heißt 26. Ich sage es noch einmal für alle: Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten.

Stimmzettel, auf denen den aufgedruckten Namen andere Namen hinzugefügt werden, sind ungültig.

Ich glaube, ich brauche nicht mehr allzu sehr an das Quorum zu erinnern. Das Verfahren ist Ihnen allen bekannt. Bei 26 Personen, die gewählt werden, bedeutet es, dass mindestens

neun Frauen gewählt werden müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Bei anderen Ergebnissen würde es entsprechend umgerechnet. Würde das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erfüllt, wäre der Wahlgang ungültig und wir müssten einen zweiten Wahlgang durchführen.

Das wären die Erläuterungen zur Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang.

Ich bitte diejenigen, die den Stimmzettel noch nicht abgeben konnten, den Stimmzettel hochzuhalten, damit diejenigen, die die Stimmzettel einsammeln, einen Überblick gewinnen können. – Dort sind noch etliche Stimmzettel, die noch nicht abgegeben werden konnten.

Gibt es jetzt noch Stimmzettel, die noch nicht abgegeben werden konnten? – Ja, einige wenige.

Hoffentlich das letzte Mal die Frage: Gibt es noch einen Stimmzettel, der noch nicht abgegeben werden konnte? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich den Wahlgang und übergebe an Christian Wulff.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nutzen jetzt die Zeit des Auszählens der Stimmzettel für die Wahl der Beisitzer zum Bundesvorstand, um zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19 zu kommen:

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN

Es ist das Grußwort unseres Freundes Dr. Edmund Stoiber. Herr Ministerpräsident des Freistaates Bayern, ich darf Sie bitten, ein Grußwort an uns zu richten. Herzlichen Dank, dass Sie hier sind.

(Beifall)

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr verehrten Herren! Zunächst gelten mein besonderer Gruß und meine Gratulation natürlich der bisherigen und der neuen Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, sowie den wiedergewählten und neugewählten Mitgliedern ihres Führungsteams. Liebe Frau Merkel, ich gratuliere Ihnen persönlich und im Namen der CSU zu Ihrem überzeugenden Wahlergebnis. Es ist Ausdruck der Anerkennung für Ihre Glaubwürdigkeit, für Ihre Durchsetzungsfähigkeit und für Ihre Geradlinigkeit.

(Beifall)

Dieser großartige Vertrauensbeweis ist vor allem auch eine hervorragende Basis, um die vor uns liegenden Herausforderungen, die Sie in Ihrer großen Rede heute bereits skizziert haben, zu meistern.

Lassen Sie mich einen ganz persönlichen Dank zum Ausdruck bringen: Danke an Sie alle für Ihre engagierte Unterstützung im Bundestagswahlkampf. Danke, Angela Merkel. Danke, Friedrich Merz – und im Übrigen auch herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag, Herr Merz! Danke an Generalsekretär Laurenz Meyer und seine Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus. Ein herzliches Dankeschön an alle Kandidaten und gewählten Bundestagsabgeord-

neten. Ich möchte auch einen Dank sagen an die Landesverbände und ihre Vorsitzenden, die vielen Tausend Orts- und Kreisverbände und die vielen Hunderttausend Mitglieder der CDU in ganz Deutschland.

Wenn Sie mir einen ganz kurzen Rückblick erlauben: Der Wahlkampf war hart, aber es hat Freude gemacht, zu erleben, mit welcher Kraft und Geschlossenheit die Union gemeinsam kämpfen kann und gekämpft hat.

Was wir uns im Wahlkampf erarbeitet haben, ist meines Erachtens von hohem Wert für die Zukunft. Wir haben uns inhaltlich und programmatisch eine feste Grundlage für die nächsten Jahre geschaffen. CDU und CSU treten an mit neuem Selbstvertrauen, mit neuer Kraft, mit neuer Stärke und auch mit neuer Zuversicht. Bitte vergessen wir nicht: Trotz der Verkleinerung des Bundestages stellen wir heute mehr Abgeordnete als 1998.

(Beifall)

Wir haben nach meiner Überzeugung eine auch für die Zukunft absolut notwendige und einzigartige Geschlossenheit des bürgerlichen Lagers erreicht, nämlich den engen inhaltlichen Schulterschluss zwischen CDU und CSU. Was für mich außerordentlich wichtig ist – Helmut Kohl hat das gestern in seinem großen Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ angesprochen -: Es gab nach der Wahl kein gegenseitiges regionales Ausspielen nach dem Motto „Schaut her, wie wir abgeschnitten haben und wie die anderen!“. Ich halte gar nichts davon zwischen Nord und Süd bzw. Ost und West zu differenzieren. Wir gewinnen gemeinsam und wir verlieren gemeinsam.

(Beifall)

Jetzt kommt es entscheidend darauf an, unsere Geschlossenheit zu bewahren. Nur eine stabile und geschlossene CDU, Seite an Seite mit einer starken und verlässlichen CSU, kann und wird die bürgerliche Mitte wieder zur stärksten Kraft in Deutschland machen.

Natürlich müssen wir das Wahlergebnis genau analysieren. Das ist auch bei einem Wahlergebnis von 58,6 Prozent in Bayern selbstverständlich, auch bei einem solchen Resultat darf man sich nicht zurücklehnen, sondern muss Schwachstelle aufdecken. Wir müssen aus dem Wahlergebnis Konsequenzen ziehen. Wo Fehler gemacht worden sind, müssen wir versuchen, Schwachstellen zu beseitigen. Helmut Kohl hat wiederum Recht – ich zitiere ihn noch einmal -, als er gestern sagte: Man muss darüber keine leidvolle Strategiedebatte führen.

(Beifall)

Ich habe in meinem Leben schon sehr viele Strategiedebatten geführt. Manche waren hilfreich und manche waren es nicht. Heute geht es darum, Fehler und Schwachstellen zu analysieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. Für mich ist entscheidend: Die Zahl der von Schröder und Rot-Grün Enttäuschten ist so groß wie nie zuvor. Diese Menschen müssen wir mit unserem Programm ansprechen. Das ist unsere Chance für neue Mehrheiten in Deutschland.

Ihr Signal, unser Signal aus Hannover lautet: Jetzt erst recht mit Zuversicht und Kampfkraft! Wir packen an für Deutschland.

(Beifall)

Sechs Wochen nach der Bundestagswahl und zwei Wochen nach der müden und trostlosen Regierungserklärung des Bundeskanzlers herrscht in Deutschland eine politische Stimmung, wie ich sie in meinem Leben noch nie erlebt habe.

(Beifall)

Ich kann mich an alle Wahlkampfauseinandersetzungen seit etwa 1957 erinnern. Diese defätistische Stimmung, die wir gegenwärtig in der gesamten Bevölkerung und in der Gesellschaft haben, habe ich nach Wahlen so noch nicht erlebt. Die Meinungen der deutschen und der internationalen Medien ist fast einmütig: Rot-Grün hat einen katastrophalen Fehlstart hingelegt. Aber das ist die Quittung für den unehrlichen Wahlkampf von Rot-Grün. Wer einen solchen Wahlkampf führt, kann keinen guten Start haben.

(Beifall)

Selten zuvor habe ich nach einer Wahl erlebt, dass wildfremde Menschen auf mich zukommen und mir versichern, CDU oder CSU gewählt zu haben. Bei vielen trifft das sicher zu; denn wir haben ja ein respektables Ergebnis erzielt. Nicht wenige Menschen wünschen sich heute, sie hätten uns gewählt. All diesen Bürgern möchte ich zurufen: Jammern alleine genügt nicht. Jeder hat die Möglichkeit etwas zu tun.

An unsere eigene Adresse sage ich noch einmal: Wir müssen jetzt aktiv um alle Enttäuschten in Deutschland kämpfen und sie von unserem Programm für eine bessere Politik in Deutschland überzeugen. Wir müssen den Menschen sagen: Es kommt nicht auf Worte, sondern es kommt auf Taten an. Wenn Frau Merkel heute in ihrer Rede die Rückkehr des Politischen einfordert – ich möchte diesen Punkt aufgreifen -, dann bedeutet das: Auf die Bilanzen und nicht auf den Schein muss es ankommen.

(Beifall)

Vor der Wahl haben die Menschen von Rot-Grün schöne Worte gehört, vielleicht schönere als von uns. Aber am 1. Januar des nächsten Jahres kommt die bittere rot-grüne Realität: 200 bis 300 Euro jeden Monat weniger im Geldbeutel einer deutschen Durchschnittsfamilie kann nicht durch die schönste Darstellung im Fernsehen wett gemacht werden. Die Menschen sind auf Dauer nicht bereit, für den Schein mit einem geringeren Lebensstandard zu haben.

(Beifall)

Wir müssen den Menschen sagen: Rot-Grün redet vorher schöner und macht nachher alle ärmer. Die erste wichtige Gelegenheit dazu sind die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen Anfang Februar des nächsten Jahres. Sie sind auch Abrechnung mit der rot-grünen Katastrophe in Deutschland. Das müssen wir immer wieder betonen.

(Beifall)

In Berlin herrscht doch das blanke Chaos. Das Hartz-Konzept sollte zunächst 1 : 1 verwirklicht werden, dann wieder nicht, weil sich die Gewerkschaften beschwert haben.

Was gilt jetzt eigentlich? Rot-Grün erklärt: Gewinne aus Aktien, die zum Beispiel der Sicherung des Lebensabends dienen, sollen künftig härter besteuert werden, aber keiner weiß wie, wann, wo und wie viel. Das bringt doch den ganzen Aktienmarkt durcheinander.

Erst hieß es, die Eigenheimzulage werde radikal zusammengestrichen. Jetzt wird zurückgerudert. Mein Wohnungsbauminister hat ausgerechnet, dass die gegenwärtige Regelung bei Neubauten erst ab dem 48. Kind günstiger ist als die alte Regelung. Das ist die Realität.

(Beifall)

Beim Kauf gebrauchter Immobilien lohnt sich die neue Berliner Förderung erst ab dem 8. Kind. Den Ruf im Bundesrat, „avanti dilettanti“, kann ich Herrn Fischer nur zurückgeben: Es sind Dilettanten, die hier am Werk sind, die haben handwerklich überhaupt nichts drauf.

(Beifall)

Rot-Grün erklärt, die Firmenwagenbesteuerung soll verdoppelt werden. Dann erschrickt der Autokanzler und die Verdoppelung wird kurzerhand halbiert. Jetzt wird die Halbierung der Verdoppelung erneut infrage gestellt.

Diese Regierung hat bisher vor allem eines zustande gebracht: Schaden gestiftet und die Menschen verunsichert.

(Beifall)

Keiner in Deutschland weiß doch, woran er eigentlich ist. Unternehmen investieren erst einmal nicht. Private Haushalte warten ab. Das schafft keine Aufbruchstimmung, sondern Letargie, Resignation und Pessimismus. Schröder fällt nichts mehr ein. Es fällt ihm nichts ein, er hat keine Visionen, keine Ideen und keine Konzepte. Selbst die besseren Sätze seiner Regierungserklärung hat er von Willy Brandt geklaut.

(Beifall)

Ich habe mir lange und genau überlegt, ob ich das, was ich jetzt sage, auch wirklich sagen soll. Ich bin zu den Ergebnis gekommen, es auszusprechen. Ich sage es an die Adresse von Herrn Schröder: Herr Schröder, Sie mögen zwar Kanzler geblieben sein, aber Sie haben nicht die Fähigkeit Deutschland gut zu regieren. Das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, das so genannte Ketchup-Lied bringt in satirischer Weise das Regierungshandeln von Gerhard Schröder trefflich auf den Punkt: Was du heute kannst versprechen, darfst du morgen wieder brechen. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass solche Lieder gezimmert werden. Bevor man sich überlegt, ob man dagegen juristisch vorgeht, hätte man sich überlegen sollen, nicht so viele Versprechen zu brechen, dann wäre niemand auf die Idee gekommen, solche Lieder zu konzipieren.

(Beifall)

Was Rot-Grün jetzt aufführt ist der größte Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und das wird noch lange nachhallen.

(Beifall)

Zwei Wochen vor der Wahl versprach Schröder: keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Roland Koch hat ihm im Bundesrat am letzten Freitag eindrucksvoll die SPD-Anzeige aus der letzten Woche vor der Bundestagswahl vorgelegt, in der uns, CDU und CSU, vorgeworfen wurde, wir wollen die Rentenbeiträge erhöhen und wenn die SPD werde die Beiträge natürlich nicht erhöhen. Das war 14 Tage vor der Bundestagswahl. Jetzt steigen die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung auf Rekordhöhe.

Eine Woche vor der Wahl garantierte Schröder: Deutschland bleibt bei der Nettoverschuldung unter 3 Prozent. Jetzt sind es schon 3,7 Prozent. So viel hatten wir noch nie und das wird immer noch nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Schröder wäre nicht Schröder, wenn er nicht auch noch Nachwahlversprechen brechen könnte.

(Beifall)

Eine Woche nach der Wahl hat er, wie schon im gesamten Wahlkampf, feierlich gelobt: keine Steuererhöhungen. Jetzt will er de facto die größte Steuererhöhung in der bundesdeutschen Geschichte durchdrücken. Ich wiederhole: Was Schröder plant ist die größte Steuererhöhung in der bundesdeutschen Geschichte.

Schröders Statthalter hier in Hannover räumt geradezu zynisch ein, dass die SPD die Menschen in Deutschland wissentlich belogen hat. Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was Sigmar Gabriel am 30. September auf einer Pressekonferenz gesagt hat. „Die Wahrheit vor der Wahl“, so sagte er den Journalisten, „das hätten Sie wohl gern gehabt.“ Was ist denn das für eine Denkweise, die hier zum Ausdruck kommt?

(Beifall)

Das zeigt auch die ganze Schamlosigkeit und Skrupellosigkeit von Schröder und seinen Genossen. Sie haben vor der Wahl vorsätzlich Versprechen gemacht, von denen sie genau wussten, dass sie sie nach der Wahl nicht einlösen können. Schröder und Co. haben vor der Wahl alle Daten und Fakten gekannt und das Gegenteil davon behauptet.

Erinnern Sie sich: Wenn wir kritisch nachfragten, hieß es, die – damit meinten sie uns – machen Deutschland mies, wir brauchen keine Miesmacherei. Wir haben nachgefragt; denn wir wussten ja nicht, wie die Kassenlage aussah. Deswegen haben wir gesagt, wir müssen vorher einen Kassensturz machen. Rot-Grün hatte die Zahlen, die wussten genau, wie ein Kassensturz ausfallen würde. Diese Regierung hat sich an die Macht gemogelt und geschwindelt. Dieses Verdikt bleibt an Rot-Grün haften.

(Beifall)

Wie reagiert der Bundeskanzler Schröder, wenn man ihn mit seinen Lügen im Bundesrat und im Bundestag konfrontiert? Er erklärt nichts, er rechtfertigt nichts, er entschuldigt nichts, er schweigt und er grinst. Wir lassen ihm das nicht durchgehen, mit überheblichem Grinsen seine Unfähigkeit und Schwäche zu übertünchen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Jeder, der politische Verantwortung trägt – ob auf kommunaler Ebene, im Landtag, im Bundestag oder im Europäischen Parlament – irrt sich einmal in seiner Prognose; keiner ist unfehlbar. Aber erst feierlich in Kenntnis aller Fakten zu versprechen: keine Steuererhöhungen, keine Beitragserhöhungen und keine höhere Neuverschuldung, dann aber ein paar Tage nach der Wahl diese drei Versprechen in einer unglaublichen Weise zu brechen, das darf nicht in Vergessenheit geraten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das wird nicht in Vergessenheit geraten.

(Vereinzelt Beifall)

Leider sagt ja auch das Ketchup-Lied: „Es ist so wunderbar in dieser Demokratie, dass ihr mich jetzt nicht abwählen könnt.“ So ganz stimmt das, was da im Lied drinsteht, aber nicht; denn 14 Millionen Menschen in Deutschland haben stellvertretend für das ganze Land sehr rasch die Chance, die rote Karte zu ziehen: Die Landtagswahlen in Niedersachsen und die Landtagswahlen in Hessen am 2. Februar sind auch eine Abstimmung über den rot-grünen Wahlbetrug von Berlin. Schröder wird das Grinsen an diesem Abend noch vergehen.

(Beifall)

Meine Damen und meine Herren, diese Bundesregierung hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Sie ist unglaubwürdig und unzuverlässig, mit schlimmen Folgen für unser Land, gerade auch gegenüber unseren Freunden in Europa. Hier sitzt der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, der Kollege Martens, einer, der das bürgerliche Lager in Europa zusammenhält. Ich habe aber selten auf Parteiführerkonferenzen der EVP erlebt – ich erinnere dich, lieber Wilfried, an die letzten Diskussionen -, wie kritisch sich Regierungschefs anderer Länder, die gleichzeitig auch EVP-Parteifreunde sind, über die politische Situation in Deutschland geäußert haben. Wie kann denn ein Staat vom Bürger zum Beispiel bei der Steuererklärung, bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit, bei Zeugenaussagen Ehrlichkeit einfordern – da stellen sie sich bei Maybrit Illner und bei Frau Christiansen mit Tränen in den Augen hin und kämpfen gegen die Schwarzarbeit und schimpfen auf die Menschen, die sich nicht an alle Gesetze halten -, wenn die Spitze des Staates die Menschen selber so täuscht und belügt und am laufenden Band Versprechen bricht. Man braucht sich da nicht wundern, dass das ganze System in Deutschland an Glaubwürdigkeit verliert und sich die Menschen nicht mehr an bestimmte Tugenden halten.

(Beifall)

Wie kann denn eine Bundesregierung in schwierigen Zeiten – die haben wir zweifelsohne – vom Bürger Akzeptanz einschneidender Entscheidungen erwarten, wenn sie vorher massiv Vertrauen zerstört? Für die Akzeptanz schwieriger Entscheidungen ist doch in erster Linie Vertrauen notwendig. Deutschland steht vor solch schwierigen Entscheidungen. Jetzt erst rücken Schröder und Eichel scheinbar mit der Wahrheit heraus. Jetzt zeigt sich in Kenntnis der ungeschminkten Fakten: Die Lage ist noch viel dramatischer, als zu befürchten war.

Ich habe es lange vermieden, die drastische Formulierung von Herrn Kluge von McKinsey, Deutschland sei ein Sanierungsfall, zu gebrauchen. Wenn ich mir aber heute das europäische

Umfeld ansehe, kann ich leider nur sagen: Die Leute von McKinsey haben Recht, wir sind heute ein Sanierungsfall. Das bedeutet, dass wir uns ungeheuer anstrengen müssen, um dieses Land wieder nach vorne zu bringen.

(Beifall)

Deutschland droht der Finanzkollaps. Die öffentlichen Haushalte sind pleite. Am Mittwoch kommt die neue Steuerschätzung; es steht durchaus zu befürchten, dass es bis zu 30 Milliarden Euro weniger Einnahmen als geplant gibt. Im Oktober hatten wir die höchste Arbeitslosigkeit seit fünf Jahren. In Europa sind wir immer noch Wachstumsschlusslicht. Das ist die rot-grüne Abwärtsspirale: Geringeres Wachstum führt zu immer höherer Arbeitslosigkeit; die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuer- und Beitragsausfällen und dann zu Steuererhöhungen und Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge. Diese Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie Rot-Grün jetzt plant, würgen die Binnennachfrage ab. Das wiederum heißt: weniger Wachstum und mehr Arbeitslose usw. usw. Das ist, meine Damen und Herren, eine Abwärtsspirale.

Erlauben Sie mir noch etwas zu der Kritik zu sagen, die manche intern daran geübt haben, dass wir unseren Wahlkampf so stark auf Wachstum, die Frage der Arbeitslosigkeit und die Situation der Wirtschaft konzentriert haben. Ohne Wachstum schaffen wir die Bewältigung unserer Probleme nicht. Es gibt auch eine Ethik des Wachstums. Wachstum ist nicht nur eine rechnerische Größe, sondern nur mit Wachstum können wir unsere großen Probleme in der Bildungspolitik, bei den Universitäten, bei den sozialen Sicherungssystemen und bei allem, was damit zusammenhängt, lösen. Ohne Wachstum geht es nicht. Deswegen hat derjenige, der Wachstum verteufelt, nicht begriffen, was Wachstum bedeutet.

(Beifall)

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum – das ist der Dreh- und Angelpunkt; darauf haben wir im Wahlkampf immer hingewiesen. Heute ist jedem klar, wie Recht wir hatten. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst, damit wieder Arbeitsplätze entstehen, damit die Menschen wieder Sicherheit empfinden – für ihre Familie, für das Alter und im Falle von Krankheit -, damit Arbeitslose wieder Perspektiven sehen, damit junge Menschen vor allen Dingen in den neuen Ländern wieder eine Zukunft in ihrer Heimat haben. Ich sage deswegen noch einmal: Die für die Wahlauseinandersetzung gewählte Schwerpunktthematik war richtige.

Wir haben vier Jahre hinter uns, in denen wir mit der rot-grünen Abwärtsspirale leben mussten. Rot-Grün hat alle Mahnungen und Ratschläge – vom Sachverständigenrat bis hin zum IWF – in den Wind geschlagen. Rot-Grün hat den Karren tief in den Dreck gefahren. Jetzt sagen die: Wir, CDU und Christlich-Soziale Union, könnten ja letztlich auch nicht anders als Rot-Grün handeln. Ich höre jetzt, der Stoiber hätte eigentlich dasselbe machen müssen. Mit einer solchen falschen Hypothese will man die Probleme, die die Regierung heute zu lösen hat, übertünchen. Dazu sage ich ganz klar: Wir hätten nicht nur anders handeln können, wir hätten anders handeln müssen. Die ganze Richtung von Rot-Grün stimmt nicht.

Der rot-grüne Weg führt weiter in die Krise. Unser Programm ist und bleibt ein Kontrastprogramm zu Rot-Grün. Das erkennen mehr und mehr Menschen. Rot-Grün setzt auf mehr Staat,

mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Umverteilung. Das bremst die wirtschaftliche Dynamik und lähmt die Leistungskräfte. Die Folgen sind weniger Wohlstand, weniger soziale Sicherheit und letztlich auch weniger soziale Gerechtigkeit.

Wir dagegen setzen auf Leistung, auf Wachstum, auf Eigenverantwortung. Wir müssen die Dynamik und die Leistungskräfte, die in den Menschen stecken, entfesseln. Das war der Schwerpunkt unseres Wahlkampfes – zu Recht. Denn nur mit mehr Wirtschaftswachstum können wir unseren Wohlstand erhalten und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Nur ein leistungsfähiges Land kann dauerhaft auch denjenigen soziale Sicherheit bieten, die selbst weniger leisten können.

Da schimmert sie wieder durch, meine Damen, meine Herren, die Ethik des Wachstums, wie ich es bezeichnen will.

Natürlich ist unser Weg oft unbequem, anstrengend und schwierig. Er würde wegen der katastrophalen Lage länger dauern, als wir es uns im Wahlprogramm, zum Teil ohne Kenntnis der wahren Zahlen, vorgestellt haben. Aber er ist letztlich der einzige Weg aus der jetzigen, schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. Wenn die Einnahmen wegbrechen, ist es gerade erste Pflicht der Regierung, mehr zu sparen, besonders bei den Subventionen. Rot-Grün macht mehr Schulden und erhöht die Steuern, obwohl jeder weiß: Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur.

Wir müssen die Eigenverantwortung vor allem in den Sozialversicherungssystemen stärken. Das heißt in der Gesundheitsreform: intelligente Wahlrechte für die Versicherten – das steht in unserem Programm -, auch bei den Tarifen, weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb unter den Kassen. Das kommt der Gesundheit der Menschen zugute. Aber wir haben eine Gesundheitsministerin, die sagt, wir hätten zu viele Kassen. Auf der einen Seite redet der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von mehr Wettbewerb und auf der anderen Seite sagt seine Gesundheitsministerin, eigentlich brauchen wir nur 50 Kassen statt 370. Was gilt denn jetzt? Wollen wir mehr Wettbewerb oder mehr Staat?

In der Rentenversicherung erhöht Rot-Grün den Beitrag massiv auf 19,5 Prozent. Die Zeche zahlen alleine die Jungen. Das verhindert Eigenvorsorge, weil weniger Geld in ihren Taschen bleibt.

Meine Damen, meine Herren: Über dieses Thema wird seit Jahren geredet, geredet, geredet. Wir leben in einer Mediendemokratie, aber leider muss ich, auch als Regierungschef eines großen Landes, feststellen: Es ist in unserem Lande noch nie so viel gequatscht und so wenig entschieden worden wie in den letzten Jahren.

(Beifall)

Wir führen seit Jahren die Diskussion, dass die Menschen in Deutschland weniger Kinder bekommen und gleichzeitig älter werden. Deswegen ist es unehrlich, nicht darauf hinzuweisen, dass es so nicht weitergeht. Wir brauchen einen vernünftigen Lastenausgleich zwischen den Jungen und den Alten.

Deswegen haben wir in der unionsgeführten Bundesregierung den demografische Faktor eingeführt. Von den Gewerkschaften und der SPD ist uns entgegengeschallt, wir würden

damit einen sozialen Kahlschlag verursachen. Das war ein Hauptwahlkampfthema der SPD bei den Bundestagswahlen 1998. Und was macht die SPD jetzt? Dieses Gewurstel und dieser Dilettantismus des Herrn Riester und der Regierung Schröder bringen doch genau die Unsicherheit, die die Menschen gegenüber der Politik heute haben. Das müssen wir deutlich ansprechen.

(Beifall)

Wir wollen und müssen mit der Entbürokratisierung ernst machen. Deutschland erstickt doch in Vorschriften. Darunter leidet vor allen Dingen der Mittelstand. In den letzten vier Jahren sind unter Rot-Grün 400 Bundesgesetze und fast 1 000 Rechtsverordnungen erlassen worden. Wir müssen und wollen den Arbeitsmarkt entfesseln. Rot-Grün setzt auch hier auf mehr Reglementierung, Gängelung und Vorschriften. Wenn jemand arbeitet, dann muss er mehr in der Tasche haben, als wenn er nicht arbeitet.

(Beifall)

Das heißt für uns Fördern und Fordern auch in der Arbeitsmarktpolitik.

Schröder geht mit dem Hartz-Konzept hausieren und preist es als Patentrezept für mehr Wachstum und Beschäftigung an. Ich habe gestern in der „Welt am Sonntag“ ein Interview mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Schmoldt gelesen, in dem er, ein paar Wochen nach der Wahl, gesagt hat:

Das Hartz-Konzept bringt Arbeitslose lediglich in vorhandene Arbeit. Es ersetzt natürlich nicht eine aktive Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Wachstum und damit neuen Arbeitsplätzen.

Recht hat er, meine Damen und Herren! Nur war das auch schon vor dem 22. September bekannt. Als wir das damals gesagt haben, hat man uns als Miesmacher bezeichnet. Heute kommen sie mit ihrer Wahrheit heraus. Das darf nicht akzeptiert werden!

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, unsere Grundsätze haben wir vor der Wahl vertreten und wir stehen zu ihnen auch nach der Wahl. Wir müssen nichts korrigieren. Unser Programm kann man nachlesen, das bleibt gültig. Und es wird sich noch auszahlen, dass wie einen ehrlichen und anständigen Wahlkampf geführt haben.

(Beifall)

Der nächste Zahltag ist am 2. Februar 2003 in den Wahllokalen in Hessen und in Niedersachsen. Da wird auch mit Schröder abgerechnet.

(Beifall)

Vor vier Jahren wollte Schröder wie Tony Blair mit New Labour in die Neue Mitte. Statt linker Klassenkampf und Umverteilungsprogrammatik wollte er Leistung, Wettbewerb, weniger Staat. In dem Programm stehen tolle Sachen. Aber auch das war ein reiner Marketing-Gag. Mit der Politik, die er tatsächlich gemacht hat, hatte das nichts zu tun. Darum hat er gerade in der Neuen Mitte viel Enttäuschung hervorgerufen. Hier war für ihn nichts zu gewinnen. Des-

halb hört man von Neuer Mitte schon lange nichts mehr. Schröder marschiert stramm nach links. Lieber Wilfried Martens, er macht heute die linkste Politik aller europäischen Regierungschefs. Sein Ziel ist heute statt Neuer Mitte alte Linke.

Oskar Lafontaine jubelt. Er sagte jüngst: „Das ist für mich wie Weihnachten.“ Für Lafontaine mag Schröders Kurs ja wie Weihnachten sein. Das Problem ist nur: Lafontaine bekommt den Linkskurs geschenkt, die Rechnung zahlen die Menschen mit neuen Steuern und Abgaben. Diese Politik haben immer mehr Menschen satt.

(Beifall)

Bei den Bundestagswahlen hat die SPD gegenüber 1998 1,7 Millionen Wähler verloren. Viele, die Schröder dieses Mal vielleicht noch eine Chance geben wollten, sagen sich angesichts des Wahlbetrugs nun sicherlich: Nie wieder!

Wir haben die große Chance, mit einer modernen, auch an Werten und Grundsätzen orientierten Politik wieder Mehrheiten in der Mitte zu gewinnen.

Das fällt uns aber nicht automatisch zu. Wir müssen die Menschen von unseren Konzepten und unseren Programmen überzeugen, und diese Überzeugungsarbeit ist uns mit unterschiedlichem Erfolg gelungen, im Westen mehr als im Osten, im Süden mehr als im Norden, in den Klein- und Mittelstädten mehr als in den Großstädten. Christian Wulff hat Recht, wenn er sagt, dass wir die Union jetzt nicht neu erfinden oder umschminken müssen. Wir haben kein Programmproblem. Wir haben dort, wo wir nicht genügend Stimmen gewonnen haben, ein Vermittlungsproblem,

(Beifall)

und da müssen wir gemeinsam ran und das nächste Mal noch besser werden. Dafür sehe ich auch gute Chancen. Die Menschen, die uns noch kritisch gegenüberstehen, müssen wir von unserem Kurs überzeugen.

Die Wirtschaft ist nicht alles, aber auf die Wirtschaft kommt es entscheidend an; denn auf den ökonomischen Grundlagen baut vieles auf: unsere soziale Balance, Umwelt- und Verbraucherschutz, Kultur- und Bildungspolitik, die Sicherheitspolitik, die Familienpolitik. Das ist unser gemeinsamer, richtiger und zukunftsorientierter Politikansatz. Wir fördern den Willen zu Eigenverantwortung und Leistung als Ausdruck von Freiheit, aber auch als Grundlage für wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. Wir trauen den Menschen etwas zu, denn der Glaube, dass der Staat alles leisten und garantieren kann, ist ein sozialistischer Irrglaube.

Wir stehen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit – nicht im Sinne einer ideologisch verblendeten, lähmenden Gleichmacherei, sondern auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, das heißt: Mitmenschlichkeit und Sorge um die Würde und Persönlichkeit jedes Einzelnen; fördern, aber auch fordern.

Wir kämpfen für die Bewahrung der Werte und Institutionen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Ehe und Familie, Tradition, kulturelle Identität, Nation, gewachsene internationale Partnerschaften. Deshalb wollen wir weniger Zuwanderung und mehr Integration.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, wir stehen für das Gleichgewicht zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, zwischen Bewahren und Erneuern.

An dieser Stelle möchte ich auch einen kurzen Satz zur Familienpolitik sagen: Wer in dem Zusammenhang wie der SPD-Generalsekretär Scholz von „Lufthoheit über den Kinderbetten“ spricht, der muss, wenn er das ernst meint, letzten Endes auch an das Erziehungsrecht der Eltern heran. Über diese Frage werden wir eine gewaltige Auseinandersetzung führen müssen, weil wir das nicht so stehen lassen können. Dahinter steckt mehr als nur ein Lapsus!

(Beifall)

Wenn ich mir die neuesten Umfragen ansehe, dann zeigt sich ja, wie schnell sich die Situation wieder verändert hat, und es zeigt sich auch: Das Gerede Schröders von seiner strukturellen Mehrheit und vom Lebensgefühl, das er angeblich besser anspricht als wir, ist eindeutig Humbug. Keine Partei hat die Mehrheit gepachtet, auch nicht die CSU. Die Wählerinnen und Wähler müssen bei jeder Wahl neu überzeugt und gewonnen werden – durch glaubwürdige, verlässliche, berechenbare und zukunftsorientierte Politik. Das ist unsere Aufgabe.

Damit werden wir im nächsten Jahr am 2. Februar anfangen. Ich werde meinen Beitrag dazu leisten – den entscheidenden wird er selber leisten -, dass Roland Koch seine erfolgreiche Politik in Hessen und für Hessen fortsetzen kann.

(Beifall)

Auch hier in Niedersachsen werden wir gemeinsam kämpfen, und ich freue mich, dass ich mit Christian Wulff am 12. Januar an einem Sonntagnachmittag mit den Wahlkampf eröffnen darf. Wir werden dafür kämpfen, dass hier in Hannover Christian Wulff mit der CDU endlich für eine bessere Politik in Niedersachsen anpacken kann, damit Niedersachsen vom letzten Platz in so vielen Disziplinen wekommt, denn das hat das Land nicht verdient.

(Beifall)

Da werden Weichen gestellt, auch am 25. Mai in Bremen, wo Hartmut Perschau zur Wahl steht. Wir müssen gemeinsam alles tun, damit die CDU gestärkt wird.

Im Herbst schließlich, zum Abschluss des Wahljahres, hoffe ich, dass die CSU in Bayern wiederum ein sehr gutes Ergebnis einfährt. Wir werden alles tun, damit wir über 50 %, erreichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei diesen vier Landtagswahlen geht es nicht nur um die einzelnen Länder. Diese vier Landtagswahlen sind auch Protestwahlen gegen Rot-Grün. Sie sind die Gelegenheit, Rot-Grün die rote Karte zu zeigen. Rot-Grün braucht Kontrolle, vor allem auch im Bundesrat. Diese Wahlen sind Bausteine auf dem Weg zu einer bessern Politik für eine bessere Zukunft Deutschlands.

Deswegen soll auch von diesem Parteitag – wenn ich als Gast das sagen darf – das Signal ausgehen: Wir stehen gut da. Wir stellen uns als konstruktive Opposition im Bundestag auf ei-

ne harte Auseinandersetzung ein. Und wir werden als Gestaltungsmehrheit im Bundesrat die Interessen der Menschen in Deutschland vertreten. Damit wird es uns gelingen, die Menschen aufzufangen, die uns bisher noch nicht ihr Vertrauen geschenkt haben, die aber jetzt enttäuscht sind von den rot-grünen Wahllügen.

(Beifall)

Viele Menschen haben auf das vertraut, was Eichel und Schröder gesagt haben. und Jetzt haben wir die Chance, die Menschen zu gewinnen, die Schröder und Eichel und anderen geglaubt haben, die jetzt tief enttäuscht sind und die heute vielleicht im stillen Kämmerlein sagen: Eigentlich hat die Opposition das ja gesagt.

Wenn wir es schaffen, diese Menschen für uns zu gewinnen, dann haben wir eine gute Chance, in Deutschland weiterhin und noch stärker als heute Politik mitgestalten zu können. Das soll das Signal sein. Ich wünsche uns und Ihnen alles erdenklich Gute. Lasst uns zusammenstehen! Ich werde meinen Beitrag dazu leisten. Alles Gute und auf Wiedersehen!

(Die Delegierten erheben sich und spenden anhaltend Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Edmund Stoiber, der Beifall des Bundesparteitages der CDU Deutschlands mit 1 001 Delegierten zeigt eines: dass Sie die Herzen der Partei in allen 16 Bundesländern Deutschlands erobert und überall einen großartigen Wahlkampf geführt haben.

(Beifall)

Wir haben viele gemeinsame Erlebnisse – jeder Kreisvorsitzende, jeder Bundestagskandidat, jede Landespartei. Sie waren in diesem Wahlkampf nahezu an jedem Ort Deutschlands. Sie waren in einer Fischfabrik an der Küste und unter anderem auch im Harz, auf dem Brocken, der nicht zu Niedersachsen, sondern zu Sachsen-Anhalt gehört und ein Symbol der deutschen Einheit ist. Wir wollen Ihnen als Landesverband der CDU Niedersachsen gerne eine Erinnerung an diesen Wahlkampf schenken. Sie sind mit der Brockenbahn als Schaffner gefahren, mit der Kelle in der Hand und der Schaffnermütze auf dem Kopf. Sie haben uns, symbolisch ausgedrückt, gut durch diesen Wahlkampf gelenkt. Wir waren immer ein Team, es war bei allen immer Teamfähigkeit vorhanden, was uns grundlegend von Rot-Grün unterscheidet, wo meistens alles durcheinander geht.

Vielleicht ist dieses Bild eine schöne Erinnerung für Sie in Wolfratshausen, in München oder in der CSU-Zentrale, wo immer Sie dieses Bild aufhängen mögen. Es soll Sie an den Wahlkampf in Niedersachsen erinnern. Es ist ein Triptychon, eine künstlerische Gestaltung, eine der vielen Aufnahmen aus dem Bundestagswahlkampf 2002. Wir hoffen, Ihnen damit eine Freude zu machen. Wir wünschen, dass Sie regelmäßig bei uns Gast sind und dass wir weiter so gut zwischen CDU und CSU zusammenarbeiten wie in ganz besonderer Weise in den letzten Monaten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber, wir hoffen, dass Sie noch ein bisschen Zeit haben, um unserem Parteitag beizuwohnen.

Ich komme jetzt zur Bekanntgabe der 26 Beisitzer, die gewählt worden sind. Die Ergebnisse sind soeben ausgezählt worden. Bei der Gelegenheit spreche ich der Stimmzählkommission einen großen Dank aus, die heute großartige Arbeit geleistet hat.

(Beifall)

Es sind 902 Stimmen abgegeben worden. Ungültige Stimmen 28, 1 Enthaltung. Gültige Stimmen 873. Die erforderliche Mehrheit beträgt 437. Ich nenne jetzt die gewählten Beisitzer in der Reihenfolge der Stimmenzahl; das ist etwas einfacher.

Mit der höchsten Stimmenzahl ist gewählt worden Dr. Bernhard Vogel: 791 Stimmen, 90,61 Prozent.

(Beifall)

Ich darf fragen, ob Sie die Wahl annehmen, Herr Dr. Vogel. – Wir beglückwünschen Sie.

Arnold Vaatz: 755 Stimmen, 86,48 Prozent.

(Beifall)

Nehmen Sie die Wahl an, Herr Vaatz? – Wunderbar. Herzlichen Glückwunsch.

Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: 750 Stimmen, 85,91 Prozent

(Beifall)

Sie nimmt die Wahl mit einem lauten Ja an.

Frau Prof. Dr. Maria Böhmer: 747 Stimmen, 85,57 Prozent. – Sie nimmt die Wahl begeistert an.

(Beifall)

Karl Josef Laumann: 745 Stimmen, 85,34 Prozent. – Er nimmt die Wahl an.

Katherina Reiche: 745 Stimmen, ebenfalls 85,34 Prozent.

(Beifall)

Ich gehe davon aus, dass Frau Reiche die Wahl annimmt. – Wunderbar. Ich unterstelle das im Übrigen bei allen, wenn nicht ausdrücklich Widerspruch erfolgt. Ich glaube, dass können wir so vereinbaren.

Dieter Althaus: 740 Stimmen, 84,77 Prozent.

(Beifall)

Peter Rauen: 732 Stimmen, 83,85 Prozent.

(Beifall)

Barbara von Wnuk-Lipinski: 712 Stimmen, 81,56 Prozent.

(Beifall)

Elke Wülfing: 712 Stimmen, 81,56 Prozent. – Sie nimmt die Wahl an.

Maria Michalk: 705 Stimmen, 80,76 Prozent.

Karin Wolff: 704 Stimmen, 80,64 Prozent.

(Beifall)

Tanja Gönner: 702 Stimmen, 80,41 Prozent.

(Beifall)

Angelika Volquartz: 679 Stimmen, 77,78 Prozent.

(Beifall)

Dr. Franz-Josef Jung: 676 Stimmen, 77,43 Prozent.

(Beifall)

Andreas Renner: 670 Stimmen, 76,75 Prozent.

Peter Jacoby: 663 Stimmen, 75,95 Prozent.

(Beifall)

Dr. Friedbert Pflüger: 660 Stimmen, 75,60 Prozent.

(Beifall)

Prof. Dr. Otto Wulff: 655 Stimmen, 75,03 Prozent.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg: 639 Stimmen, 73,20 Prozent.

(Beifall)

Frau Dr. Regina Görner: 637 Stimmen, 72,97 Prozent.

(Beifall)

Hendrik Wüst: 633 Stimmen, 72,51 Prozent.

(Beifall)

Matthias Wissmann: 631 Stimmen, 72,28 Prozent.

Prof. Dr. Christoph Stölzl: 626 Stimmen, 71,71 Prozent.

Erika Steinbach: 607 Stimmen, 69,53 Prozent.

Regina van Dinker: 579 Stimmen, 66,32 Prozent.

Das sind die 26, die gewählt worden sind. Ich gehe davon aus, dass alle 26 die Wahl annehmen. Ich darf deshalb im Namen des Parteitagess allen 26 herzlich gratulieren.

Ich wäre dankbar, wenn mir jetzt noch gesagt würde, welche beiden Kandidaten mit welchem Ergebnis nicht gewählt worden sind.

Ich will nun auch noch sagen, wer nicht gewählt worden ist. Das sind Dr. Helmut Linsen mit 556 Stimmen – das sind 63,69 Prozent – und Dr. Dirk Notheis mit 532 Stimmen – das sind 60,04 Prozent. Das erforderliche Quorum wurde zwar erreicht, aber da die Zahl der Kandidaten die Zahl der Plätze um zwei überstiegen hat, sind diese beiden Herren nicht gewählt worden. Wir brauchen keine Stichwahl durchzuführen.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

WAHL DER DREI RECHNUNGSPRÜFER

Bevor wir zur Wahl kommen, danken wir den bisherigen Rechnungsprüfern für ihre verantwortungsvolle Arbeit und ihr wachsames Auge.

Nach § 29 Abs. 6 des Statuts wählt der Bundesparteitag drei Rechnungsprüfer. Die Wahl kann offen erfolgen, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Ich gehe davon aus, dass kein Widerspruch erhoben wird und dementsprechend hier offen gewählt werden kann.

Vorgeschlagen sind Claudia Nolte, Ferdinand Tillmann und Dr. Franz Möller. Wer diesem Vorschlag zustimmt, möge mit der Stimmkarte seine Zustimmung signalisieren. Wer möchte sich der Stimme enthalten? Wer stimmt dagegen? Damit sind die drei Rechnungsprüfer vom Parteitag einstimmig für diese verantwortungsvolle Aufgabe gewählt. Wir gratulieren den Rechnungsprüfern und wünschen ihnen eine glückliche Hand.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

ANTRÄGE

Wir haben noch über den Antrag A 2 des Kreisverbandes Stuttgart zu beschließen. Ich frage zunächst, ob der Antragsteller, der Kreisverband Stuttgart, das Wort wünscht. – Eine Wortmeldung liegt hier oben nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist der Antrag angenommen.

Schließlich haben wir noch über den Initiativantrag A 3 zu befinden, der inzwischen im Plenum verteilt worden ist. Es geht darin um die Ferienregelung. Wird dazu vom Antragsteller das Wort gewünscht? – Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der ausgedruckten Fassung. Ich denke, dass die Kultusminister alle Zeit hatten, den Sachverhalt im Einzelnen zu prüfen.

Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist es vom Parteitag mit Mehrheit so beschlossen. Ich beglückwünsche die Antragsteller zu dieser Beschlussfassung.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 23 auf:

SCHLUSSWORT

Dazu brauchen wir zwingend unsere Parteivorsitzende, die immer da ist, wenn sie gebraucht wird. Ich gebe nun unserer Parteivorsitzenden zum Schlusswort auf dem 16. Parteitag der CDU Deutschlands das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Ende eines arbeitsreichen, aber wie ich denke erfolgreichen Tages. Ich bedanke mich im Übrigen auch bei unseren Gästen, die den ganzen Tag bei uns ausgehalten haben, bei Wilfried Martens und Herrn von Richthofen. Es ist ein gutes Signal, dass Sie unsere Arbeit hier bis zum Ende verfolgen.

Lieber Edmund Stoiber, herzlichen Dank für Ihr Grußwort. So wie der Tag heute begonnen hat, so endet er auch: mit einem ganz klaren Signal der Einigkeit von CDU und CSU. Sie ist und bleibt die Grundlage für die nächsten Monate, um erfolgreich arbeiten zu können. Liebe Freunde, der heutige Tag hat es ganz ausdrücklich gezeigt: Vor uns liegt viel Arbeit. Die Arbeit der nächsten Tage – es sind weniger als 90 – gilt vor allen Dingen dem Erfolg unserer beiden Landtagsspitzenwahlkämpfer. Sie gilt zunächst dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen und den hessischen Mitgliedern der Union. Wir wünschen einen erfolgreichen Wahlkampf in Hessen – in Wiesbaden, in Frankfurt, in Kassel, insbesondere in Nordhessen, wo man dies am allermeisten braucht. Wir drücken die Daumen. Wir helfen mit. Volle Kraft voraus, liebe Freunde aus Hessen! Wir wollen, dass Sie gewinnen!

(Beifall)

Lieber Christian Wulff, wir sind heute in Hannover und wir werden wieder nach Hannover kommen, denn wir wollen, dass in Niedersachsen ein Wechsel stattfindet, ein Wechsel mit langen Gesichtern von Gabriel und vor allen Dingen von dem, der die Stadt Hannover sein Zuhause nennt, von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

(Beifall)

Deshalb wird es an Einsatz, an Kraft, an Spaß, an Mumm nicht fehlen, um der Landesregierung in Niedersachsen den Garaus zu machen und in Niedersachsen mit Christian Wulff einen guten Ministerpräsidenten an die Regierung zu bringen. Wir unterstützen Sie!

(Beifall)

Liebe Freunde, der neu gewählte Bundesvorstand und das neu gewählte Präsidium werden bereits am nächsten Montag an die Arbeit gehen. Vor uns liegt neben den Wahlkämpfen ein spannendes, ein wichtiges Programm, das wir umsetzen, aber auch weiterentwickeln müssen. Ich möchte Sie heute schon – Datum und Ort nennen wir Ihnen noch genau – zu dem im November oder Dezember 2003 – wahrscheinlich wird es der November sein – geplanten zweitägigen Parteitag einladen. Dieser Parteitag des Jahres 2003 wird wunschweise in den neuen Bundesländern stattfinden, denn wir werden im Jahre 2004 viele Landtagswahlen in den neuen Bundesländern haben. Wir wollen dann zeigen, dass wir, was die Bürgeransprache und was unsere Wahrnehmung in der Außenwelt angeht, vorangekommen sind. Wir

wollen dann aber auch zeigen, dass wir programmatisch weitergearbeitet haben. Deshalb lade ich Sie heute schon ein, sich auf diesen Parteitag zu freuen und auf ihn hinzuarbeiten. Ich sage Ihnen auch, dass wir das Mittel der Regionalkonferenz wieder nutzen werden, um mit den Mitgliedern unserer Partei in eine intensive Diskussion zu kommen, sei es über den Europäischen Konvent, sei es über die Fragen der sozialen Sicherungssysteme, sei es über Fragen, die uns sonst in diesem Lande bewegen.

Liebe Freunde, ein solcher Parteitag kann nicht stattfinden, wenn er nicht von vielen Helfern und Helfershelfen organisiert wird. Ich danke den Freunden in Niedersachsen. Ich danke der Stadt Hannover. Ich danke der Messe, die uns hier eine gute Veranstaltungsmöglichkeit gegeben hat. Ich danke allen Ausstellern und Sponsoren. Ich danke der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und Ärzten.

Ich wünsche mir von den Medien – ich habe es heute früh schon gesagt – eine faire Berichterstattung. Ich sage den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und den Helfern aus den Kreisverbänden ein ganz herzliches Dankeschön. Ich danke den Kreisgeschäftsführerinnen und den Kreisgeschäftsführern aus der Stimmzählkommission; sie hatten heute viel zu tun. Ich danke den Delegierten für die – so formuliere ich es einmal – fast durchweg disziplinierte Anwesenheit im Saale. Ich weiß, dass die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen heute wenig ausgeprägt war. Dafür sind wir aber im Zeitplan geblieben.

Liebe Freunde, ich denke, es war ein erfolgreicher Parteitag. Deshalb noch einmal ein gemeinsames Dankeschön durch einen guten Applaus für alle, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.

(Beifall)

Bitte tragen Sie das Signal „Besser für die Menschen – CDU“ hinaus in Ihre Orts- und Kreisverbände. Berichten Sie über diesen Parteitag. Berichten Sie über das, was wir geschafft haben, und sprechen Sie über das, was vor uns liegt. Wir werden als Christlich Demokratische Union gebraucht. In guter Tradition beenden wir diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluss: 16.31 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 16. Parteitages der CDU Deutschlands vom 11. November 2002 in Hannover

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
9. Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
10. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands,
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2000 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
11. Aussprache zum Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands
12. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
13. Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
14. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
15. Bericht der Mandatsprüfungskommission
16. Bericht der Rechnungsprüfer
17. Entlastung des Bundesvorstandes
18. Wahl des Bundesvorstandes
- 18.1 Wahl des Vorsitzenden
- 18.2 Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
- 18.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
- 18.4 Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums
- 18.5 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
19. Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern

20. Wahl der drei Rechnungsprüfer
21. Satzungsänderungen
22. Anträge
23. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 16. Parteitages der CDU Deutschlands am 11. November 2002 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Vorsitzender:	Christian Wulff MdL
Beisitzer:	Prof. Dr. Maria Böhmer MdB Ministerpräsident Roland Koch MdL Bernd Neumann MdB Elke Wülfing MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 16. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Laurenz Meyer MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Willi Hausmann
Weitere Mitglieder:	David Mc Allister MdL Hermann-Josef Arentz MdL Dr. Peter Bendixen Friedhelm Biestmann MdL Prof. Dr. Maria Böhmer MdB Jochen Borchert MdB

Verena Butalikakis MdB
Birgit Diezel
Dr. Michael Freytag MdHB
Peter Götz MdB
Peter Hans
Uda Heller
Dr. Franz Josef Jung MdL
Volker Kauder MdB
Dr. Werner Langen MdEP
Dr. Kurt J. Lauk
Ursula Lietz MdB
Thomas Lunacek MdL
Philipp Mißfelder
Heidemarie Mundlos MdL
Bernd Neumann MdB
Peter Rauen MdB
Herbert Reul MdL
Helmut Sauer
Karin Strenz MdL
Hermann Winkler MdL
Barbara von Wnuk-Lipinski
Prof. Dr. Otto Wulff

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 16. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Ulf Leisner
Leiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Christoph Ahlhaus
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hamburg

Thomas Etzmuß
Landesgeschäftsführer der CDU
in Niedersachsen

Helmut Hehn
CDU-Landesverband Hessen

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzender: Bernhard Woelke
CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Weitere Mitglieder:

Winfried Adams	KGF	Vogelsberg
Meinhard Altenburg	KGF	Oberspreewald-Lausitz
Johannes Arnold	KGF	Fulda
Michael Arntz	KGF	Erftkreis
Anton Auer	KGF	Konstanz
Waldemar Bartels	KGF	Gifhorn
Yvonne Bauder	KGF	Esslingen
Martina Becher	KGF	Zwickau-Werdau
Willi Beck	KGF	Odenwaldkreis
Matthias Biergans	KGF	Heinsberg
Dieter Burfeind	KGF	Braunschweig
Hubert Brill	KGF	Olpe
Uwe Dietrich	KGF	Bergstraße
Jürgen Dönninghaus	KGF	Ostalb und Heidenheim
Iris Eckmann	KGF	Burgenlandkreis
Hans-Peter Egger	KGF	Coesfeld
Josef Elsemann	KGF	Wesel
Ursula Ferber	KGF	Merzig-Wadern
Richard Fischer	KGF	Rems-Murr
Klaus Funnemann	KGF	Höxter
Wilma Gatzka	KGF	Wetterau
Friedhelm Gerhards	KGF	Cochem-Zell
Heike Göttlicher	KGF	Ludwigsburg
Brigitte Hasche	KGF	Lüchow-Dannenberg
Johann G. Hecker	KGF	Gießen
Arnold Hildebrand	BGF	Ostwestfalen-Lippe
Renate Hog	KGF	Tuttlingen
Christoph Jähn	KGF	Annaberg/Aue-Schwarz.
Heinz-Werner Janßen	KGF	Emden
Eduard Jantos	KGF	Mansfelder Land
Jens-Uwe Kerl	KGF	Northeim
Heinz Kirchfeld	KGF	Soltau-Fallingbostel
Gerlinde Kramer	KGF	Grafschaft Bentheim

Ursula Landau	KGF	Lahn-Dill
Thomas Leimbach	KGF	Ludwigshafen
Andy Lübke	KGF	Jerichower Land/Ohrekreis/ Anhalt-Zerbst
Gisela Luding	KGF	Magdeburg
Roswitha Machel	KGF	Uelzen
Reinhold Meisel	KGF	Neckar-Odenwald
Heinrich-A. Mikus	BGF	Bochum
Alexandra Merzenich		UBG
Rudolf Nadler	KGF	Emmendingen
Harald Orthey	BGF	Koblenz-Montabaur
Gerd Ozimek	KGF	Düsseldorf
Antonie Quinkert	KGF	Hochsauerland
Rudolf Patzenhauer	KGF	Merseburg-Querfurt
Alfred Rathjen	KGF	Stade
Ulrich Poch	KGF	Uecker-Randow
Dieter Richter	KGF	Elbe-Elster
Jens Richter	KGF	Rotenburg-Wümme/Verden
Johannes Ripperda	KGF	Lingen
Karola Rodestock	KGF	Böblingen
Ludger Samson	KGF	Recklinghausen
Roger Schenk	KGF	Stuttgart
Jürgen Schick	KGF	Krefeld
Alexander Schmidt	KGF	Göppingen
Hasso Schmidt	KGF	Leipzig
Margrit Seehaus	KGF	Dahme-Spreewald
Karl-Heinz Servos	KGF	Leverkusen
Norbert Solberg	KGF	Essen
Ulla Caren Steger		CDU-Bundesgeschäftsstelle
Ulrich Tessendorf	KGF	Oldenburg-Land
Werner Thies	KGF	Hamm
Hans-Friedrich Tiemann	KGF	Steinburg
Dr. Vera-Anna Touché		CDU-Bundesgeschäftsstelle
Steffen Tobias	Kreistags- abgeordneter	Cuxhaven
Hans-Jürgen Treuer	KGF	Baden-Baden
Uwe Voss	KGF	Segeberg
Paul Westeppe	KGF	Wuppertal
Peter Wettenmann	KGF	Biberach
Franz Wiemann	KGF	Warendorf
Bernd Wießel	KGF	Altmarkkreis/Salzwedel

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP

8/9):

Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

10/11):

Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Peiner**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP

12/13):

Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14:

Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die **Mandatsprüfungskommission** des 16. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11.00 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 16. Parteitages 968 anwesend.

Der 16. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner

– Vorsitzender –

gez. Christoph Ahlhaus

gez. Thomas Etzmuß

gez. Helmut Hehn

Zu TOP 16: Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 17: Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 2000 **Entlastung**. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 18: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP

18.1.: Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	818
Ungültig:	0
Enthaltungen:	22
Gültige Stimmen:	796
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	399
Ja:	746
Nein:	50

Zu TOP

18.2.: Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	955
Ungültig:	3
Enthaltungen:	3
Gültige Stimmen:	949
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	475

Es wurden gewählt:

Dr. Annette Schavan MdL	891
Christian Wulff MdL	837
Dr. Jürgen Rüttgers MdL	599
Dr. Christoph Böhr MdL	598

Danach wurden im ersten Wahlgang vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP

18.3.: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:
Dr. Wolfgang Peiner

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	820
Ungültig:	0
Enthaltungen:	6
Gültige Stimmen:	814
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	408
Ja:	807
Nein:	7

Zu TOP

18.4.: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	940
Ungültig:	4
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	936
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	469

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

1. Friedrich Merz MdB	876
2. Roland Koch MdL	806
3. Prof. Dr. Dagmar Schipanski	745
4. Dr. Wolfgang Schäuble MdB	666
5. Hildegard Müller MdB	594
6. Jörg Schönbohm MdL	527
7. Hermann-Josef Arentz MdL	524

Danach wurden im 1. Wahlgang **sieben weitere Mitglieder des Präsidiums** gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Ergebnis des nicht gewählten Kandidaten: Peter Rauen MdB	406
---	-----

Zu TOP

18.5.: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	902
-------------------------------------	-----

Ungültig:	28
Enthaltungen:	1
Gültige Stimmen:	873
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	437

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

1. Dr. Bernhard Vogel MdL	791
2. Arnold Vaatz MdB	755
3. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	750
4. Prof. Dr. Maria Böhmer MdB	747
5. Karl Josef Laumann MdB	745
6. Katherina Reiche MdB	745
7. Dieter Althaus MdL	740
8. Peter Rauen MdB	732
9. Barbara von Wnuk-Lipinski	712
10. Elke Wülfing MdB	712
11. Maria Michalk MdB	705
12. Karin Wolff MdL	704
13. Tanja Gönner MdB	702
14. Angelika Volquartz MdB	679
15. Dr. Franz-Josef Jung MdL	676
16. Andreas Renner	670
17. Peter Jacoby	663
18. Dr. Friedbert Pflüger MdB	660
19. Prof. Dr. Otto Wulff	655
20. Eckhardt Rehberg MdL	639
21. Dr. Regina Görner MdB	637
22. Hendrik Wüst	633
23. Matthias Wissmann MdB	631
24. Prof. Dr. Christoph Stölzl	626
25. Erika Steinbach MdB	607
26. Regina von Dinther	579

Danach wurden im 1. Wahlgang **26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes** gewählt, darunter 12 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Ergebnis der nicht gewählten Kandidaten:

Dr. Helmut Linssen MdL	556
Dr. Dirk Notheis	532

Antrag A 3

Der 16. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über den Initiativ-Antrag A 3 in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut des Antrags A 3 ist in der „Sammlung der Anträge“ der Antragskommission abgedruckt.)

A 3

Annahme i. d. F. der Antragskommission.

Zu TOP 23: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

Namensverzeichnis	Seite
Althaus, Dieter	73
Arentz, Herman-Josef	67 f.
Behr, Karsten	45
Böhmer, Maria	58, 60, 67, 74, 88 f.
Böhr, Christoph	63 f.
Etzmuß, Thomas	58
Gönner, Tanja	75
Görner, Regina	75
Habibi, Massoud	39 f.
Jacoby, Peter	76
Jung, Franz-Josef	76
Koch, Roland	40 f., 55 f., 61 ff., 68, 72
Laumann, Karl-Josef	76 f.
Linssen, Helmut	77
Martens, Wilfried	13 f.
Merkel, Angela	5 ff., 16 ff., 63, 67, 104 f.
Merz, Friedrich	68 f.
Meyer, Laurenz	46 ff.
Michalk, Maria	78
Mißfelder, Philipp	36 ff.
Möller, Franz	58 ff.
Müller, Hildegard	69
Neumann, Bernd	42, 45 f., 63 ff.
Notheis, Dirk	78 f.
Peiner, Wolfgang	43 f.
Pflüger, Friedbert	79
Quisthoudt-Rowohl, Godelieve	79 f.
Rauen, Peter	69 f.
Rehberg, Eckhardt	80
Reiche, Katherina	81 f.

Renner, Andreas	82 f.
Rüttgers, Jürgen	64
Schäuble, Wolfgang	70
Schavan, Annette	65
Schipanski, Dagmar	70 f.
Schmalstieg, Herbert	15 f.
Schönbohm, Jörg	56 ff., 71
Steinbach, Erika	83
Stoiber, Edmund	89 ff.
Stölzl, Christoph	83 f.
Vaatz, Arnold	84
Vogel, Bernhard	84 f.
Volquartz, Angelika	85
van Dinther, Regina	74 f.
von Wnuk-Lipinski, Barbara	38 f., 86
Wissmann, Matthias	85
Wolff, Karin	86
Wulff, Christian	8 f., 10, 16, 35 f., 38 f., 42, 65, 73 ff., 100 ff.
Wulff, Otto	87 f.
Wülfing, Elke	9, 16, 67 ff., 86
Wüst, Hendrik	87